



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Ostmark

Both, Heinrich von

Lissa i. P., 1913

Geschichtliche Einleitung. Von Geheimen Rat Professor Dr. Dietrich Schäfer, Berlin. Mit 2 Einschaltkarten.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77577)



Geschichtliche Einleitung.

Von Dietrich Schäfer.

Geschichtliche Entwicklung hat ihren Schwerpunkt im Völkerverleben und dessen staatlicher Ausgestaltung. Sie wird demnach zunächst bestimmt von ethnographischen, von nationalen Bildungen, wenn in ihren Gang auch tausendfach andere Betätigungen menschlichen Seins, vor allem religiöse Überzeugungen, eingreifen. Kenntnis der nationalen und demnächst der religiösen Verhältnisse ist daher unerlässlich für geschichtliches Verständnis, sein vornehmstes Erfordernis.

Es ist dabei eine untergeordnete Frage, wie weit eine Nationalität auf Rasse beruht, besonders so weit diese sich in äußerlichen, rein körperlichen Merkmalen ausdrückt. Rassenreine Kulturvölker gibt es nicht. Wenn in einem hochentwickelten Volke die äußere Erscheinung, die als seine ursprüngliche gelten darf, sich in weiten Kreisen oder gar vorherrschend erhalten hat, so berechtigt das zu freudigem Stolze. Aber man darf nicht vergessen, daß es zahlreiche Fälle gibt, in denen Völker oder Volksteile, die ihre Nationalität mit Feuereifer vertreten, die äußere Erscheinung der Vorfahren, die sie als ihre Stammeltern ehren, kaum noch erkennen lassen. Wohin kämen wir, wenn wir nur diejenigen als Deutsche gelten lassen wollten, die der Schilderung des Tacitus genügen? Die heutigen Nationalitäten beruhen auf geistigen Eigenschaften, die vor allem in der Sprache und in der aus ihr sich ergebenden Bildung ihren Ausdruck finden. Der Übergang aus der ursprünglichen scharfen Sonderung hat sich im Laufe nicht nur von Jahrhunderten, sondern von Jahrtausenden vollzogen; er begann sicher schon in frühen und frühesten Zeiten menschlichen Daseins.

I. Verbreitung der Germanen.

Die Anfänge unserer geschichtlichen Kenntnis zeigen die europäischen Länder in wechselndem Besitz verschiedener Völkerschaften. Wenn die Schulbücher melden, daß die Völkerwanderung mit dem Einbruch der Hunnen beginne und mit der Festsetzung der Langobarden in Italien ihr Ende erreiche, so verlegen sie in zwei Jahrhunderte, was sich in Wirklichkeit in eben so vielen Jahrtausenden in fast ununterbrochener Folge vollzogen hat. Von den Zeiten der dorischen Wanderung bis zu den Wikingerzügen der Normannen fällt sich Europa mit Völkern ganz überwiegend indogermanischen Stammes. Gleich den heranrollenden Wogen des Meeres überfluten und verschieben sie, was sie vor sich finden. So erhalten die Länder hellenischer und römischer, dann diejenigen keltischer, germanischer, slawischer Kultur die Bewohner, die ihnen ihr geschichtliches Gepräge gegeben haben.

Den Germanen unter ihnen weist die neuere Forschung Ursprungssitze an, die sie zum Teil noch heute inne haben, norddeutsches Tieflandsgebiet und benachbarte

skandinavische Landstriche. Von dort haben sie sich, wie vor ihnen die Kelten, südwärts und westwärts ausgebreitet. Diese Bewegungen haben aber, als sie ihr Ende erreicht hatten, zu einem umfassenden Gewinn an Boden nicht geführt. Es saßen jetzt auch Germanen links vom Rhein; sie hatten das obere Deutschland vom Mittelgebirge bis zu den Alpen und einige Hochgebirgstäler gefüllt, auch den größten Teil von England besetzt; aber die Ebenen östlich der Elbe und Saale, die sie früher mindestens bis zur Weichsel, zeitweise weit darüber hinaus inne gehabt hatten, waren von ihnen geräumt. Aus dem weiten sarmatischen Steppenlande und dem großen Becken der mittleren Donau, aus der Heimat Ermanarichs und Theoderichs, wo deren Recken sich getummelt hatten, waren germanisches Leben und Treiben im 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung verschwunden.

Die ins römische Reich hinüber gezogen waren, haben Sprache und Lebensgewöhnung im fremden Volkstum verloren. Man pflegt das als den ältesten, wohl auch als den triftigsten Beleg anzuführen dafür, daß Deutsche leicht die angestammte Art aufgeben. Schon die Tatsache, daß von „Deutschen“ in damaliger Zeit noch nicht die Rede sein kann, und daß, wenn man die Behauptung auf die Germanen ausdehnen wollte, die Angelsachsen den schlagenden Gegenbeweis liefern würden, sollte von solcher Auffassung abhalten. Es mag sein, daß gewisse germanische Stämme zu leichterer Anpassung an das Fremde neigten; die Goten und Vandalen, Sueven und Alanen, Burgunder und Langobarden, die Franken, soweit sie romanisch geworden sind, sie alle sind doch im fremden Volkstum aufgegangen, weil sie als geringe Minderheiten inmitten einer in Lebenshaltung und literarischer Bildung weit überlegenen Kultur standen. Was ihre eigentliche Stärke ausmachte, haben sie bewahrt. Ihre kriegerische Kraft und ihre politische Veranlagung haben sie befähigt, als Herrschende die Unterworfenen zu einer neuen Staats-, Rechts- und Gesellschaftsordnung hinüberzuführen, die nicht nur den Gang der mittelalterlichen, sondern auch den der neueren Geschichte bestimmend beeinflusst hat. Die „Völkerwanderung“ hat die Staatseinrichtungen, das Rechtsleben, das Ständewesen der europäischen Völker auf germanische Grundlagen gestellt.

2. Das Reich der Deutschen.

Den Germanen, die ihr Volkstum völlig bewahrten, blieb nach den Stürmen der Übergangszeit, abgesehen von den Wohnsitzen der Angelsachsen und der Nordmannen, nur ein beschränktes Gebiet in Mitteleuropa. Was links vom Rhein und südlich vom Main gewonnen worden war, glich räumlich den Verlust nicht aus, den man im Nordosten erlitten hatte. Es wurde für das Schicksal dieser Lande und Stämme, ja Europas und der Welt entscheidend, daß Karl der Große die Sachsen und die Baiern hinein zwang in sein fränkisches Staatswesen. Wer in diesem Vorgehen nichts als brutale Gewalttat zu erblicken vermag, der beweist damit seine geschichtliche Urteilslosigkeit. Allein dem klaren und festen Willen

Karls des Großen verdanken wir es, daß nach dem Zerfall des Karolinger-Reiches die gesamten festländischen germanischen Stämme sich zu einem einheitlichen deutschen Staate zusammenschließen ließen, der übrigens von den romanischen Reichsteilen keineswegs national säuberlich geschieden war. Die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland ist in keinem Zeitpunkt der Geschichte durch die sprachlichen Unterschiede bestimmt worden. Es haben so ziemlich zu allen Zeiten deutsch sprechende Leute zum französischen, französisch sprechende (diese allerdings meist in weit größerer Anzahl) zum Deutschen Reiche gehört. Auch die Territorien, die sich an den Grenzen der beiden Reiche entwickelt haben, sind stets zweisprachig gewesen, sind es, zu Staaten entwickelt, heute noch. Nie und nirgends ist die Sprachgrenze in unserem Westen eine politische Grenze geworden. Aber die deutschen Völkerschaften bildeten doch nun seit Ludwig dem Deutschen ein Staatswesen, dem sie das Gepräge gaben. Wenn man sich erinnert, daß die skandinavischen Völker trotz geringerer nationaler Unterschiede das nicht erreicht haben, so erkennt man die Bedeutung der Einsicht und Tatkraft Karls des Großen.

Es war ein mäßiger Streifen Landes, den die deutschsprechenden Stämme damals bewohnten. Er lehnte sich im Norden breit an das „Deutsche Meer“, dessen gesamte Dänenküste neben einem Teil der Kreideküste des Kanals von Boulogne bis zur Eider hin sie inne hatten. Weniger ausgedehnt war im Süden die Berührung mit den Alpen; sie reichte vom oberen Aaregebiet bis zur Salzach. Alles in allem besaß man etwa die Hälfte desjenigen Landes, das die deutschsprechenden Bewohner Mitteleuropas heute ihre Heimat nennen. Die andere Hälfte sollte ihnen erst die Zukunft bringen.

Der neue Boden ist nicht im Westen gewonnen worden. Dort war von vornherein das kerndeutsche Sclandern, das Land links der Schelde, bei Frankreich geblieben; es hat auch in der Folgezeit nie zum Deutschen Reiche gehört. Weiter haben sich an der Westgrenze Reichsangehörige deutschen Stammes politisch abgesondert, die Niederländer, zu den Sclandern weitere Belgier, die deutschen Eidgenossen, ganz neuerdings noch die Luxemburger. Die sich so staatlich lösten, haben ihre Sprache bewahrt, beziehungsweise weiter entwickelt. Ihre Abtrennung ist auch nicht erfolgt aus irgendwelchen sprachlichen oder überhaupt Bildungsgründen. Sie hat sich allein vollzogen auf Grund rein staatsgeschichtlicher Vorgänge, ganz überwiegend als Ergebnis rein dynastischer Betätigung. So ist die französisch-deutsche Sprachgrenze in dem Jahrtausend, das seit der Karolingerzeit verfloß, bis auf unerhebliche Verschiebungen unverändert geblieben trotz der Schmälerung der Reichsgrenze. Es ist eine weit verbreitete, aber völlig grundlose Vorstellung, daß das Deutsche als Volkssprache im Westen jemals wesentlich weiter gereicht habe als in der Gegenwart.

Etwas günstiger verlief die Entwicklung im Süden. Im Gebiet des Rheines, des Inns und der Etsch hat sich das Deutschtum vorgeschoben. Eine Sprachenfarte läßt die Festigkeit der deutsch-französischen Nationalitätsgrenze auf den ersten Blick erkennen; sie ist eine geschlossene Linie, kennt weder Enklaven noch

Erflaven. Vom rhäto-romanischen und italienischen Wesen sind wir nicht so glatt geschieden. Unser Gewinn liegt zum Teil außerhalb der Hauptscheidelinie der beiden Sprachgebiete, so in Graubünden, in Südtirol, im Venetianischen. Er ist aber im Verhältnis zum Ganzen nicht erheblich.

Wenn der größere Teil des Besitztums, das die deutsche Sprache heute ihr eigen nennt, außerhalb der Schranken liegt, die ihr um 900 gesetzt waren, so hat das seinen Grund mit erdrückendem Übergewicht im erfolgreichen Vorrücken nach Osten. Diese unleugbare Tatsache sollte warnen vor der Redensart: Zug nach dem Westen, deren äußerst beschränkte Berechtigung wohl wenigen klar ist, die sie im Munde führen. Die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung sei schon jetzt dahin beantwortet, daß man es im Westen und Süden mit Nachbarn zu tun hatte, die so ziemlich in allem und jedem auf gleicher oder selbst höherer Bildungsstufe standen, im Osten mit Völkerschaften, die erst allmählich in die abendländische Kultur hineingewachsen sind.

3. Deutsche Ausbreitung nach Osten.

a) In Oberdeutschland.

Als mit Heinrich I. das sächsische Haus der Ludolfinger an die Spitze des Reiches trat und durch seine beiden ersten Vertreter den deutschen Staat neu begründete, schied eine Linie von der Kieler Bucht bis zu den hohen Tauern und über sie hinüber ins Pustertal Slawen und Deutsche. Man pflegt in der Regel die in den Kieler Hafen fließende Swentine, den Sachsenwald, die Elbe, Saale, Schwarza, Regnitz und Böhmer Wald als Grenze anzugeben, bezeichnet damit aber mehr den Wirkungsbereich deutscher Staatsmacht als die Siedelung deutscher Leute. Slawen sind in nicht geringer Zahl, zum Teil auffallend weit vorgeschoben, westlich dieser Linie nachweisbar, Deutsche ostwärts nicht. Im „hamoverschen Wendland“ des Regierungsbezirks Lüneburg sind die letzten slawischen Laute erst im 18., vielleicht gar erst im 19. Jahrhundert verklungen. Den Wechsel der Verhältnisse richtig zu erfassen, möge man sich vergegenwärtigen, daß von der Bevölkerung des jetzigen Deutschen Reiches mehr als zwei Fünftel, gut 28 von 65 Millionen, auf Boden wohnen, den vor einem Jahrtausend Slawen inne hatten, und daß von den heute in Mittel-Europa wohnenden deutschsprechenden Leuten (Reichsdeutschen, Österreichern und Schweizern) ziemlich die Hälfte, 30 von 75 Millionen, eben solche Wohnsitze ihre Heimat nennt.

In der Entwicklung, die zu diesem Ergebnis geführt hat, sind Norden und Süden, bezeichnender ausgedrückt Sachsen und Baiern, deutlich zu scheiden. Man kann noch auf das Vordringen der Mitte hinweisen, wobei dann Thüringer und Franken besonders hervortreten; aber die Entscheidung liegt bei den erstgenannten Stämmen und ihren Führern.

Zeitlich voran gehen die Baiern. Sie sind gegenüber den Sachsen das ältere Kulturvolk; wohl anderthalb Jahrhunderte früher sind sie dem Christentum gewonnen worden, und ihre Verbindung mit dem fränkischen Reiche ist noch älter.

Vor den Frankenherrschern hat der Baiernherzog Theodo Beziehungen zum römischen Stuhl geknüpft (710). Eine um 870 verfaßte Schrift trägt den Titel „Befehung der Baiern und Kärntner“ und sucht die Rechte der Salzburger Kirche an den Missionsgebieten des Ostens und Südostens gegenüber entgegengesetzten Anordnungen der römischen Kirche nachzuweisen. Wir verdanken ihr wertvolle Aufschlüsse über die Christianisierung besonders der Slawen (Karantanen) in den Tälern der Ostalpen; mit der Christianisierung aber ging die Germanisierung Hand in Hand, teils durch Einwanderung, teils durch Gewöhnung an Sprache und Art des höher stehenden Volkes, das zugleich Träger staatlicher Herrschaft war. Vereinzelt, wie am Wiener Wald, haben auch fränkische Siedler mitgewirkt. So ist bis zum II. Jahrhundert im Gebiet der Donau und Drau und der Zuflüsse beider das Deutschtum wohl schon so weit abwärts getragen worden, wie es sich heute erstreckt. Seine Verbreitung ist die Grundlage geworden für die Abgrenzung der Lande Österreich und Steiermark vom Nachbarreiche Ungarn. Auch im Herrschaftsgebiet der Arpadsöhne haben sich, seitdem die Könige Geisa und Stephan der Heilige um das Jahr 1000 das Christentum zur Herrschaft gebracht hatten, zahlreiche deutsche Zugewanderte (Gäste, hospites) niedergelassen, im ganzen Pannonien bis zum Zusammenflusse von Drau und Donau hin.

Dabei handelt es sich nicht um irgend welchen Kriegszwang. In der Zeit, da Karl der Große die fränkische Herrschaft in Oberitalien aufrichtete, und noch einige Jahrzehnte später hören wir von Ansätzen zu staatlichem Zusammenschluß bei den südslawischen Nachbarn und von kriegerischen Zusammenstößen mit den fränkischen Grenzgrafen. Für die Germanisierung der Gebiete zwischen Donau und Drau kommen diese Vorgänge nicht in Betracht; der Wirkungsbereich der bairischen und kärntnischen Herzöge hat sich bald unbestritten bis gegen die Adria hin erstreckt. Soweit Kriegsstürme diese Gegenden heimsuchten, wehten sie fast ununterbrochen von Osten her, zunächst von den Avarn, dann in wildester Heftigkeit von den Magyaren ausgehend. Nicht kriegerische Überlegenheit, wohl aber staatliche Veranlagung und frühere und innigere Sühlung mit der abendländischen Kultur haben das Übergewicht der Deutschen in diesen Gebieten entschieden. Soweit ihre Bewohner Slawen blieben, sind sie bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, bis auf das Erstehen einer „slowenischen“ Nationalität, selbstverständliche und willige Angehörige deutscher staatlicher und geistiger Bildung gewesen.

Anders verliefen die Dinge im nördlichen Teile des deutschen Südens, in den Landen zwischen Donau und dem „vandalischen Gebirge“, der langen Mittelgebirgskette, die sich von der obersten Saale und Elster bis zu den Quellen der Oder und Weichsel hin erstreckt. Hier entstand in den böhmisch-mährischen Landen, in den alten Sizen der keltischen Bojer, dann der germanischen Markomannen und Quaden, das früheste slawische Staatswesen, von dem die Geschichte zu berichten weiß, das tschechische. Der Franke Samo aus dem Zennegau hat es nicht lange nach Beginn des 7. Jahrhunderts begründet. Die geographische Geschlossenheit des Gebiets hat die Bildung offenbar begünstigt. Ludwig der Deutsche, dessen

Macht sich vor allem auf Baiern gründete, hat vermocht, es in eine gewisse Abhängigkeit zu bringen, nicht aber, das Entstehen des „großmährischen“ Reiches unter Rastislaw und seinem Neffen Suatopluk zu verhindern. Die Magyaren haben diesem Reiche, das sich zeitweise seinen deutschen Nachbarn unbequem genug gemacht hatte, 906 ein Ende bereitet.

Von einem böhmischen Herzogtum, das an seine Stelle getreten ist, hören wir unter Heinrich I. Die Ermordung Wenzels, der Böhmens Nationalheiliger geworden ist, durch dessen Bruder Boleslaw rächend, hat der erste Sachsenkönig eine Oberherrschaft über das Land aufgerichtet (929). Sie ist nach seinem Tode abgeworfen, 950 aber durch Otto I. erneuert worden. Seitdem ist Böhmens Herzog ununterbrochen ein Lehnsmann des Deutschen Reiches gewesen, heerespflichtig wie andere Vasallen des Königs und Kaisers. In der Ungarnschlacht von 955 war unter den acht „Legionen“ Ottos I. eine böhmische. Doch hatte der böhmische Herzog eine andere Stellung als die Inhaber der deutschen Herzogtümer. Seine Würde war erblich und wurde, wenn sie erledigt war, nach Landesbrauch, nicht durch den König, neu besetzt. Die deutschen Könige haben oft mit Heeresmacht eingegriffen, die Nachfolge zu ordnen, wenn innere Streitigkeiten sie fraglich machten, zuletzt Lothar der Sachse 1127; das hat aber an der staats- und völkerrechtlichen Stellung des böhmischen Landes und seiner angestammten Fürsten, denen Friedrich Barbarossa 1157 die Königswürde verlieh, nichts geändert, vor allem auch die Verbreitung des Deutschtums im Lande in irgend nennenswerter Weise nicht gefördert. Im Gegenteil haben diese Beziehungen es den böhmischen Herzögen und Königen, die besonders Heinrich IV. im Kampfe mit seinen zahlreichen Gegnern und Friedrich Barbarossa in seinen italienischen Unternehmungen wertvolle Stützen gewesen sind, möglich gemacht, zeitweise ihre Macht über ihre Grenzen hinaus auszudehnen, besonders über das Erzgebirge nach Meissen, aber auch nach Süden gegen Markgrafschaft, dann Herzogtum Österreich.

In der Vertretung des deutschen Einflusses in Böhmen arbeiteten Sachsen und Baiern zusammen. Beide Stämme waren durch weit gedehnte, so gut wie völlig unbewohnte Waldgebirge von ihren tschechischen Nachbarn getrennt. Diese Gebirge, Erzgebirge und Böhmer Wald, wie ihn die gelehrte Geographie, bairischer Wald, wie der Volksmund der Eingefessenen ihn benennt (die übliche geographische Unterscheidung von bairischem und Böhmer Wald ist an Ort und Stelle unbekannt), sind heute ausschließlich von Deutschen bewohnt. Es gibt in ihnen keine tschechischen Ortschaften und, was besonders betont werden muß, es hat in ihnen tschechische oder sonstige slawische Ortschaften nie gegeben. Die Deutschen sind die ersten Siedler, die den Boden, auf dem sie sich anbauten, aus der Wurzel heraus rodeten und urbar machten. In der Gestaltung der Landesgrenzen hat die staatliche Übermacht der Deutschen Ausdruck gefunden; die sächsisch-böhmische verläuft auf dem Kamm des von Norden her langsam ansteigenden Erzgebirges, dicht neben dem rasch sich vollziehenden Absturz nach Süden, die bairisch-böhmische läßt den ganzen Kamm des Gebirges und seine höchsten und

markantesten Erhebungen Arber, Rachel, Oßer, Lusen auf der deutschen Seite, für die Besiedlung dieser Gebiete mit Deutschen ist die Landeshoheit aber nur von nebensächlicher Bedeutung gewesen.

Die Rodungen im Erzgebirge sind besonders angeregt und gefördert worden durch die im 12. Jahrhundert einsetzenden reicheren Silberfunde; auch auf der bairischen Seite ist Bergbau für die Besiedlung des Zwischengebietes nicht ohne Bedeutung geblieben. Damit war schon eine Überlegenheit der Deutschen gegeben; denn Bergmannschaft ist überall in tschechischen wie auch in ungarischen und polnischen Landen erst durch sie heimisch geworden. Soweit der Landbau ihr folgte, waren naturgemäß Deutsche seine Träger. So waren es wirtschaftliche, nicht kriegerische Eigenschaften, die den Deutschen einen Vorsprung gaben. Daß dabei die Landeshoheit wenig in Frage kommt, beweist die Tatsache, daß zu beiden Seiten der Landesgrenzen die gleichen Vorgänge sich abspielen. Nirgends sind in der mittelalterlichen Zeit Tschechen unter deutschen Landesherren angesiedelt worden, wohl aber auf völkerrechtlich böhmischen Boden Deutsche in noch größerer Zahl und in noch ausgedehnteren Wohnsitzen als unter den eigenen Herren. Sie sind gerufen worden von den böhmischen Regenten, die doch slawischen Blutes waren wie ihre angestammten Untertanen, und von tschechischen Großen und einheimischen Klöstern. So hat das Deutschtum die gesamten Grenzgebiete des Landes gewonnen von der Passauer über die Egerer bis zur Glazer Gegend hin, die es noch heute inne hat, und die Sprachinseln an der böhmisch-mährischen Grenze und in Mähren selbst, um die es zurzeit so schwere Kämpfe besteht. In all diesen Landen hat der Deutschböhm oder der Deutschmährer genau das gleiche Recht auf den Boden wie sein tschechischer Landsmann; er hat ihn diesem nicht abgenommen, sondern unter gleichen Bedingungen erworben, in der erdrückenden Mehrzahl der Fälle, ohne daß früher ein Anbauer vorhanden war.

Neben Baiern und Sachsen haben sich auch Franken an der Einwanderung beteiligt, diese durch den bequemsten Zugang, den Böhmen seit alter Zeit von deutscher Seite her bietet, über das Tafelland des sogenannten Sichelgebirges hinweg durch das reichsdeutsche, bis auf Ottokar II. nicht zu Böhmen gehörige Egerland (Vogtland) hinein in die mittelböhmische Ebene. Der bedeutendste und bekannteste der Przemysliden, Ottokar II., der 1278 auf dem Marchfelde Rudolf von Habsburg erlag, ist zugleich wohl der eifrigste Förderer deutscher städtischer und ländlicher Kolonisation gewesen, ein so eifriger, daß fraglich sein kann, ob Rudolfs Sieg über ihn und die Aufrichtung der habsburgischen Macht im Osten der Verbreitung des Deutschtums mehr förderlich oder hinderlich gewesen ist. Ein anderer Ausgang der Entscheidungsschlacht hätte möglicherweise Böhmen den Weg Schlesiens gehen lassen, welches Nachbarland doch so viel weniger für deutschen Einfluß offen lag als Böhmen.

b) In Niederdeutschland.

Viel später als in der südlichen Hälfte unseres Vaterlandes haben sich die entscheidenden Wendungen in den weiten Gebieten der nordostdeutschen Tiefebene

vollzogen. Sie setzen hier erst ein zu einer Zeit, wo im Süden der Ausgang festgelegt war, um die Mitte des 12. Jahrhunderts. Die wasserreichen Flüsse, die diese Gegenden durchströmen, die breiten sie begleitenden Niederungen, umfangreichen Seen und Sumpfstrecken, dazwischen ausgedehnte, vielfach moorige Waldungen machten das scheinbar offene Gelände unwegsam; der zum großen Teil dürftige Boden lockte nicht allzusehr zur Neusiedlung. Auch kommt in Betracht, daß die Kultur des deutschen Nordens um Jahrhunderte jünger ist als die des Südens. Als bairische Herzöge schon begannen zu christianisieren und zu kolonisieren, steckte das Sachsenland noch tief im Heidentum und entbehrte jeder einheitlichen Zusammenfassung seiner Kräfte. Rechnet man von der Befehung der Sachsen an, so beginnt die Betätigung ostwärts nicht viel weniger rasch als beim bairischen Stamme.

Sie setzt mit Heinrich I. ein. Karl der Große hat nicht mehr erstrebt und erreicht als Deckung der Grenzen. Den Osten Holsteins hat er sogar durch Verpflanzung sächsischer Leute den Slawen geöffnet. Als Heinrich I. König wurde, war die slawisch-deutsche Grenze, wie sie oben beschrieben wurde, noch unverrückt. Zunächst der Ostsee wohnten im östlichen Holstein Wagrier, im heutigen Lauenburg Polaben, in Mecklenburg Obotriten, weiter ostwärts bis zur Oder hin im vorderen Pommern, auf Rügen und in der Uckermark Rugianer und Liutizen. Die südwärts anstoßenden Völkerschaften im heutigen Brandenburg diesseits der Oder und in Teilen der Provinz Sachsen pflegt man unter dem Namen der Wilzen zusammenzufassen, die noch weiter südwärts vom Gläming bis zum Gebirge hin wohnenden unter dem der Sorben. In der Zeit seines neunjährigen Waffenstillstandes mit den Ungarn (924—933) hat Heinrich I. sie sämtlich, wie auch die Böhmen, seiner Herrschaft unterworfen.

Diese Herrschaft ist unter seinem Sohne Otto I. aufrecht erhalten worden. Er hat ihr festere Formen gegeben, die auch nie ganz wieder verschwunden sind. Er hat Markgrafen eingesetzt, im Norden den Sachsenherzog Hermann, den Stammvater der sogenannten Billunger, im Süden den tapferen Gero, dessen Andenken Gernrode am Harz und die wundervolle altromanische Krypta seiner Kirche bewahren. Für die kirchliche Ordnung der beherrschten Gebiete hat Otto durch die Errichtung des Erzbistums Magdeburg (908) den dauernden Grund gelegt. Die eingesetzten Bischöfe waren teils Suffragane dieses, teils des Hamburg-Bremer Erzbistums.

Was so geschaffen wurde, hat fast 200 Jahre um seinen Bestand ringen müssen, ehe es zu voller Geltung kam. Die nördlichen und mittleren Bischofsitze sind für lange Zeit völlig verwaisst gewesen, so daß Magdeburg nur die Suffragane Merseburg, Zeitz-Naumburg und Meissen, Hamburg-Bremen überhaupt keine besaß. Geblieben ist aber die Markgrafen-Stellung. Sie ist nach Geros Tode (905) unter verschiedene Inhaber geteilt worden und hat allmählich aus ihrem ursprünglich persönlichen einen territorialen Charakter erhalten. So sind die sächsische Nordmark (die spätere Altmark), die sächsische Ostmark (Lausitz), die

Mark Meißen entstanden. Die größeren Amtsbezirke und die ausgedehnteren Befugnisse haben ihre Inhaber zu besonders mächtigen Reichsfürsten werden lassen. Es ist nicht Zufall, daß die deutschen Großmächte an unseren Ostgrenzen erwachsen sind, Osterreich aus der bairischen Ostmark, Brandenburg-Preußen aus der sächsischen Nordmark, das Haus Wettin, das ja lange mit den Askaniern, Habsburgern und Hohenzollern wetteiferte, als Inhaber der Markgrafschaft Meißen, mit der es 1240 die Landgrafschaft Thüringen, 1423 das Herzogtum Sachsen-Wittenberg hat vereinigen können.

Wenn die Herrschaft, welche die beiden ersten sächsischen Könige über die Slawen zwischen Saale, Elbe und Oder ausübten, unter ihren Nachfolgern sich lockerte, ja zeitweise fast verloren schien, so gaben den nächsten Anlaß die Ansprüche, die Otto I. auf Italien und Burgund erworben hatte, und die Beziehungen, in die er 962 durch die römische Kaiserkrönung zum Papst getreten war. Sie haben die deutsche Politik überwiegend in Anspruch genommen und zu den schweren Kämpfen des 11. und 12. Jahrhunderts geführt, die unsere Geschichte so unheilvoll beeinflusst und ihre Wirkung bis auf den heutigen Tag geübt haben. Zu beachten ist aber auch, daß der Gegner, den man bezwingen wollte und bezwingen mußte, wenn die Sachsen im eignen Lande Ruhe haben wollten, kein ganz unebenbürtiger war. Der Korveier Mönch Widukind, der uns über die Taten der ersten Sachsenkönige am eingehendsten und besten unterrichtet, sagt von den slawischen Völkerschaften zwischen Elbe und Oder, daß sie lieber alles Elend ertragen, als die Freiheit missen möchten. Sie seien tapfer, zäh und ausdauernd in Ertragung von Beschwerden aller Art, unermüdet und dabei mit der geringsten Kost zufrieden. „Leicht erscheint ihnen, was wir nur unter Stöhnen und Seufzern aushalten.“ Er fügt aber auch hinzu, daß sie nicht gern etwas für das Gemeinsame tun, durch harte Hand gezwungen werden müssen, brauchbar zu sein; sonst seien sie geneigt, ihren eigenen Wünschen ungehindert Raum zu geben; daher herrsche bei ihnen Uneinigkeit. Es ist eine Charakteristik, deren Berechtigung die Ereignisse eines Jahrtausends nicht erschüttert haben. Mit ihr sind auch die Schwierigkeiten gekennzeichnet, die sich der Ausbildung festerer und umfassenderer Staatsgewalten bei unseren Nachbarn so oft in den Weg gestellt haben. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kriege mit den Wenden dieser Gegenden nicht vom Deutschen Reiche, sondern ausschließlich und allein von den Sachsen und da auch wieder nur von ihrem östlichen Teile (aus Gebieten links der Weser sind Teilnehmer an diesen Kämpfen nur ganz vereinzelt nachweisbar) geführt worden sind, so wird verständlich, daß es durch ziemlich anderthalb Jahrhunderte zweifelhaft war, ob die mittleren und nördlichen Lande zwischen Elbe und Oder deutsch werden oder den Bewohnern verbleiben sollten, die sie nach den abziehenden Germanen einst besetzt hatten.

Es ist gegen Otto I. in unseren Tagen gelegentlich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Groß- und Kleindeutschen der Vorwurf erhoben worden, daß er über seiner italienischen und römischen Politik die Pflichten gegen die Heimat veräußert habe. Er habe die wendischen Nachbarn nicht nur tributpflichtig machen, sondern auch germanisieren sollen.

Dieser Tadel ist noch weniger berechtigt, als wenn man auf Grund der angeführten Nachteile ein abfälliges Urteil über die ganze mittelalterliche Kaiserpolitik unserer Könige fällen wollte. Der Gedanke, ein unterworfenen Volk fremder Nationalität gewaltsam in die eigene, in deren Sprache und Recht, hinein zu zwingen, lag der Zeit völlig fern. Er ist nirgends nachzuweisen; er ist ganz modern. Zum friedlichen Germanisieren hätten aber Kolonisatoren gehört, die das neue Volkstum hätten vertreten und durch kulturelle Überlegenheit zum Anschluß hätten bewegen können. An dafür brauchbaren Elementen fehlte es dem sächsischen Stammesgebiet im 10. Jahrhundert und noch lange später vollständig. Es hatte in seinem weitaus größten Teile keinen Überfluß an Menschen. Aus dem dichter bewohnten Gebiet der Unstrut-Gegenden, die sich ja eines besonderen Bodenreichtums erfreuen, hat die Siedelung ostwärts früh begonnen, noch im 10. Jahrhundert über die Saale hinüber, im 11. weiter über die Elster und Mulde hinweg bis zur Elbe und darüber hinaus. Sie wird hier nicht durch die Könige, sondern durch die Landesgewalten und Bodenbesitzer geleitet und hat zur Folge gehabt, daß in diesen Gebieten die deutsche Vorherrschaft und mit ihr das Christentum nach Ottos I. Tagen kaum noch ernstlich in Frage gestellt worden sind. Weiter nördlich aber, so ziemlich überall rechts der Elbe und der Elster herrschten bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts hin wendische Unabhängigkeit und Heidentum.

4. Reich und Landesfürsten in ihrer Bedeutung für die Kolonisation.

An der Schwelle der neuen Zeit stehen die Namen Heinrich der Löwe und Albrecht der Bär. Sie bezeichnen einen der wichtigsten Wendepunkte unserer Geschichte, das Emporkommen des Landesfürstentums und sein Eintreten in Aufgaben, die das Königtum nicht löste.

Wenn die Zentralgewalt hier versagte, so hat das seinen Grund in Vorgängen, welche die übliche Geschichtsauffassung nicht richtig zu verstehen pflegt. Unsere Vorstellungen von mittelalterlicher deutscher Kaiserherrlichkeit weilen mit besonderem Wohlgefallen bei den Staufern. An der persönlichen Größe Friedrich Barbarossas können Zweifel nicht bestehen, und er verdient in vollem Maße die staunende Bewunderung, die ihm von Zeitgenossen und dann wieder besonders im 19. Jahrhundert als dem verkörperten Sinnbild der deutschen Einheitsbestrebungen gezollt worden ist. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Verbindung seines Hauses mit der deutschen Krone, wie sie sich vollzogen hat, eine unheilvolle Wendung unserer Geschichte darstellt. Sie hätte ihr zum Segen gereicht, wäre sie geschehen in unmittelbarem Anschluß an die Regierung der fränkischen (salischen) Könige, deren berechtigte Erben durch Verwandtschaft und Stellungnahme die Staufer waren. Wäre Friedrich von Schwaben, Friedrich Barbarossas Vater, 1125 als Nachfolger Heinrichs V., dessen Schwager er war, König geworden, so hätte das Deutschland mächtig gefördert. Die Vereinigung des salischen und staufischen Gutes hätte es ermöglicht, eine starke Königsmacht auf-

recht zu erhalten. Als Friedrichs Bruder Konrad nach Kaiser Lothars Tode durch eine Handvoll Fürsten mittelst dreister Vorwegnahme der Wahl, gleichsam durch einen Putsch, König wurde (1138), lag die Sache anders. Der zur Krone Nächstberechtigte war Lothars Schwiegersohn, der Welfe Heinrich der Stolze, von dessen Macht schon die Zeitgenossen sagen, daß sie von Meer zu Meer, will sagen von der Nordsee bis zum Adriatischen und Tyrrhenischen Meere, reichte, und der nicht nur Inhaber der beiden mächtigsten Stammesherzogtümer, Sachsens und Baierns, sondern auch der großen und reichen mathildischen Güter in Ober- und Mittel-Italien war.

In beiden Fällen ist der verhängnisvolle Mißgriff vollzogen worden durch strupellose und geschickte Handhabung des kirchlichen Einflusses, der sich die fürstlichen Interessen dienstbar zu machen wußte. Daß es sich aber um beklagenswerte Fehlgriffe handelte, zeigt ein Blick auf die Regierungszeit des Sachsen Lothar und der beiden ersten Staufer. Als Sachse hat Lothar dem Nordosten wieder gesteigerte Aufmerksamkeit zugewandt. Er hat schon als Herzog (1100) die Schauenburger aus dem Wesertale als Grafen nach Holstein verlegt, das Geschlecht, das dann die Unterwerfung und Befehung der Wagrier alsbald begonnen und das Gebiet, das einst die Sachsen auf Befehl Karls des Großen hatten räumen müssen, ihnen wieder gewonnen hat. Es hat später deutschen Einfluß und deutsche Art weit hinein in die jütische Halbinsel getragen. Lothar ist auch der erste deutsche König gewesen, der Beziehungen über die Ostsee hinweg zur Insel Gotland, dem damaligen Mittelpunkt des baltischen Verkehrs, angeknüpft hat. Dem Erzbistum Magdeburg hat er in Norbert, dem Begründer des Prämonstratenser-Ordens, einen seiner bedeutendsten Erzbischöfe und neuen Glanz gegeben.

Erben der Macht Lothars und seiner Traditionen waren die Welfen. Hätte Heinrich der Stolze an Stelle Konrads 1138 den deutschen Thron bestiegen, so wären die Interessen von Hausmacht und Königsstellung zusammengefallen; sie hätten ihre Stärkung im Nordosten suchen müssen, wo ungelöste Aufgaben zur Betätigung geradezu herausforderten. Der Staufer Konrad mit seinem bescheidenen Besitz mußte sich als König an der Niederhaltung der rivalisierenden Welfen abmühen, ohne doch zu vollem Erfolge zu gelangen. Als er 1152 starb, konnte sein Neffe Friedrich Barbarossa seine Wahl durchsetzen — so rasch, wie es sonst in der deutschen Geschichte nicht vorgekommen ist —, weil er in dem Gegensatz der beiden Familien eine Mittelstellung eingenommen hatte. Seine Blicke richteten sich aber alsbald auf Italien, das vor den Toren Schwabens lag; an Sachsens Grenzen hätte er seine Macht nur erweitern können durch Niederkämpfung der dortigen Großen, vor allem Heinrichs des Löwen. Dem Einvernehmen mit diesem mächtigsten der Fürsten verdankte er den Thron; mit ihm hat er durch zwei Jahrzehnte und länger gute Beziehungen unterhalten, um seiner Hilfe jenseits der Alpen froh zu werden. Auf weiser und kräftiger Ausnutzung seiner Rechte an den Bistümern, die den großen Reservefonds deutscher Kaisermacht in der Zeit ihrer Blüte darstellen, und auf gutem Verhältnis zu den angesehensten Reichsfürsten, denen Friedrich die Bewegungsfreiheit nicht wesentlich einschränkte, beruht

überhaupt seine italienische Politik. So ist es gekommen, daß die Germanisierung des Nordostens den Territorialfürsten zufiel. Es ist gar nicht auszu denken, was es für Deutschland bedeutet haben würde, wenn hier Königs- und Fürsteninteresse das gleiche gewesen, Reichs- und Territorialmacht in der Hauptsache hier zusammengefallen wären. Deutschlands Entwicklung zu einem Einheitsstaate wäre wohl ins 12. Jahrhundert, früher noch als die Frankreichs, gefallen anstatt ins 19. und hätte sich in ungeschmälerterem Umfange vollzogen, so weit im Westen, Süden und Südosten damals anerkannte deutsche Herrschaft reichte, nicht mit einem Bruchstück unseres Volkes. Einzelhergänge haben doch oft entscheidend eingegriffen in den Gang der Weltgeschichte!

Die Dinge haben leider einen anderen Lauf genommen. Und da bleibt es nun unter allen Umständen ein leuchtendes Verdienst der deutschen Territorialgewalten, daß sie im Nordosten wie schon vorher im Südosten in die Lücke traten, die das Reich lassen mußte. Herzog Heinrich der Löwe gilt als der Slawenbezwinger. Er war es, der ihre kräftigsten Stämme, die Bewohner der lauenburgischen, mecklenburgischen und vorpommerschen Gebiete, bis zur Oder hin dauernd deutscher Führung unterordnete. Sein Geschichtschreiber und älterer Zeitgenosse Helmold, der Pfarrer von Bosau am Plöner See, sagt von ihm: „Allein vor dem Herzog fürchten die Slawen sich. Er hat ihre Kraft zerrieben vor allen Führern, die vor ihm gewesen sind, mehr als jener Otto, der Kaiser. Er legte ihnen das Gebiß zwischen die Kiefer und lenkt sie, wohin er will. Er gebietet Frieden, und sie gehorchen; er befiehlt Krieg, und sie sprechen: Hier sind wir.“ Auf Rügen hat der Dänenkönig Waldemar, dem sein Volk neben dem ersten Knut den Beinamen des Großen gegönnt hat, geholfen und dadurch für Jahrhunderte Rechte Dänemarks auf der Insel begründet. Es ist aber wohl zu beachten, daß Heinrich der Löwe die einheimischen Fürsten in ihren Stellungen beließ. Nur das Lauenburgische und den südwestlichen Zipfel des Mecklenburger Landes hat er deutschen Grafen unterstellt, von denen der eine in Rügenburg, der andere in Schwerin seinen Sitz erhielt. Die Wenden, die dort links von der Elbe wohnen, und noch einige rechts vom Flusse unterstanden den Grafen von Dannenberg. In dem ganzen weiten übrigen Gebiet, in Mecklenburg, Rügen und Pommern, blieben angestammte Fürsten, wenn auch unter sächsischer Lehnshoheit.

Gleichzeitig mit Heinrich dem Löwen hat sein Rival und Gegner, der Askanier Albrecht der Bär, die Priegnitz, das Havelland und die Zauche gewonnen und so die Nordmark zur Mark Brandenburg erweitert; in Brandenburg hatten die Zevellersfürsten ihren Sitz, deren letzten Albrecht beerbte. Heinrichs des Löwen Sturz (1180) brachte die von ihm begründeten Gewalten unmittelbar unter das Reich; seine Nachfolger in der sächsischen Herzogswürde haben ihre Ansprüche auf Lehnsherrenstellung nicht mehr durchführen können. Als Friedrich Barbarossa starb, war deutsche Fürstenmacht ziemlich bis gegen die Oder hin fest begründet.

Der Unterwerfung sind Kolonisierung und Germanisierung auf dem Fuße gefolgt, oder richtiger sie sind mit ihr Hand in Hand gegangen. Und da muß wieder darauf

hingewiesen werden, daß beide im weitaus größeren Teile des neu unterworfenen Gebietes durchgeführt worden sind von den slawischen Fürsten. Die heute regierenden meklenburgischen Großherzöge sind im Mannesstamme direkte Nachkommen Niklotts und seines Sohnes Pribislaw, des ersten Christen; die slawischen Fürsten von Rügen sind 1325, die von Pommern erst 1637 ausgestorben. Die fremden Machthaber haben sich bald als Deutsche gefühlt. Daß ihnen viele, besonders die angeseheneren, ihrer Untertanen folgten, versteht sich von selbst. Die Masse der Bevölkerung ist nur langsam, erst im Laufe von Jahrhunderten, deutsch geworden. In den Wenden des Spreewaldes und der Oberlausitz hat sich die alte Art bis auf den heutigen Tag erhalten. Die Vorstellung, daß die eindringenden Deutschen alles niedermachten, zu der Helmolds Darstellung leicht verleitet, verdient scharf bekämpft zu werden.

5. Siedelung und Städtegründung ostwärts.

Wir möchten genauer wissen, als es der Fall ist, wie sich die Umwandlung im einzelnen vollzog. Zwangsweise ist sie nicht erfolgt. Sicher ist, daß das Entscheidende in der deutschen Einwanderung lag; es war die Zeit gekommen, in der es Menschen gab, den weiten Nordosten zu füllen und ihm ein anderes Aussehen zu geben.

Das II. Jahrhundert hat so ziemlich im gesamten Abendlande neues Leben erstehen sehen, ein Leben, das tiefer hinunter griff in die Kreise des Volkes, sie in weiterem Umfange zu selbständiger Betätigung führte, als die vorausgehenden Jahrhunderte das gekonnt hatten. Bevölkerungsklassen, die bisher allgemeineren Interessen und Bestrebungen fern gestanden, erwachten zu reger Anteilnahme und kraftvollen Meinungs- und Willensäußerungen. Den Anstoß gab die kirchliche Reformbewegung, die, von der romanischen Welt ausgehend, sich auf die germanische fortpflanzte, man kann sagen als erste wirklich starke und wirkungsvolle Gegenströmung gegen das Übergewicht germanischen Wesens. Dem Ursprunge entspricht es, daß die Kreuzzüge die augenfälligsten Zeichen der neuen Zeit geworden und ihre bekanntesten geblieben sind. Sie sind aber entfernt nicht ihre einzigen, auf weite Volkskreise sich erstreckenden Äußerungen. Der Zug ins Morgenland ist nur eine Form des erwachten Wandertriebes und der sich regenden Unternehmungslust. Das Jahrhundert, das Schar auf Schar in das Morgenland sandte, das heilige Grab zu gewinnen und zu behaupten, hat auch auf europäischem Boden Wohnsitz und Wirkungsbereich der abendländischen Völker nach allen Seiten hin erweitert. Kein Volk hat aus dieser Bewegung so große dauernde Erfolge davongetragen wie das deutsche, das sich in dieser Zeit den Nordosten öffnete. Die Deutschen sind das große kolonisierende Volk des Mittelalters geworden und zwar in der glücklichen Form einer Kolonisation, die sich enge an den überlieferten Besitz angeschlossen, ihn in unmittelbarem Zusammenhange vermehrte.

Wir sind nicht imstande, auch nur annähernd festzustellen, in welchem Umfange die deutsche Bevölkerung unter den sächsischen und salischen Kaisern wuchs. Daß

aber neuer Boden in großer Ausdehnung unter den Pflug gebracht wurde, und daß trotzdem das für die damalige Wirtschaftsweise brauchbare Ackerland den Bedarf kaum noch deckte, kann als sicher gelten, besonders für die nordwestlichen, von der Weser über den Rhein bis zur Schelde und zu den Ardennen hin sich erstreckenden Teile unseres Vaterlandes, Gebiete, in denen auch der Kreuzzugsgeist auf deutschem Boden am meisten Wurzel gefaßt hat. Naturereignisse, vor allem Mißwachs, Meeres- und Stromfluten, dann die fehderreiche Zeit des Investiturstreits und des Aufkommens der Landesgewalten, sonstige Zwistigkeiten und Bedrängnisse mancherlei Art steigerten die Unlust, ruhig auszuharren, die Lust, es auf neuem Boden zu versuchen. So sind, besonders im 12. Jahrhundert, Tausende und aber Tausende, vielleicht Hunderttausende ostwärts gezogen:

Naer Oostland willen wij rijden,
Naer Oostland willen wij mee,
Al over die groene heiden,
— Frisch over die heiden —
Daer isser een betere stee.

Anfänglich lagen die Reiseziele noch auf deutschem Boden selbst. Ganz zu Anfang des 12. Jahrhunderts sind die Marschen und Niederungen an der unteren Weser und Elbe, erzbischöflich bremisches und gräflich oldenburgisches Land, von herbeigezogenen Holländern, die sich auf solche Arbeit verstanden, entwässert und siedelungs- und anbaufähig gemacht worden. Auch sonst auf niedersächsischem Boden und dann, nach Eröffnung des Slawenlandes, weithin ostwärts sind Leute friesischer Herkunft verwandt, Brüche und Sümpfe urbar und bewohnbar zu machen. Ihre flandrischen Nachbarn erscheinen bald neben ihnen; die Spuren ihrer Tätigkeit lassen sich noch häufiger als die der Friesen in Orts- und Lokalnamen der Gegenwart verfolgen. Daß sie auch vor der Bearbeitung dürftigen Bodens nicht zurückschreckten, belegt der die Elbe und Schwarze Elster in der Wittenberger Gegend rechts begleitende „Släming“. Von Ostholstein und Mecklenburg wissen wir, daß Westfalen einen namhaften Teil der Einwanderer bildeten, neben ihnen auch andere Angehörige des sächsischen Stammes.

Der Zuzug ist von den Landesherren nicht nur gefördert, sondern herbeigeholt worden, und nicht allein von den Landesherren, sondern von allen, die unter ihnen Stellung oder Besitz hatten, weltlichen wie geistlichen Standes. Eine besonders umfassende und erfolgreiche Tätigkeit haben die von Bernhard von Clairvaux und Norbert von Prémontré, dem späteren Magdeburger Erzbischofe, begründeten Orden der Zisterzienser und Prämonstratenser entfaltet. Unter Kaiser Lothar dem Sachsen beginnen sie ihr Werk. Sie haben es während des ganzen 12. und im 13. Jahrhundert und darüber hinaus fortgesetzt. Sie waren dem tätigen Leben zugewandt. Sie begründeten ihre Klöster vorzugsweise an Stellen, die zugleich durch Reize der Natur lockten und der Rodungsarbeit Früchte versprachen. Sie haben deutsche Landsleute als Siedler herangezogen, die unter den Pflug nahmen, was begüterte Spender um ihres Seelenheils willen den Mönchen überwiesen.

Die Schenker hatten selbst Vorteil von dem Anbau des Bodens durch fleißige, leistungsfähige Neubauer.

Noch größere Vorteile erwuchsen aus direkter Vergabung den Landesherren wie den einzelnen adligen und freien Grundbesitzern. Unter der Führung von „Lokatoren“, die gewissermaßen gewerbsmäßig, im Auftrage, ihre Tätigkeit ausübten, zogen die neuen Untertanen heran und erlangten gegen mäßigen Zins erbliche Besitzrechte an ihren neuen Zufen. Dem Lokator, der zumeist das Schulzenamt erhielt, ward sein Lohn in der Regel in der Form einer Übertragung mehrerer Zufen, der Verleihung der Gerichtsbusen und anderer Gefälle, etwa vom Dorfkrug (Kretscham), der Mühle oder sonst. Auch so war der Ertrag vom Neulande, das der Fremde besiedelte, für den Herrn immer noch größer, erheblich größer als jener von dem nach slawischer Art angebauten Boden. Denn der deutsche eiserne Pflug leistete ganz erheblich mehr als der slawische hölzerne Hacken, ganz abgesehen von der festeren Gewöhnung an nachhaltige, zielbewusste Arbeit und von dem Streben, etwas vor sich zu bringen, Tugenden, die den Deutschen vor dem Slawen auszeichneten. Von den Alteingesessenen haben wohl manche gelernt, den neuen Nachbarn nachzueifern, und sind so in deren Art und Betriebsweise hinübergetreten, durch Annahme der Sprache nach und nach zu Deutschen geworden, je näher der alten Nationalitätenscheide, um so mehr, wie denn auch die Zahl der Einwanderer im allgemeinen abnahm, je weiter sie nach Osten ziehen mußten, neue Wohnsitze zu gewinnen. Da die üblichen deutschen Zufen größer waren als die slawischen, so war die Möglichkeit gegeben für die Entwicklung eines tüchtigen Bauernstandes. Das Ergebnis aber war, daß im Laufe eines Jahrhunderts die gesamten Gebiete, die einst Otto I. zu Marken seines Reiches gemacht hatte, nun friedlich von Deutschen zum Teil durchsetzt, zum Teil vorherrschend bewohnt waren und in Anbau und Kultur Fortschritte gemacht hatten, die sie dem alten Reichsgebiet nahe brachten oder gleich stellten. Möglich gewesen ist dieser Erfolg doch nur, weil in der großen Masse des Volkes nationale Gegensätze von Person zu Person nicht sehr in Frage kamen. Als einmal die leitenden Kreise, weltliche und geistliche, der neuen Ordnung gewonnen waren, hat der gemeine Mann sich in sie hineingefunden, so gut er vermochte, sie oftmals selbst schätzen gelernt.

Die neuen Ankömmlinge haben den betretenen Gebieten aber noch einen anderen Weg des Fortschritts gewiesen, der bald zu glänzenden Zielen geführt hat. Sie sind ihre Städtegründer geworden. Ehe sie kamen, kannte die slawische Welt keine Städte und keine Bürger. Was in den Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts als *urbs* bezeichnet wird und auf slawischem Boden viel häufiger sich findet als auf deutschem, ist nicht eine Stadt, sondern Sitz eines Vornehmen, eines Häuptlings, eines Zupans, und wird mit Recht in unserer Ausdrucksweise nicht mit Stadt, sondern mit Burg wiedergegeben. Die Inassen sind in keiner Weise als besonderer Verwaltungskörper geschieden aus dem umgebenden Bezirk oder Gau, aus der Burgwardei. Die Deutschen haben, allerdings ganz überwiegend an der Stelle solcher slawischen *urbes* und mit Verwendung ihrer Namen, Städte

begründet, ummauerte Ortschaften mit besonderer, durch eigene Organe sich vollziehender Verwaltung. Sie haben so das Bürgertum in die slawische Welt eingeführt. Wenn man sagen kann, daß durch Entwicklung städtischen Wesens in deutschen Landen an Stelle der dahinschwindenden bäuerlichen Gemeinfreien ein neuer Stand der Freien geschaffen worden ist, so ist durch den gleichen Vorgang den Volkskörpern der Slawen etwas ganz Neues eingefügt worden, etwas, was sie bisher nicht kannten, dessen Bestehen aber bis auf den heutigen Tag die unerläßliche Voraussetzung ist für die Aufrechterhaltung ihrer Stellung innerhalb der allgemeinen Kultur, ein Mittelstand zwischen der herrschenden Klasse und der rechts- und beziglosen Masse.

Ein Blick auf die Sprachenkarte zeigt, daß in dem Gelände vom Mittelgebirge bis zum Meere deutsche Art sich am weitesten ostwärts vorgeschoben hat, einerseits im und am Gebirge, andererseits am baltischen Gestade. Sie erstreckt sich dort und in dem vorliegenden Gelände bis zu den Oderquellen hin, an der Ostsee fast ununterbrochen bis Memel und darüber hinaus in Einzelgruppen bis hinauf an den Finnischen Meerbusen. Die erstere Erscheinung hat ihren Grund in der Tatsache, daß der fruchtbarere Boden, der mehr zur Besiedelung lockte und sie mehr lohnte, das Schwemmland des Gebirges war, in Schlesiens die linke Oderseite, und daß der Slawe das Gebirge selbst gemieden hatte, die letztere in der leichteren Zugänglichkeit, die das Meer ermöglichte. Gerade am Meere entlang haben sich die angesehensten deutschen Städte auf slawischem Boden entwickelt von Lübeck bis hinauf nach Reval, auch hier wieder eine ganze Reihe der besten, von Wismar bis Danzig, unter slawischen Landesherren. Hier hat sich schon im 13. Jahrhundert die „Hanse“ zusammengefunden; ihr Kern sind die „wendischen“ Städte, wie sie sich nannten. Wie rasch das aus dem Nichts herausgewachsen ist, zeigt die Tatsache, daß diese Städte ungefähr um 1300 den Umfang erreicht hatten, in dem sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fortbestanden haben. Ihr Mauerring ist in dem halben Jahrtausend, abgesehen von ganz vereinzelt Ausnahmen, nicht erweitert worden. Wie diese ganze mittelalterliche Kolonisationsbewegung auf das gesamtdeutsche Leben eingewirkt hat, erkennt man am besten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, was hier von den Ostseestädten gesagt wird, so ziemlich von allen deutschen Städten gilt, soweit sie nicht als Residenzen oder Industriestädte oder auf Grund besonders günstiger Verkehrslage, wie Hamburg und Bremen, in den neueren Jahrhunderten Vorzugsbedingungen genossen. Köln hat an Stelle der Mauer, in die es sich 1100 einschloß, erst 1879 eine weitere erhalten.

Die verhältnismäßige Leichtigkeit der Verbindung zur See hat auch bewirkt, daß deutsche Unternehmungen weit entlegene Gebiete ins Auge faßten, ehe man noch irgendwo siedelnd die Oder überschritten hatte. 1158 hat Heinrich der Löwe Lübeck als herzogliche Stadt begründet. Bald darauf ist Livland von Lübeckern „aufgesegelt“ worden; sie erreichten über Gotland die Dünamündung. Den Kaufleuten folgten bald Geistliche der bremischen Kirche. Es war die Zeit der Ritter-

orden. Bischof Albert von Riga begründete 1202 den Orden der Schwertbrüder zum Kampfe gegen die kriegerischen Bewohner des Landes: Letten, Kuren und Esthen, erstere litauischen, die Esthen finnisch-ugrischen, sämtlich nicht slawischen Stammes. Ihre Unterwerfung und Christianisierung begann und zugleich ein reger Handel dünaaufwärts, ein Warenaustausch mit den binnenvwärts bestehenden, längst dem griechischen Glauben gewonnenen russischen Fürstentümern. So breitete sich deutscher Einfluß über See am Rigaischen Meerbusen aus, während die lange Küste von der Odermündung bis dorthin noch unberührt von ihm war.

Wie schon bemerkt, kennt die Zeit aber nicht allein ein Wachstum deutschen Wesens. Die Italiener breiteten sich gleichzeitig unter Venedigs Führung an den gegenüberliegenden Küsten des Adriatischen und weiter ostwärts auf der Inselwelt des Ionischen und Ägäischen Meeres aus und in gleicher Weise die skandinavischen Völker. Die Schweden haben sich damals in Sienland festgesetzt und ihm das Christentum gebracht; die Dänen traten in Estland neben die Deutschen und gewannen dieses Land, das sie bis 1346, wo der deutsche Orden es ihnen abkaufte, behauptet haben. Ihnen waren damals in ununterbrochener Folge und mit langen Regierungszeiten drei große Könige beschieden: Waldemar der Große, Knut Waldemarsohn und Waldemar der Sieger (1157—1241). Der Sturz Heinrichs des Löwen öffnete diesen Herrschern die südlichen Nachbargebiete, so daß Knut und der zweite Waldemar die Dynastien, Städte und Bauernschaften der nordalbingischen und obotritischen Lande unter dänische Oberherrschaft zwingen konnten. Der vorletzte Staufer, Friedrich II., der deutscher König nur im Nebenamt und alles andere eher war als „ein Mehrer des Reiches“, verzichtete 1214 auf alle Lande jenseits der Elbe und Eide, des brandenburgisch-meklenburgischen Grenzflusses, zugunsten Dänemarks. 1219 hatte Waldemar Estland gewonnen; auch in Samland hatten die Dänen sich festgesetzt; die Ostsee schien ein dänisches Binnenmeer werden zu sollen.

Da änderte die verwegene Gewalttat des Grafen Heinrich von Schwerin die Lage; er nahm in der Nacht zum 7. Mai 1223 auf der kleinen Insel Lyö an Sünens Küste den Dänenkönig, der ihn zur Jagd geladen hatte, mit seinem schon gekrönten Sohne gefangen und entführte beide auf die Feste Dannenberg an der Jeeze im jetzigen Lüneburgischen. Als der König nach seiner Freilassung sich unter Billigung des Papstes von dem erzwungenen Verzicht auf die unterworfenen Lande lossagte und ihre Wiedereroberung versuchte, wurde er am 22. Juli 1227 auf der Heide von Bornhöved, im „Quellgebiet“ der holsteinischen Flüsse, von den vereinigten Gegnern völlig überwunden. „So wurden an dem Tage die Lande erlöst aus der Dänen Gewalt, des sie alle Gott loben und preisen und die heilige Maria Magdalena,“ sagt der Lübecker Stadtchronist; es war ihr Tag. Es ist eins der folgenreichsten Ereignisse der gesamten deutschen Geschichte. Ohne eine deutsche Ostsee ist die Entwicklung Brandenburg-Preußens nicht denkbar!

Immer aber muß wieder daran erinnert werden, wie rasch sich das alles vollzog. Unter dem ersten Staufer (1138—1152) wohnte noch kein Deutscher an der Ostsee; zwei Menschenalter später war entschieden, daß für lange Zeit die Deutschen das maßgebende Volk am Baltischen Meere sein sollten.

6. Polen und Deutsche.

Mehr als 500 Jahre nach den Tschechen, auch später als die Russen, sind die Polen zwischen den beiden Völkern zu einer gewissen staatlichen Ordnung gelangt, doch, so weit wir erkennen können, anders als sie, ohne germanische Mitwirkung. Der erwähnte sächsische Geschichtschreiber Widukind gedenkt zuerst der Polen und ihres „Königs“ Misa (Miesko), der 905 von Markgraf Gero besiegt worden sei. Es ist wohl als eine Folge dieses Sieges anzusehen, daß Miesko weiterhin nur als ein Lehnsman des deutschen Kaisers erscheint. Als er 992 starb, folgte ihm sein Sohn Boleslaus in der gleichen Stellung. Unter Otto I. war in Posen ein Bistum errichtet und dem Erzbistum Magdeburg unterstellt worden. Ottos des Großen Enkel Otto III., „der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren,“ hat diesem Verhältnis eine andere Wendung gegeben. Sein Freund, der böhmische Herzogssohn Udalbert, hatte unter den Händen der heidnischen Preußen, die er bekehren wollte, sein Leben ausgehaucht, noch ehe er den Mund zu ihrer Belehrung aufstun konnte. Im Jahre 1000 unternahm dann Otto III., damals 20 Jahre alt, eine Wallfahrt nach Gnesen, wo die Leiche des Märtyrers beigesezt worden war. Er glaubte es dem Andenken des Freundes schuldig zu sein, daß er an seiner Ruhestätte ein Erzbistum errichtete, dem das Posener Bistum unterstellt und damit von Magdeburg losgelöst wurde. Kirchliche Selbständigkeit war eine unerläßliche Vorbedingung für nationale, zog sie aber auch als fast unausbleibliche Folge nach sich.

Boleslaus, den seine Landsleute mit gutem Grunde den Kühnen, Gewaltigen, Großherzigen (Chrobry) szubenannt haben, hat die Verhältnisse zu nutzen verstanden. Als nach Ottos III. Tode (1002) die Nachfolge im Reiche unsicher, dann des neuen Königs Macht angefochten wurde, hat er versucht, nicht nur sich unabhängig zu machen, sondern auch sein Herrschaftsgebiet auf Kosten der Deutschen zu erweitern. Kaiser Heinrich II. hat wiederholt gegen ihn zu Felde ziehen müssen, ohne doch nachhaltige Erfolge erringen zu können. 1018 ist dem polnischen Könige sogar die Lausitz vertragsmäßig überlassen worden. Als Heinrich II. 1024 starb, nahm Boleslaus den Königstitel an, folgte allerdings schon im nächsten Jahre dem Kaiser im Tode nach.

Boleslaus hat seinem Volke auch Geltung verschafft vor den slawischen Nachbarstämmen, eine Herrschaft über sie begründet. Man könnte ihn in ähnlicher Weise als den Begründer eines polnischen Reiches bezeichnen wie Heinrich I. als den eines deutschen. Die ursprünglichen Sige der Polen lagen auf dem Gebiete der jetzigen Provinz Posen, besonders in ihrem nordöstlichen Teile, und in den benachbarten jetzt russischen Landstrichen. Kruschwitz am Goplosee, südöstlich von Hohensalza, im fruchtbaren kujawischen Lande, spielt in den ältesten Überlieferungen der Polen eine Rolle. Boleslaus richtete eine Herrschaft auf, die nördlich bis an die Ostsee, südlich bis ans Gebirge reichte. In Schlesien wurde er der glückliche Rival der böhmischen Macht, die bemüht war, sich durch die Pässe an die Oder vorzuschieben; im Norden unterwarf er die Pommern und

Pommereller, die das Küstenland von der Oder bis zur Weichsel inne hatten, und begründete so Ansprüche Polens auf deren Wohnsitz. Beide Stämme schieden sich ungefähr in der Gegend der Leba; die jetzigen hinterpommerschen Kreise Lauenburg und Bütow gehörten zu Pommerellen. Westwärts reichte die Macht des ersten Polenkönigs bis an die Oder, durch die Erwerbung der Lausitz sogar bis über die obere Spree. Auch ostwärts hat Boleslaus sein Reich ausgebreitet. Seine Versuche aber, die zwischen seinen und des Kaisers Landen wohnenden heidnischen Slawenstämme an sich zu fetten, waren erfolglos; hier blieb man in gleicher Weise den östlichen wie den westlichen christlichen Nachbarn feindlich. Boleslaus' Erfolge sind natürlich auch mit den Waffen errungen, wie das ja nicht anders denkbar ist.

Die so geschaffene Macht hat nicht bestehen können. Rascher als in der Neuzeit vollzog sich ja im Mittelalter das Auf und Ab der Herrschaftsbildungen. Erbstreitigkeiten und Teilungen schwächten das rasch emporgewachsene Reich. Der Königstitel ward noch vor Ende des Jahrhunderts von Boleslaus' Urenkel wieder aufgegeben. Die deutschen Könige ließen auch nicht von ihrem Anspruch auf Oberlehnsherrschaft, die in der Sorderung von Jahrestribut oder Heeresfolge ihren Ausdruck fand. Anerkennung und Leistung der übernommenen Pflichten sind wiederholt durch Heereszüge erzwungen worden; bis zum Ende der Regierung Friedrich Barbarossas muß die Lehnshoheit im allgemeinen als bestehend und in Übung angenommen werden. Mit besonderem Nachdruck hat sie wieder der Sachse, Kaiser Lothar, geltend gemacht; den letzten Heereszug, sie in Erinnerung zu bringen, hat 1172 Friedrich I. unternommen. Polnische Angelegenheiten sind wie böhmische am Hofe des Kaisers unter dessen Vorsitz von polnischen Großen verhandelt und entschieden worden. Dann verschwindet dies Verhältnis. Wenn der Böhmenkönig Wenzel II. im Jahre 1300 noch einmal Polen vom Habsburger König Albrecht I. zu Lehen nahm, so ist das bedeutungslos.

Diese Entwicklung konnte nicht ohne Einfluß bleiben auf die erzwungene Verbindung der angegliederten Teile. Von Polen her und im Auftrage des polnischen Herzogs hat Bischof Otto von Bamberg 1124 die Bekehrung der Pommern begonnen. Die christianisierten Fürsten und ihr Volk hat er doch nur zeitweise wieder mit Polen in Verbindung bringen können; sie wurden durch Heinrich den Löwen dem sächsischen Einfluß gewonnen und traten nach seinem Sturze unter das Reich. Die Fürsten von Pommerellen walteten ihrer Lande selbständig. Vor allem aber fing Schlesien an, unter Teilfürsten aus dem regierenden Hause seine eigenen Wege zu gehen; es wurde Erbgut der Piasten. Als die Zeit kam, wo das Deutschtum kolonisierend vordrang, sah sich das polnische Reich von einer Reihe Territorialbildungen umgeben, deren Fürsten nicht nur ihre Lande den Fremden willig öffneten, sondern auch selbst ihre Art annahmen. Gegen Ende des 12. und zu Anfang des 13. Jahrhunderts breitete sich die Germanisierung zugleich von Norden und von Süden her in den Gebieten aus, die Boleslaus seiner Herrschaft unterworfen hatte. Was kriegerisch gewonnen war, wurde friedlich wieder verloren.

In Polen selbst hat man nichts anderes tun können, als sich der allgemeinen Bewegung anschließen. Trug sie doch keinerlei politischen Charakter; sie führte nicht zur Unterwerfung unter fremde Herrschaft, im Gegenteil zu eigener Bereicherung und Stärkung durch fremde Arbeit. Die Zugewanderten haben sich überall, fast ausnahmslos eben so treu, ja oft treuer erwiesen als die alten Untertanen. Es lassen sich nicht wenige Fälle aufzählen, in denen sie in den Ländern des Ostens der Krone Stütze und Stärke gegen innere Unbormäßigkeit und äußere Feinde geworden sind. So wiederholten sich in Polen und den Nachbargebieten die Hergänge, die oben für die Lande zwischen Elbe und Oder dargelegt worden sind.

Deutsche Ordensgeistliche wurden herbeigerufen, vor allem wieder Zisterzienser. Schon 1155 ist Kloster Lelno bei Wongrowitz, mittwegs zwischen Posen und Bromberg, als ihre erste Niederlassung begründet worden. Die Mönche kamen von Kloster Altenberg bei Köln. Die weiteren bekannnten Niederlassungen fallen dann erst ins nächste Jahrhundert. Erzbischof Heinrich von Gnesen (1200—1219) sagt vom Orden: „Er geht wie der leuchtende Morgenstern über Polen auf.“ Seine Klöster wurden auch hier Mittelpunkte blühender Ansiedlungen. 1210 begann die Urbarmachung der Odra-Niederungen zwischen Fraustadt und Wollstein unter Leitung des Abtes von Pforta, dem Herzog Wladislaus Ottosohn diese Gegend überwiesen hatte. Schlesiische Zisterzienser sind bald in den Vordergrund getreten, besonders von den Klöstern Leubus (an der Oder unterhalb Breslau) und Heinrichau (bei Münsterberg). Der König und seine Großen, geistliche wie weltliche, sind dem Beispiele gefolgt. Wie weiter westwärts, so entstanden auch hier Städte. Bis weit über die Grenzen Polens hinaus, in den russischen Reichen von Galicz, Wladimir, Kiew ist alle Städtegründung deutschen Ursprungs, entweder durch Einwanderung von Deutschen oder durch Verleihung deutschen Stadtrechts an bisher zusammenhangslose Orte. Vor allem das Magdeburger Recht hat sich weithin in diesen Gegenden ausgebreitet, nordwärts in der Nähe der Küste das Lübbische Recht, südlich in Böhmen und den Nachbargebieten das Frankfurter. In Polen ward Gnesen schon vor 1243 eine deutsche Stadt, Posen 1253. Bis zum Ende des Jahrhunderts sind dann noch eine ganze Reihe von deutschen Städten nachweisbar. Im ganzen sind im Gebiet der jetzigen Provinz Posen etwa 60 Städte so entstanden. „Wir gründen die Stadt zu deutschem Recht, da wir, wie es sich geziemt, auf Besserung und Neuordnung unseres Landes bedacht sind,“ ist eine übliche Formel in den Stiftungsurkunden. In Polen sind Lokatoren auch mit Gründung von Städten beauftragt, sind deren Vögte geworden. Sie wurden auch in den Dörfern reicher ausgestattet als sonst, mit einem Siebentel bis zu einem Sechstel der Hufen.

Es versteht sich von selbst, soll aber doch noch ausdrücklich gesagt werden, daß bei all diesen Hergängen von einem Einfluß deutscher Könige oder Fürsten schlechterdings keine Rede sein kann. In Polen und weiter ostwärts geschieht wie in Böhmen alles auf Veranlassung oder unter Billigung der einheimischen Gewalten. Das gleiche gilt für Ungarn, wo vom 12. Jahrhundert an die Deutschen

einwanderten, die in mehr oder weniger geschlossenen Sigen und entsprechend in größerer oder geringerer Zahl am Südabhange der Karpathen in der Zips, im ungarischen Erzgebirge und vor allem in Siebenbürgen sich erhalten haben bis auf den heutigen Tag.

Nur in großen Zügen können wir die Ursprungsgegenden der Einwanderer bestimmen. Die Siebenbürger Sachsen sind trotz ihres Namens keine Sachsen, sondern Leute von der mittleren Mosel; die Sprache, die sie noch heute reden, ist dafür der Beleg. Ebenso ergeben sprachliche Forschungen, daß für den Ursprung der deutschen Schlesier wesentlich mitteldeutsche Gegenden in Frage kommen: Thüringen, Mainfranken, das Osts- und Meißnerland, die, selbst kolonisiert, wieder kolonisierend weiter griffen. Ebenso haben die Schlesier wieder in Polen die Hauptarbeit geleistet. Die Gebiete, die in der Zeit Heinrichs des Löwen führend gewesen waren, die Niederlande, Rheinland und Westfalen, scheiden auch im 13. Jahrhundert für den ferneren Osten nicht ganz aus. Es liegt in der Natur der Sache, daß die anströmende Flut sich um so mehr verlaufen mußte, je entlegener die Gebiete waren, die sie zu berühren hatte. So ergab sich eine Grenze, über die hinaus deutsche Siedler nur Enklaven bildeten und bilden. Sie verläuft heute in der Provinz Posen nicht allzu weit entfernt von deren Nord-, West- und Südwestgrenze, tritt hinter Militsch nach Schlesien hinüber und überschreitet die Oder oberhalb Brieg. Es ist wahrscheinlich genug, wenn auch nicht erweisbar, daß sie im Süden und Westen der Provinz in der Hauptsache schon im 13. und 14. Jahrhundert galt, wenn auch sicher westwärts noch lange, noch durch Jahrhunderte, slawische Enklaven bestanden ähnlich den Spreewenden unserer Tage.

7. Polen und der Deutsche Orden.

Zu der Politik polnischer Machthaber, die Deutsche herbeirief zu eigenem Vorteil, gehört auch die Einladung Konrads von Masovien an die Deutschen Ritter.

Das von der Weichsel, Ossa und Drewenz fast ganz umschlossene, etwa 3 bis 4000 qkm große, nordöstlich von Thorn gelegene Kulmer Land war streitig zwischen den heidnischen Preußen und den christlichen Polen. Auch der Aufgabe, das eigene Land zu decken gegen die Einfälle der beutelustigen Nachbarn, fühlten sich Polens Leiter nicht immer gewachsen. Sie zu unterwerfen, was allein die üble Lage hätte bessern können, mangelte ihnen die Kraft. Da sollten die Deutschen Ritter helfen.

Der Orden bestand seit einem Menschenalter; er war im heiligen Lande bei der Belagerung von Akkon zusammen getreten. Er hatte sich in Siebenbürgen im äußersten südöstlichen Winkel der Karpathen, im sogenannten Burzenlande, versucht, die Pässe dort im Auftrage des ungarischen Königs gegen die heidnischen Rumänen bewacht und Kronstadt gegründet. Jetzt übernahm er den Auftrag, vom Kulmerland aus, das Herzog Konrad zu diesem Zwecke abtrat, die heidnischen Preußen zu bekriegen und zu unterwerfen, übernahm ihn vom Kaiser. Es war im März 1220 — Waldemar der Sieger war noch nicht lange aus der Haft Heinrichs von Schwerin entlassen — als Friedrich II., dem die jüngsten Hergänge

im deutschen Norden die Rechte des Reiches wieder in Erinnerung gebracht hatten, das abgetretene Kulmerland dem Orden schenkte. Nach vollbrachter Arbeit sollte ihm das geschenkte und eroberte Land mit den gleichen Rechten gehören, wie irgend ein Reichsfürst das seine besitze. Über Preußen verfügte der Kaiser als über Heidenland. Die Schlacht bei Bornhöved und die Verleihung Preußens an den Deutschen Orden fallen fast in den Zeitraum eines einzigen Jahres.

Die Ritter haben in mehr als 40jährigem Kampfe das gesteckte Ziel erreicht, das Land der Preußen, d. h. das Gebiet von der Weichsel bis zur Memel und binnenwärts bis auf die masurische Seenplatte, ihrer Herrschaft unterworfen. Die Arbeit ist keine leichte gewesen; es handelte sich um ein überaus kriegerisches und freiheitsliebendes Volk. Sie hätte auch kaum gelöst werden können ohne den jährlichen Zuzug von nicht dem Orden angehörigen Rittern und Kriegern, die sich ein Verdienst zu erwerben wünschten durch Bekämpfung der Heiden. Sie führte bei dem hartnäckigen Widerstande der Bekriegten zu einer Art Vernichtung, wenigstens in den nächstgelegenen Landesteilen. In der gegenwärtigen deutschen Bevölkerung stecken wohl wesentlich weniger Reste der früheren Bewohner, als das in den ehemals slawischen Ländern der Fall ist, besonders in denen, welchen das Christentum nicht mit dem Schwerte aufgezwungen zu werden brauchte. Und wenn wirklich die Ritter mit größerer Härte als unvermeidlich vorgegangen sind (neben den livländischen Zergängen in der ganzen Geschichte der Verbreitung des Deutschtums nach Osten der einzige Fall, wo das in Frage kommen kann), so haben doch die Polen keinen Grund, sich zu beklagen. Denn es handelt sich nicht um sie, sondern um ihre Feinde, auch nicht um Slawen, sondern um Leute lettischen Stammes, Litauer. Der Orden befreite Polen von einem gefährlichen Nachbarn, dessen es allein nicht Herr zu werden vermochte.

Auch das Preußenland ist mit deutschen Siedlern besetzt worden. Klöster, Dörfer, Städte sind begründet, Burgen zum Schutz und zur Beherrschung des Landes erbaut. Das Deutschtum ist auch hier schon im 13. und 14. Jahrhundert in der Hauptsache so weit ausgebreitet worden, wie es sich heute erstreckt; nur im Norden, gegen den litauischen Rest zwischen Pregel und Memel, wurden später, bis in unsere Tage herab, noch namhafte Fortschritte gemacht. Über 100 000 Litauer haben sich auf preußischem Gebiet bis heute erhalten; als Preußen ein Königreich wurde, hörte man unweit Königsberg noch litauisch reden. Den deutschen Einwanderern bot die See, wie nach Livland, einen erleichterten Zugang. In der Entwässerung und Urbarmachung der Weichselniederungen und des Deltas sind dieselben Leute tätig gewesen, die man im Westen zu solchen Aufgaben heranzog; auch hier lohnte der reiche Boden ihre Arbeit, und sie wurden und blieben bis heute für den Osten die Repräsentanten des selbständigen und wohlhabenden Bauernstandes. Im übrigen spielen bei der Besiedlung Preußens mitteldeutsche Elemente eine Hauptrolle.

Die Eroberung dieses Landes hat auch den Unternehmungen am Rigaischen Meerbusen einen neuen Anstoß gegeben. 1237 schlossen sich die Schwertbrüder

dem Deutschen Orden an. Livland ist dann von einem Landmeister, Preußen vom Hochmeister verwaltet worden. Der Zuzug deutscher Einwanderer hat aber nicht ausgereicht, um auch die fernen Lande, die wir jetzt als die Baltischen Provinzen zu bezeichnen pflegen, mit deutschen Landbauern zu füllen. Die Deutschen sind hier eine Oberschicht geblieben, Großgrundbesitzer und Städtebewohner, die sich, besonders die letzteren, bis in unsere Zeiten hinein durch fast ununterbrochenen Zuzug aus dem Reiche ergänzt und vermehrt haben, die Städtebewohner vor allem auch durch Aufsaugung vom Lande her einziehender eingeborener Elemente.

In den Ordenslanden hat bald das Bürgertum eine große Bedeutung gewonnen. Thorn, Kulm und Elbing an der Weichsel und Nogat, Braunsberg an der Passarge und Königsberg am Pregel sind entstanden. Danzig, zunächst noch unter pommerellischer Hoheit, ist deutsch geworden und hat dann bald alle überflügelt. Weiter nördlich bestanden schon nahe an der Küste Riga, Reval und Pernau, binnenwärts Dorpat am Embach, der Platz für den Winterhandel mit Nowgorod. Sie alle, die preussischen wie die livländischen Städte, sind durch ihre Kaufleute der Hanse zugeführt worden. Besonders die nördlichen Gebiete standen in innigsten Beziehungen zu Lübeck. Der Meister für Livland schreibt 1261 an Lübeck: „Durch das Blut eurer Väter und Brüder, eurer Söhne und Freunde ist das Feld des Glaubens in diesen Landen wie ein auserwählter Garten oft benetzt worden“, und der Bischof von Dorpat 1274: „Durch die Mühen, die Schätze und das Blut der Kaufleute ist die junge Kirche in Livland und Estland zur Erkenntnis ihres Schöpfers unter göttlicher Gnade erstmals geführt worden“, Reval in demselben Jahre: „Wir müssen zusammenhalten wie die zwei Arme eines Kreuzes.“ 1280 verband sich Lübeck mit den Deutschen von Wisby auf Gotland für zehn Jahre zu gemeinsamer Befriedung der Ostsee von der Trave und dem Sund bis nach Nowgorod; zwei Jahre später nahmen sie Riga in ihren Bund auf. Die Herrschaft auf der Ostsee lag in der Hand der Deutschen; sie vermochten ihren Schiffer, ihren Kaufmann zu schützen und zu decken gegen räuberische Störungen ihrer friedlichen Betriebe. Die Lücke zwischen der Oder und Domesness, die vor dem Auftreten des Ordens bestand, war ausgefüllt. Von der Kieler Bucht bis zum Finnischen Meerbusen waren Deutsche die maßgebenden Anwohner des baltischen Gestades.

Ein Jahrhundert hat genügt, diesen Erfolg zu erringen. Er war gewonnen worden ohne einheitliche Leitung, ohne irgendwelchen allgemeinen, festen Plan. Er war das natürliche Ergebnis einer unaufhaltsamen Umgestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Mitteleuropas. Er entbehrte einer staatlichen, einer politischen Seite. Darin lag zum Teil das Rätsel des Gelingens; aber es war und blieb doch auch ein Moment der Schwäche, das bedenklichste. Hätte es irgend eine Vertretung deutscher Gesamtinteressen gegeben, die Rückschläge, die eintreten sollten, hätten nicht so empfindlich treffen können.

s. Rückschläge.

Die Umwandlung slawischer Lande in deutsche hat sich friedlich vollzogen. In den Gebieten diesseits der Oder und an der See zwischen Oder und Weichsel hören wir kaum von ablehnender Stimmung einheimischer Kreise. Anders schon in Schlesien. Seine Fürsten wandten sich dem Deutschtum zu; ihr Adel folgte ihnen aber nur teilweise willig. Erst die Einwanderung deutscher Adliger gab den Regierenden das Übergewicht über die Gegner der Germanisierung.

Im eigentlichen Polen waren die widerstrebenden Kräfte stärker. Die deutschen Mönche wurden von der einheimischen Geistlichkeit bald als lästige Fremdlinge angesehen. Schon im 13. Jahrhundert beginnen Bemühungen, sie im Gebrauch der deutschen Sprache zu beschränken. Ein Schreiben des Erzbischofs Jakob von Gnesen an das römische Kardinalkollegium vom Jahre 1285 beklagt sich in leidenschaftlicher Sprache über das Eindringen der Deutschen. Die eingeborenen Adligen widersetzten sich der Einwanderung deutscher Standesgenossen. Polnische Macht sah sich im Norden, Westen und Süden von den Deutschen eingeengt. Aus den Kämpfen, die dem Aussterben der pommerellischen Fürsten (1294) folgten, ging der Deutsche Orden nicht nur gegenüber den Askaniern, sondern auch gegenüber Polen als Sieger hervor. Damit war das Reich von der See abgeschnitten. Die Neumark hatten die brandenburgischen Markgrafen schon 1200 von Pommerellen erworben; um die gleiche Zeit besetzten sie auch das Land Lebus. So war Polen auch von der Oder abgedrängt. Denn die schlesischen Herzöge machten sich immer unabhängiger; sie haben 1327 und in den folgenden Jahren den Böhmenkönig Johann, den Luxemburger, als Oberherrn anerkannt und sich damit völlig von Polen losgesagt.

1295, als die pommerellische Frage schon aufgerollt war, hat einer der Teilherzöge, Wladislaus Lokietek (Ellenlang), wieder den Königstitel aufgenommen und sich dann nach harten Prüfungen und langen Kämpfen zum alleinigen Herrn gemacht. Es war gegen seine Ansprüche, daß Wenzel II. von Böhmen 1300 in Polen erschien und sich zeitweise des Landes bemächtigte. Zu den Gegnern des aufkommenden Königs zählten auch die deutschen Städte. Es war ein Haupterfolg auf Wladislaus' Wege, als er 1310 Posen bezwang. Auch die deutschen Schlesier waren gegen ihn; sie hielten zu Böhmen. So wurde der Sieg des Wladislaus gleichbedeutend mit einer Stärkung und Neubelebung des nationalen Geistes, dessen Träger nun neben Adel und Geistlichkeit der König wurde. Unter Wladislaus hat der deutsche Zuzug nach dem eigentlichen Polen fast aufgehört.

Er hat auch unter seinem Sohne Kasimir (1333—1370), der allein von allen polnischen Königen den Namen des Großen führt, mit der früheren Lebhaftigkeit nicht wieder eingesetzt, obgleich Kasimir der Begründer Brombergs geworden ist und wiederholt erklärt hat, daß deutsches bürgerliches Recht ihm und den Bewohnern seines Reiches viele Vorteile bringe und die Lage seiner Untertanen außerordentlich verbessere. Er hat sich bemüht, die Deutschen dem polnischen Wesen anzugleichen. Um in Rechtsfragen die Berufung der Bürger an die deutschen

Oberhöfe abzuschaffen, hat er das deutsche Rechtsbuch, den *liber juris Teutonici*, aufzeichnen lassen, hat versucht, heimische Instanzen zu schaffen. Er wünschte Frieden mit den deutschen Nachbarn. Durch Verhandlungen mit dem Deutschen Orden hat er von den Rittern besetzte Gebiete, das neben dem Kulmerland links von der Drewenz gelegene Land Dobrin und andere Teile Kujaviens, zurück erlangt, von den Brandenburgern das der Neumark zugehörige Deutschkrone, den äußersten Südwesten des jetzigen Westpreußens, erworben, andererseits Schlessien (doch ohne Graustadt, das bei Polen blieb) 1335 in aller Form an Böhmen abgetreten. Ersatz hat er gesucht, indem er seinen Landsleuten den Weg nach Osten wies. Die benachbarten rorussischen Fürstentümer hat er ihnen unterworfen. Bis dahin hatte Polen vom heutigen Galizien nur die Bezirke Krakau und Sandomir besessen, die sich allerdings weichselabwärts bis zur Piliza erstreckten.

Kasimir der Große ist ein Zeitgenosse des böhmischen Königs und deutschen Kaisers Karls IV. (1346—1378) und Ludwigs des Großen von Ungarn, des Anjou (1342—1382). So hatten die drei Reiche des Ostens, die in gleicher Macht neben einander standen, gleichzeitig Regenten von nicht gewöhnlicher Bedeutung. Kaiser Maximilian hatte zwar nicht recht, als er Karl IV. als des Römischen Reiches Erztiefvater bezeichnete, wohl aber, indem er ihn Böhmens Vater nannte. Karl hat dieses Land wirklich segensreich regiert, deutsche Kultur dort auf den Höhepunkt ihres mittelalterlichen Einflusses gehoben; nie hat Böhmen vorher oder nachher wieder eine solche Stellung eingenommen wie unter ihm. König Ludwig ist in seinem Lande mit Nachdruck in gleicher Richtung tätig gewesen; dazu hat er wie Kasimir Vermehrung seiner Macht nach der von Deutschland abgewendeten Seite gesucht, gegen den Balkan, das Schwarze und das Adriatische Meer hin. Als eine Gefahr für die eigene Macht und das angestammte Volkstum hat keiner der drei Herrscher die Fremden angesehen. So schienen die Verhältnisse sich festigen zu sollen in der Form einer Verständigung mit den deutschen Nachbargewalten und einer umsichtigen und schonenden Verwertung der Eingewanderten zum Besten der innerlich neu gefestigten Staatswesen, ohne störende Selbstherrlichkeit, doch auch ohne ihre planmäßige Einschmelzung. Es ist doch anders gekommen.

Ludwig von Ungarn war ein Neffe Kasimirs von Polen, dessen Schwestersohn. Als Kasimir 1370 ohne männliche Erben starb, erkannten ihn die Polen als Nachfolger an. Er hat bis zu seinem Tode beide Reiche regiert. In Polen ist in dieser Zeit die Macht des Adels wesentlich gestärkt worden. Er war es vor allem, der den Deutschen nicht günstig gesinnt war. Ludwig hinterließ nur zwei Töchter, Maria und Hedwig. Maria ward 1385 die Gemahlin Sigismunds, des späteren deutschen Königs und Kaisers, des zweiten Sohnes Karls IV. Hedwig war mit dem Habsburger Wilhelm, Herzog von Kärnten und Steiermark, verlobt. Der polnische Adel erzwang 1380 die Aufhebung dieser Verlobung und die Verbindung der kaum 10jährigen Hedwig mit Jagello, dem Großfürsten der Litauer, der durch Ermordung seines Bruders deren Alleinherr geworden war. Er war noch

Heide, trat aber jetzt zum Christentum über, ward aus Jagello Wladislaus II. Er war ein geschworener Feind des Deutschen Ordens.

Kurland, die südlichste der „Baltischen Provinzen“, hängt nur durch einen schmalen, wenige Kilometer breiten Landstreifen mit Ostpreußen zusammen. Zwischen den beiden Landschaften breitet sich Szamogitien (Szamaiten) aus, noch jetzt der eigentliche Sitz des litauischen Volkes. Es ist für den Orden das Hauptziel seiner Heereszüge gewesen, denn dort hatte er noch Heiden zu Nachbarn, und ihre Unterwerfung war wichtig, weil nur so eine rechte Verbindung zwischen den Gebieten des Hochmeisters und denen des Landmeisters hergestellt werden konnte. So war Feindschaft zwischen Litauen und dem Orden herkömmlich, unabänderlich, weit mehr als zwischen dem Orden und Polen. Den Verlust Pommerehellens hatte man hier verschmerzt.

Für die Ritter war schon die bloße Befehung Jagellos, dem die seines Volkes alsbald folgte, ein Schlag. Sie wurden damit gleichsam zwecklos; ihre ursprüngliche Aufgabe war ihnen genommen. Der Zuzug kreuzfahrender Krieger hörte auf. Dazu war ihr schlimmster Feind jetzt Herr von Polen. Sein ausgesprochenes Ziel war Vernichtung des Ordens. Es wurde ihm nicht allzuschwer, seine neuen Untertanen für den Gedanken zu gewinnen.

Unverkennbar ging um diese Zeit ein starker Zug wiedererstehenden nationalen Bewußtseins durch die noch selbständige abendländisch-slawische Welt. In Böhmen begann unter Karls IV. schwachem Sohne Wenzel (1378—1419) die Bewegung, die im Husitismus gipfelte, und die sicher nicht weniger national als religiös war. Eine Strömung, die kaum irgendwo in Europa fehlte, gab den nationalen Wünschen verstärkte Kraft. Der Adel und vielfach auch die Landesherren wandten sich fast überall gegen Städte und Bürger. Sie wurden ihnen zu selbständig, zu wohlhabend. In den beiden slawischen Königreichen war der politische und wirtschaftliche Gegensatz zugleich ein nationaler; so hat er dort zur Schwächung, stellenweise zur Vernichtung des Deutschtums geführt.

Die 500jährige Wiederkehr des Tages von Tannenberg (15. Juli 1410) hat das Ereignis, das als Wendepunkt der Entwicklung angesehen werden kann, kürzlich in jedermanns Gedächtnis zurückgerufen. Im Jahre vor der Schlacht hatte durch den Auszug der Studenten Prag aufgehört, eine deutsche Universität zu sein! Der Hochmeister Ulrich von Jungingen selbst war unter den Toten von Tannenberg. Die unmittelbaren Folgen der Niederlage waren keineswegs beängstigend. Im Thorner Frieden von 1411 verzichtete der Orden auf Szamogitien. Die polnische Macht erwies sich auch diesmal nicht als besonders nachhaltig. Es dauerte noch länger als ein halbes Jahrhundert, ehe sie den Orden völlig niederzwingen konnte. Und Erfolg hatte sie nicht durch eigene Kraft, sondern vor allem durch die innere Zerrissenheit des Ordenslandes. Der geistliche Staat erwies sich auf die Dauer nicht fähig, weltliche Aufgaben zu lösen. Er war groß geworden im Kampfe für den Glauben; die Werke des Friedens erforderten in ihrem täglichen Gange doch eine andere Hand, als er sie besaß. Er überwarf sich mit den Städten, besonders dem mächtigen Danzig, und dem landsässigen Adel; die beiden wichtigsten, nicht

ritterlichen Stände des Landes wurden seine ausgesprochenen Feinde. Sie traten offen auf die Seite der Polen, kämpften für sie. Im zweiten Thorner Frieden (1466) mußte der Orden Pommerellen wieder herausgeben, das Kulmer- und Ermeland, dazu das Weichsel-Delta und rechts angrenzende Landstriche abtreten. Danzig, Thorn und Elbing kamen unter polnische Hoheit, die Marienburg wurde der Sitz eines polnischen Woiwoden. Weite Lande beherrschte jetzt der polnische König, auf die er auch kein anderes Recht als das der Eroberung besaß, der Eroberung von den Deutschen. Der Orden war vom Reiche abgeschnitten; er nahm den Rest seines Besitztums zu Lehen von der Krone Polen.

Inzwischen hatte sich auch Böhmen in Georg Podiebrad 1458 einen nationalen Herrscher gegeben. Als er 1471 starb, haben die Böhmen Jagellos Enkel Wladislaus zum Könige gewählt, dem 1490 auch die ungarische Krone übertragen wurde. Bis 1526, wo des Wladislaus Sohn Ludwig in der Schlacht bei Mohacz durch die Türken Sieg und Leben verlor, sind die drei östlichen Reiche Mittel-Europas von den Jagellonen regiert worden. Es war die Zeit der größten Schwäche Deutschlands, wo im Westen die burgundische Macht emporwuchs und zu der Eidgenossenschaft die Niederlande vom Reiche getrennt wurden, alles aus einander zu fallen, seinen eigenen Gang zu gehen drohte. Hätte es noch eine deutsche Königsmacht gegeben, die Dinge hätten diesen Gang nicht gehen können.

Die Stellung des Deutschtums innerhalb der Grenzen des polnischen Landes konnte von den Ereignissen nicht unberührt bleiben. Ein polnischer Adliger von humanistischer Bildung, Johann von Ostrorog, der 1501 starb, hat in einer „Mahnschrift an den polnischen Reichstag“ dem Haß gegen die Deutschen nicht nur leidenschaftlich, sondern geradezu wutschäumend Ausdruck gegeben. Wenn wir heute manchmal erstaunt sind über die nicht nur geschmacklosen, sondern geradezu schmutzigen Roheiten, mit denen die polnische Presse gelegentlich die Deutschen überschüttet, so ist das in der Vorzeit doch nicht ohne Beispiel. Daß es die allgemeine Stimmung des Volkes war, muß bezweifelt werden. Wohl aber war man in weiten Kreisen entschlossen, deutsches Wesen mehr zu hemmen als zu fördern.

Zunächst mußte das auf die ländlichen Siedelungen wirken. Die eingewanderten Deutschen waren nach „deutschem Recht“ (*jure Teutonico*) angesiedelt worden; die Bezeichnung ist nach und nach ein technischer Begriff geworden. War er zunächst nur für Deutsche in Frage gekommen, so hat er später auch für Polen Anwendung gefunden. Es wurden auch aus ihrer Mitte Bauern unter günstigeren Bedingungen angesetzt, wenn sie die deutschen Pflichten zu erfüllen vermochten. Die Neusiedelungen nach „deutschem Recht“, die unter Wladislaus Lokietek, unter Kasimir dem Großen und gar unter den Jagellonen noch vollzogen wurden, sind — je weiter in der Zeit herab, desto mehr — wohl häufiger mit Polen als mit Deutschen durchgeführt worden. Das mußte zur unausbleiblichen Folge haben, daß besonders die adligen Grundbesitzer ihre Anforderungen an die Bauern steigerten, sie den überlieferten slawischen wieder anzunähern suchten. So ist

der deutsche Bauer, soweit er Enklaven bewohnte, wohl noch im Laufe des Mittelalters in seiner polnischen Umgebung untergegangen, wenigstens sprachlich, wenn sich auch Unterschiede in seiner Lage und seiner Haltung noch lange erhalten haben und zum Teil noch heute nachgewiesen werden. An der Süd- und Westgrenze, wo man eine Stütze hatte am Schlesiſchen und Brandenburgiſchen, iſt ein Rand der Provinz ununterbrochen bis zur Gegenwart deutsch geblieben, wenn auch z. B. die von den Zisterziensern im Obrabruch angeſiedelten deutschen Bauern Polen geworden ſind.

Den Städten blieb ein ähnliches Schickſal nicht erſpart. Auch in Deutschland hat ja der Bürger in dieſer Zeit um ſeine Stellung mit Fürſtentum und Adel zu ringen gehabt, iſt mehr eingeengt als gefördert worden, eine Wandlung, die im Gange der allgemeinen geſchichtlichen Entwicklung ihrer Berechtigung nicht entbehrt. In Polen traf das nicht nur ſeine politiſche und wirtſchaftliche Bedeutung, ſondern auch ſeine Nationalität. Bei dem abnehmenden Zuzug aus Deutschland waren ja die Bürgerſchaften für die Füllung ihrer Reihen auf das umgebende Land angewieſen. Als 1498 die zu Lübeck verſammelten Hanſeſtädte den alten Beſchluß erneuerten, daß „Undeutsche“ in den Städten nicht als Bürger aufgenommen werden ſollten, machten Danzigs Vertreter geltend, daß ſie ohne die Aufnahme von „Polen und Schleiſiern“ ihre Stadt nicht wohl aufrecht erhalten könnten, daß die Durchführung eines ſolchen Beſchlusses auch ihren Landesherrn, den König von Polen, verlegen würde. Darauf wurde ihnen, den Thornern und Elbingern, die Befolgung der Ordnung erlaſſen. So iſt deutſches Weſen in den Städten des eigentlichen Polens langſam verſchwunden. In den Stadtbüchern des 15. Jahrhunderts (ältere ſind nicht erhalten) iſt das Deutſche zunächſt noch vorherrſchend; gegen die Mitte des Jahrhunderts verliert es den Vorrang an das Lateiniſche, das erſt viel ſpäter dem Polniſchen Platz gemacht hat. Ein Poſener Schöffenbuch von 1491—1504 iſt noch wieder faſt ganz deutſch, die Vorrede zum dortigen Statutenbuch 1462 auch deutſch. Über das Ende des Jahrhunderts hinaus hat doch wohl kaum irgend eine poſenſche Stadt einen vorwiegend deutſchen Charakter bewahrt; mehr oder weniger ſtarke Minderheiten haben ſich aber in mancher erhalten. Dabei iſt das deutſche Recht beſtehen geblieben, gehandhabt von Polen. Die Zisterzienserklöſter, die nur Deutſche aufnahmen, haben dieſen Brauch auch aufgeben müſſen. Der Reichstag von 1557 beſchloß, daß nur Polen Äbte ſein dürfen.

9. Die Zeit der Reformation und Gegenreformation.

So war das Deutſchtum in Polen im Niedergange, als die Reformation begann. Sie hat es zeitweiſe wieder beleben, ihm die alte Bedeutung für das Land aber nicht zurückgeben können. Sie führte zulezt zu einer noch bedrückteren Lage, als die war, in der das Mittelalter deutſches Weſen im Königreich hinterließ.

Die Reformation war eine deutſche Geiſteſtat. So weit Luthers Sprache reichte, ſind ihre Gedanken vorge drungen, ſiegreich faſt überall, wo ſie nicht durch

äußere Gewalt gehemmt wurden. Die zerstreuten Deutschen des Ostens haben sie sich fast ausnahmslos zu eigen gemacht. Auch in Polen hat sich die große Mehrzahl der ansässigen Deutschen der neuen Lehre angeschlossen. Aber auch bei nicht wenigen Polen hat sie Anklang gefunden. Johann von Ostrorog, der Humanist, war wohl ein Feind der Deutschen, aber auch ein Feind des Papsttums; er hat das römische Kirchenwesen kaum minder scharf bekämpft als die Angehörigen des Nachbarvolkes.

So hat die eindringende Reformation die Kluft zwischen den Nationalitäten zunächst nicht erweitert. Die Verfolgung der Andersgläubigen, die nach den Erfolgen des Schmalkaldischen Krieges in den Ländern der Wenzelskrone durch Ferdinand I. einsetzte, führte sogar zu einer Stärkung des Deutschtums. So ist 1548 auf den Gütern des Grafen Leszczyński durch eingewanderte Deutsch-Böhmen die Weberstadt Lissa begründet worden, die, nahe der schlesischen Grenze und unweit Straustadt gelegen, durch die ganze folgende Zeit ihren deutschen Charakter bewahren konnte. Polens weltliche Obrigkeit hat sich zeitweise der katholischen Kirche ver sagt; der Reichstag von 1503 faßte den Beschluß, daß kein Starost verpflichtet sei, Urteile der geistlichen Gerichte zu vollstrecken. Von den beiden Königen der Zeit, Sigismund I. (1506—1548) und Sigismund II. (1548—1572), hielt sich der letztere ungefähr in der Stellung seines jüngeren Zeitgenossen, des Kaisers Maximilian II.; er schloß sich dem neuen Glauben nicht an, aber er zeigte auch keine Neigung, ihn zu bekämpfen.

Das wurde anders, als er ohne männliche Nachkommen starb und damit das Haus der Jagellonen erlosch. Das Wahlrecht des Adels kam jetzt zur vollen Geltung. Es führte nach einander Heinrich von Anjou, den späteren französischen König Heinrich III., und den siebenbürgischen Fürsten Stephan Bathory (1575 bis 1586) auf den polnischen Thron. Die Meinung der Wählenden war zunächst nicht, in Religionsfachen eine schroffe Haltung anzunehmen. Nach Sigismunds II. Tode hatte der versammelte Reichstag ausdrücklich beschlossen, daß Verschiedenheit der Konfession keinen Unterschied in der Ausübung politischer Rechte begründen solle. Aber Stephan Bathory fand es doch richtig, in seinem Streben nach Erweiterung der Königsmacht Hilfe zu suchen beim zahlreicheren und mächtigeren altgläubigen Teile des Adels. Seit 1571 waren die Jesuiten im Lande, besonders gefördert durch den Kardinal Hosius, Bischof von Ermeland, einen Krakauer Bürgersohn deutscher Herkunft. Den jetzt bald organisierten Rekatholisierungsbestrebungen standen die Evangelischen zersplittert gegenüber. Nicht nur das Luthertum hatte Boden gefunden, sondern, besonders in polnischen Kreisen, auch der Calvinismus; dazu waren neben lutherischen Deutschböhmen auch Böhmisches Brüder eingewandert. So ist während der Regierung Sigismunds III. (1587 bis 1632) die Rekatholisierung erfolgreich angestrebt worden. Die „Dissidenten“ wurden von allen Staatsämtern ausgeschlossen; in den Städten sollten sie als Bürger nicht mehr zugelassen werden. Ihre Religionsübungen suchte man zu hindern, wo man nur konnte.

Das 10. Jahrhundert hat für die Gesamtstellung des Deutschtums im Osten noch eine weitere verhängnisvolle Verschiebung herbeigeführt. Der letzte Hochmeister Albrecht von Brandenburg hat 1525 das Ordensland in ein weltliches Herzogtum Preußen umgewandelt. Das ist dem Deutschtum zugute gekommen. Nicht nur daß das Luthertum Landesreligion wurde, der neue Herzog hat auch deutsche Einwanderung gefördert und durch sie ausgedehnte Strecken Ödland in Kulturboden umgewandelt. Aber dem Untergange des Ordens in Preußen folgte ein Menschenalter später seine Auflösung in Livland. Und hier traten fremde Mächte das Erbe an. Der letzte Landmeister Gotthard Ketteler wurde 1561 als Herzog von Kurland und Semgallen ein Vasall der polnischen Krone, was für sein dürftigeres Besitztum mehr bedeutete als für den preussischen Herzog, und um den Rest des Landes begann erbitterter Streit zwischen Schweden, Dänen, Russen und Polen. Der deutsche Kaiser, historisch zweifellos der Nächstberechtigte, schied völlig aus; Habsburg hatte hier keine Interessen, und die benachbarten deutschen Fürsten besaßen zu wenig Macht, auch keine Neigung, einzugreifen. Vor allem gerieten Polen und Schweden um den Besitz von Livland in eine Feindschaft, die völlig neu war. Beide hatten oft gegen die Russen gekämpft, aber nie gegen einander. Aus der Lücke, die der Orden ließ, entsprang dauernde Zwietracht zweier Mächte, die natürliche Bundesgenossen gegen die Moskowiter gewesen waren und hätten bleiben sollen. Diese Gegnerschaft hat dem Sarentum den Weg an die Ostsee geöffnet und es so zu einem Nachbarn Deutschlands gemacht.

Der neue polnisch-schwedische Gegensatz erhielt eine besondere Schärfe durch die enge Verbindung Sigismunds III. mit der Wasa-Familie. Seine Mutter Katharina, wie Stephan Bathorys Gemahlin Anna eine Schwester Sigismunds II., war mit Gustaf Wasas zweitem Sohne, Herzog Johann von Finland, vermählt, der seinem Bruder Erich XIV. 1567 als Johann III. folgte. Nach des Vaters Tode (1592) erlangte Sigismund zur polnischen Königswürde auch die der Schweden. Er war von Jesuiten erzogen, und seine starr katholische Gesinnung, die für Polen die Erfolge der Gegenreformation zeitigte, hat ihn in seinem zweiten Reiche unmöglich gemacht. Als er versuchte, sich mit den Waffen zur Geltung zu bringen, erlitt er 1598 die Niederlage von Stångebro (bei Linköping). Er mußte seinem Onkel Karl IX., dem dritten Sohne Gustaf Wasas, die Regierung Schwedens überlassen und konnte nicht hindern, daß der Oheim sich zum Könige machte. Sigismund dachte aber nicht daran, seine Ansprüche aufzugeben. So entwickelte sich der Gegensatz zwischen ihm und Karls IX. Sohne Gustaf Adolf, der beider Leben ausgedauert und Gustaf Adolf in die große europäische Politik hinein getrieben hat. Es war nicht nur ein Gegensatz zweier Staaten und ihrer Herrscher, sondern auch der Bekenntnisse. Kaum irgendwo in Europa ist die politische Feindschaft zweier Nachbarmächte in gleichem Maße auch eine Konfessionelle gewesen.

Allerdings war die nächste Folge dieser Gestaltung der Verhältnisse dem Deutschtum nicht ungünstig. Livland wurde schwedisch, und damit gewannen Deutschtum und Protestantismus in diesem Lande und in Estland wieder einen gesicherten Stand. Da Schweden zeitweise auch auf polnischem Gebiete zu Einfluß gelangt

ist, hat es auch dort zugunsten der Evangelischen eingreifen können. Deren Sache und damit im allgemeinen die des Deutschtums hat in diesen Jahrhunderten auch noch auf andere Weise eine gewisse Förderung erfahren, die den Erfolgen der Gegenreformation zwar nicht die Wage hielt, sie aber doch abschwächte. Aus verschiedenen Anlässen setzte noch einmal ein neuer Zuzug ein. Da doch eine ziemliche Zeit verging, ehe man in Polen anfang, die Evangelischen ernstlich zu bedrängen, so konnte das Land zeitweise eine Zufluchtsstätte für verfolgte Neugläubige werden. Nicht nur für die Gebiete der Wenzelskrone hat es diese Bedeutung gewonnen, sondern auch für Niederländer und Leute aus den Nachbargebieten, am meisten für Memnoniten. Ihre Herkunft machte sie besonders für die Besiedlung der Niederungen geeignet. So sind Trockenlegung und Urbarmachung des Danziger Werders und der Elbinger Niederung, gewisser Teile des Weichsel-Deltas und des Weichsel-Tales, sumpfiger Ländereien an Brahe und Nege und noch weiter im inneren Polen damals teils weiter geführt, teils neu begonnen worden. Es entstanden die „Holländer“-Siedelungen. Wie beim „deutschen Recht“, so sind auch hier als „Holländer“ Zuwandernde angesiedelt worden, die aus ganz anderen Gegenden stammten. Sie haben Sprache, Bekenntnis und Sonderstellung zum großen Teil durch die Solgezeit behaupten können. Man zählt ihrer heute noch in Posen, fast über die ganze Provinz verbreitet, etwa 400; sprachliches Mißverständnis hat sie zu „Hauländereien“ gemacht. Sie haben als Gemeinden verhandelt und sind nicht gekommen, ohne sich ihre Rechte verbrieft zu lassen, ganz besonders freie Religionsübung. Der große Vorteil, den ihre Ansiedelung bot, hat auch katholische Grundbesitzer, selbst Geistliche, bewogen, sie nicht nur zuzulassen, sondern sogar einzuladen, so daß seit Stephan Bathory und Sigismund III. im Lande zugleich rekatholisiert und protestantisiert wurde.

Eine andere Art neuer Zuwanderung veranlaßte der Dreißigjährige Krieg, zunächst als nach der Schlacht am Weißen Berge in Böhmen und Mähren die Gegenreformation einsetzte, dann in weit höherem Maße, als mit Wallensteins Einmarsch in Schlesien (1626) auch dort die Bedrängung der Protestanten begann. Ihrer nicht wenige suchten Ruhe jenseits der nahen Grenze. So ist 1638 Kawitsch begründet worden, so gleichzeitig Wojanowo, beide deutsch bis heute. Die Eingewanderten sind auch hier nicht gekommen, ohne eingeladen zu sein. Es hat auch in dieser Zeit polnische Grundherren gegeben, und nicht bloß protestantische, die den Wert solchen Zuzugs zu schätzen wußten. Auch die älteren städtischen Niederlassungen haben um diese Zeit eine gewisse deutsche Auffrischung erfahren. Eine besondere Erscheinung ist der nicht seltene Abzug ländlicher Arbeiter aus den Grenzgebieten Pommerns, Brandenburgs und der Neumark ins Polnische, über den vom ausgehenden 16. Jahrhundert bis in die Zeit des Großen Kurfürsten von den betroffenen Grundherren oft und laut geklagt worden ist. Ihre Bauern machten sich nicht selten mit fahrender Habe und Hofgerät auf und davon. Die Ausdehnung des herrschaftlichen Betriebes auf den Gütern jener Gegend, die den kleinen Mann in stark gesteigertem Maße in Anspruch nahm, ließ ihm die Verhältnisse drüben günstiger erscheinen. So hat zeitweise Polen einen Teil seiner ländlichen

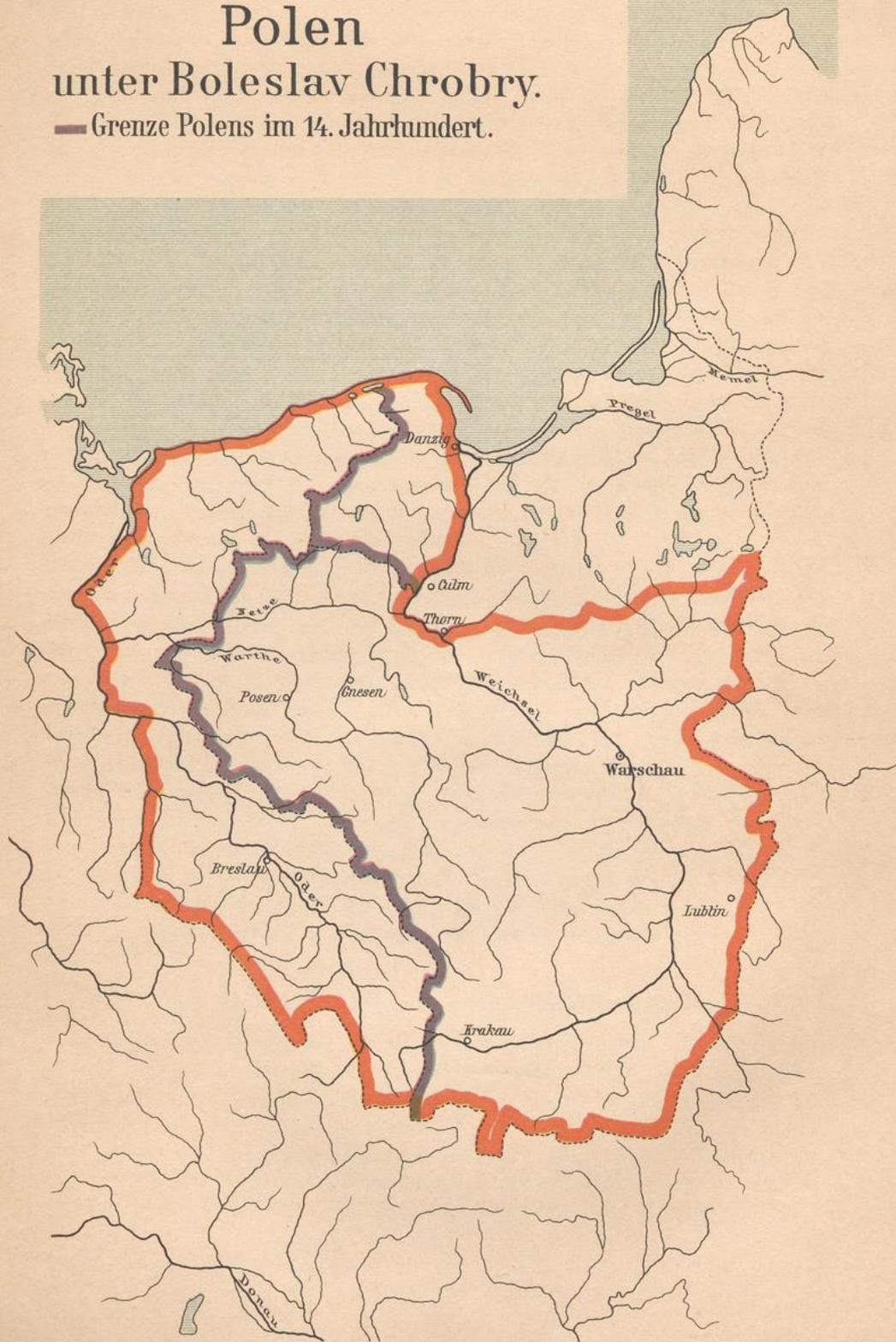
Arbeitskräfte aus Deutschland bezogen; die „Schulzendorfer“ verdanken diesem Zuzug ihre Entstehung. Im Norden und Nordwesten der jetzigen Provinz Posen ist die deutsche Bevölkerung durch ihn erheblich vermehrt worden. Auch ihr Bekenntnis haben die Eingewanderten zum großen Teil behaupten können, wenn sie naturgemäß auch entfernt polnischer Einwirkung gegenüber nicht so widerstandsfähig waren wie die Holländerdörfer.

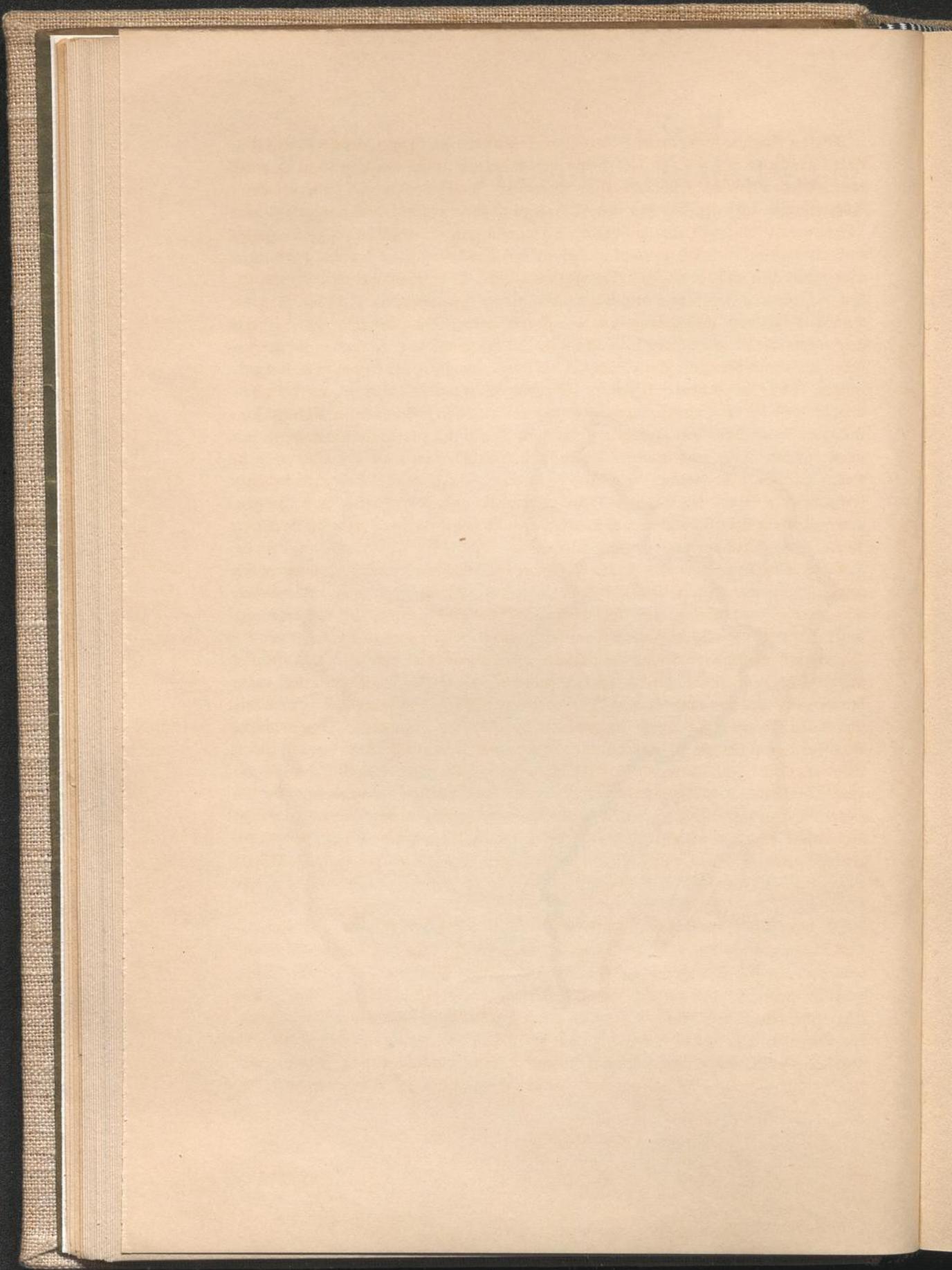
Wenn so deutsches Wesen im polnischen Reiche von verschiedenen Seiten her auch in dieser Zeit eine gewisse Stärkung erfuhr, so können über seine Gesamtlage in den letzten 200 Jahren vor der beginnenden Teilung Polens Zweifel nicht bestehen. Sie war eine gedrückte, bedrängte; von irgend welcher Freiheit der Bewegung über den nächsten Kreis hinaus konnte nicht die Rede sein. Der grundbesitzende Adel blieb im großen und ganzen seiner alten Art getreu; Bürger und Bauern mochte er nicht aufkommen lassen. Versuche, verbrieft Rechte und gegebene Zusagen zu beseitigen, gehörten zur täglichen Übung, und der Widerstand dagegen war in den Schulzendorfern und in den zerstreuten deutschen Niederlassungen nicht allzuoft erfolgreich. Die Scharwerksdienste gewannen einen erdrückenden Umfang; auch die Evangelischen wurden genötigt, der katholischen Geistlichkeit den Zehnten zu entrichten. Die alte slawische Tradition, den ackerbauenden Mann als recht- und willenslosen Schollenpflichtigen zu betrachten, die auch auf die Gestaltung der agrarischen Verhältnisse in den germanisierten altslawischen Gebieten so nachteilig eingewirkt hat, blieb in den Ländern slawischer Herrschaft in ungebrochener Kraft. Die deutsche Einwanderung hat sie dort nur zeit- oder stellenweise zurückdrängen können. Das Bestreben, den Bauersmann in die Leibeigenschaft hinabzudrücken, hatte nur zu gutem Erfolg. Das hat auch zu einer gewissen Rückwanderung Deutscher in die benachbarten brandenburgisch-preussischen Gebiete geführt. In den Jahren 1754—1756, als Friedrich der Große Warthe- und Oderbruch zu besiedeln begann, sind allein aus dem Kreise Silehne 247 häuerliche Familien ins Preussische zurückgekehrt.

Auf den Städten lastete besonders hart der adlige und der religiöse Druck. Die Adligen wachten streng darüber, daß Bürgerliche keine Landgüter erwerben; von allen angesehenen Stellen in der Verwaltung wurden sie ausgeschlossen. Der Adel benutzte seine Zollfreiheit, um ihrem Handelsbetriebe Konkurrenz zu machen. Dazu kamen die religiösen Einengungen. In Posen konnten zeitweise nur Katholiken Bürger werden. Das hat sich nicht aufrecht erhalten lassen. Als 1654 aber wieder einige Evangelische zugelassen wurden, ward ausdrücklich im Bürgeralbum bemerkt, daß „es geschehe wegen des Mangels an Handwerkern und Kaufleuten in der Hoffnung auf Bekehrung zum katholischen Glauben“. Die Angenommenen waren „zuvor ernstlich zur Annahme der römisch-katholischen Religion und zum Hören der Predigten in den katholischen Kirchen ermahnt worden“. Bis 1776 hat in der Stadt irgendwelche evangelische Religionsübung nicht stattfinden können, und doch zählte sie, als sie 1793 preussisch wurde, unter 9000 christlichen Bewohnern über 2000 Protestanten.

Polen unter Boleslav Chrobry.

— Grenze Polens im 14. Jahrhundert.





Ähnlich stand es in anderen Städten; in Konfessionellen Fragen herrschte die Willkür. In dieser Zeit hat sich die heute volkstümliche Unterscheidung deutsch gleich evangelisch, polnisch gleich katholisch festgelegt. Das am Thorner Bürgermeister Kößner und neun Mitbürgern am 7. Dezember 1724 vollstreckte Todesurteil, das „Thorner Blutbad“, ist eins der spätesten Zeugnisse leidenschaftlichen religiösen Hasses und grausamer Verfolgungssucht. 1717 ist die Zerstörung aller seit 1674 erbauten protestantischen Gotteshäuser beschlossen worden. Die protestantischen Landboten sind im nächsten Jahre aus dem Reichstage ausgestoßen worden; 1733 hat man die Evangelischen von allen gesetzgebenden Körperschaften, Gerichten und Ämtern ausgeschlossen. Und das, obgleich man erkannte, daß der Fortschritt des Landes im wesentlichen auf ihnen beruhe. „Die dissidentischen Städte wachsen, die katholischen sinken“, meinte 1751 der Posener Woiwode Stephan Garczynski. Wenn der heimische Gewerbsleiß in dem ganzen, weiten Reiche die englischen Tuche vom Markte verdrängte, so beruhte das auf den Leistungen der meist protestantischen Deutschen in Graustadt, Lissa und Posen. Volksschulunterricht haben die Deutschen nach Polen gebracht. Der Starost von Nakel, Andreas Malachowski, überwies in einer Urkunde für sein Dorf Olszewko dem Schmiede und dem Lehrer je 9 Morgen, „dieweilen ein polnisches Dorf ohne Schmied nicht sein kann, wie auch die deutschen Leute ohne Schulmeister nicht sein können“.

Einen Einzelvorgang, dem in der Geschichte der deutschen Einwanderungen nichts anderes zu vergleichen ist, stellt die Ansiedlung der „Bamberger“ in den Kammereidörfern der Stadt Posen dar. Sie begann 1719 auf Anregung des Bischofs und wurde bis in die 50er Jahre fortgesetzt. Der hochentwickelte Gartenbau der Bamberger Gegend und das katholische Bekenntnis der dortigen Bevölkerung hatten den Bischof auf den Gedanken gebracht, die völlig wüsten Dörfer durch kerndeutsche Anbauer wieder mit Bewohnern zu füllen. So ward die vornehmste Stadt Großpolens mit einem Kranz deutscher Ansiedler umgeben. Irgendwelche Sonderrechte erhielten die Ankömmlinge nicht. Sie haben als „Bamberski“ Fleiß, Ordnungsliebe und Geschick bis auf die Gegenwart, ihre Sprache bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bewahrt. Daß deutsche Zuwanderung in die Städte nie völlig aufgehört hat, braucht kaum besonders bemerkt zu werden. In der Stadt Posen sind von 1700—1793 950 Deutsche, dagegen nur 742 Polen Bürger geworden, von jenen allerdings nicht wenige aus anderen Städten Polens zugezogen.

10. Untergang der polnischen Selbständigkeit.

So standen die Dinge, als Polens völkerrechtliche Lage zu seiner Aufteilung zwang. Länger als ein halbes Jahrtausend waren Deutsche auf seinem Boden ansässig gewesen. Nirgends und nie waren sie durch Gebrauch der Waffen sesshaft geworden. Sie waren gekommen als friedliche Siedler, herbeigewünscht, herbeigerufen von den Besitzenden, den Mächtigen des Landes. Sie hatten der neuen Heimat unermesslichen Vorteil gebracht. Es ist völlig richtig, wenn gesagt worden ist, daß Deutschland gegeben, Polen empfangen hat. Für die umgekehrte

Behauptung ließe sich schlechterdings nichts anführen. Die Deutschen vor allem haben Polen in Verbindung gebracht mit der abendländischen Kultur. Wenn Polen ein Glied nicht der ost-, sondern der westeuropäischen Völkergemeinschaft geworden ist, ihr äußerstes, so verdankt es das, wie Böhmen und Ungarn, den Deutschen. Ganz besonders ist deren Werk, was sich dort an wirtschaftlicher Kultur entwickelte.

Es ist aber verständlich, daß auf diesem Gebiete die Gegenströmung einsetzte. Wirtschaftliche Fortschritte können ja nicht gemacht werden, ohne daß der eigene Vorteil in den Vordergrund tritt. Indem aber Polens herrschende Klasse sich der weiteren Ausbreitung deutscher Art und deutschen Einflusses mit Erfolg widersetzte, hemmte sie diejenigen Teile der Bevölkerung, auf denen hier wie in ganz Westeuropa vor allem die Zukunft beruhte, Bürger und Bauern. Denn ein Emporkommen dieser Stände und der ihnen gebührende Anteil am Staatsleben waren nur erreichbar durch Anlehnung an deutsche Vorbilder und Durchsetzung mit deutschem Wesen. Es bedurfte dazu keiner Germanisierung der polnischen Bevölkerung; aber andererseits verschloß grundsätzliche Bekämpfung der Deutschen den Zugang zu allgemeiner höherer Kultur und vor allem zu einer gesunden Entwicklung des heimischen Staatslebens. Wenn beides dem polnischen Reiche versagt blieb, so liegt der Grund allein darin, daß sein Adel in kurzfristiger Verfolgung eigenen Nutzens nach Verkümmern des Bürger- und Bauernstandes trachtete. Er konnte in diesem Streben Erfolg haben, weil er auch die Krone zu schwächen vermochte, so daß jedes Gegengewicht im Lande fehlte. Die einseitige Adels Herrschaft ist es, die Polen innerlich zugrunde gerichtet hat.

Sie ist aber auch verhängnisvoll geworden für seinen äußeren Bestand.

Kasimir der Große hat verzichtet nach Westen, Norden und Südwesten, hat Frieden gesucht mit Böhmen und dem Orden. Damit hat Polen sich zurückgezogen aus Gebieten, in denen es früher Herrschaft geübt oder erstrebt hatte. Aber der Herrscher, von dem mit Recht gesagt wird, daß er Polen inneren Halt gegeben habe, hat doch auch seinen äußeren Bestand gemehrt. Er war nach langer Zwischenzeit wieder der erste volle Alleinherrscher Polens und hat als solcher das Reich nach Osten dauernd erweitert. Er erwarb nach dem Aussterben der heimischen Regentenfamilien die russischen (Klein-, großrussischen, ruthenischen) Fürstentümer Halicz und Wladimir (Galizien und Lodomerien) und schob so die Grenzen des Reiches über das Krakauer (Kleinpolnische) Gebiet an den Karpathen entlang bis zur heutigen Bukowina und nordöstlich hinein nach Wolhynien vor.

Die Verbindung mit Litauen durch Wladislaw-Jagello hat dann dem Reiche ausgedehnte neue Besitzungen zugeführt. Jagellos Vater und Großvater, Olgerd und Gedimin, Zeitgenossen Kasimirs, hatten ihre Besitzungen weit über das Stammesgebiet hinaus nach Osten und Süden hin erweitert. Es ist eine Zeit, von der man sagen kann, daß so ziemlich überall in Europa der Westen eine Überlegenheit über den Osten erwies. Die russischen Lande von Padoz und Witebsk, von Smolensk und Kiew und darüber hinaus das weite Gebiet der Kosaken und Tataren südwärts bis zum Schwarzen Meere hin sind damals unter litauische Oberherrschaft gekommen.

Die Verbindung Polens mit Litauen ist erst im Jahre 1501 eine dauernde geworden; auch hat der Machtbereich der Könige und Großfürsten nicht ungeschmälert aufrecht erhalten werden können; bestehen bleibt aber die Tatsache, daß Polen den Verlust, den es im Westen trotz der Erwerbung von Pommerellen, Kulmer- und Ermeland zu verzeichnen hatte, im Osten vielfach, der räumlichen Ausdehnung nach mehr als zehnfach, ersetzte. Und wenn von Westen her die Deutschen in früher polnisches Gebiet eingedrungen waren, so gelang den Polen das gleiche ostwärts, nur mit dem Unterschiede, daß sie ihre Erfolge nicht friedlicher Tätigkeit, sondern kriegerischer und politischer Überlegenheit zu danken hatten, und daß deren Träger nicht Landbauer und Städtebegründer waren, sondern Adlige, die sich des Bodens bemächtigten. Die Vorwürfe, die man den Deutschen mit Unrecht zu machen pflegt, können gegen die Polen mit Recht erhoben werden!

Über die ursprünglichen Bewohner der beherrschten Gebiete legte sich eine polnische Oberschicht, die bis auf den heutigen Tag nicht verschwunden ist. Sast vier Jahrhunderte hindurch hat sie ihre Auffassung von ständischer Gliederung und angemessener Güterverteilung ungehindert zur Geltung bringen können und hat dadurch nicht kulturfördernd, wie es von den Deutschen mit gutem Grunde behauptet werden kann, sondern kulturhemmend gewirkt. Wer darauf hinweisen möchte, daß deutsche Adlige in den baltischen Provinzen ähnlich aufgetreten sind, der vergißt doch, daß hier eine selbständige Städteentwicklung zur Seite stand, die im polnischen Herrschaftsbereich völlig fehlte, und daß der livländische Gutsherr doch etwas mehr gewöhnt war, sich um seine Bauern zu kümmern, als der polnische. Auch sein Kirchenwesen hat Polen in den unterworfenen Gebieten zur Geltung bringen können, eine Tatsache, die ebenfalls bis auf den heutigen Tag sehr fühlbar nachwirkt. Polnische Volksart hat sich über die Verteilung der Geltungsbereiche in Europa wahrlich nicht zu beklagen; sie hat nicht nur verloren, sie hat auch und in größerem Umfange gewonnen und gewinnt heute noch, wo sie politische Macht in der Hand hat. Ihr fehlt nur der Staat, und daß sie den eingebüßt hat, ist ausschließlich ihre eigene Schuld.

Mit dem Aussterben der Jagellonen im Mannesstamme ward Polen, wie berührt, ein wirkliches Waisenkind. In seiner äußeren Geltung hat sich das nicht so bald fühlbar gemacht. Es unterlag gegen Schweden in dem Streben nach Erweiterung seines Ostseebesitzes; es mußte (1657) die Lehnshegheit über Preußen aufgeben. Aber gegenüber Rußland, das nach dem Aussterben des Mannesstammes der Kurie (1598) eine lange Periode schwerer innerer Zerwürfnisse durchzumachen hatte, bewahrte es bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts eine gewisse Überlegenheit. Erst 1667 im Frieden von Andruschow hat Johann Kasimir Smolensk, Tschernigow und Kiew an Zar Alexei Michailowitsch zurückgeben müssen; aber polnisches Gebiet reichte dann immer noch über den mittleren Dnjepr hinaus und hat diesen Umfang bewahrt bis zur ersten Teilung.

Peter der Große glaubte zunächst Besitz an der Ostsee und am Schwarzen Meere erstreben zu sollen, wobei sich Polen als Bundesgenosse gebrauchen ließ.

Polens erster sächsischer König, August II., hat eifrig mitgeholfen, Rußland in die Stellung einer baltischen Macht emporzuheben. Peters nächste Nachfolger und Nachfolgerinnen waren unfähig, eine weitaussehende Politik zu verfolgen. Als aber (1702) Katharina II. die Zügel der Regierung ergriff, zeigte sich bald, daß Polens Stunde geschlagen habe.

Die gewaltige Zarin hat von vornherein Beherrschung Polens erstrebt. Die Zustände im Reiche luden dazu ein. Sie sind zu oft geschildert worden, als daß es längerer Darlegungen bedürfte. Es herrschte völlige Regierungslosigkeit. Die entscheidende Macht lag in den Händen des Reichstags. An ihm teilzunehmen, war jeder Adlige berechtigt. Das bestehende Vetorecht des Einzelnen hinderte die Beschlußfähigkeit. Dazu sind von 1718—1704 überhaupt nur drei Reichstage gehalten worden. Von einer geordneten Verwaltung konnte nicht mehr die Rede sein, vor allem nicht von einer gesicherten Rechtspflege. Es war alles auf die Willkür der Mächtigen, der großen Besitzer gestellt. Jede Königswahl ward Anlaß zu scharfen Parteiungen. Das Eingreifen auswärtiger Mächte ward zur Übung; Gewalt und Bestechung entschieden. Die Russen hatten während des Siebenjährigen Krieges, wo sie das Königreich zum Ausgangspunkt ihrer Operationen machten, sich daran gewöhnt, im Lande nach Belieben zu schalten und zu walten. Sie hatten die Verhältnisse auch gründlich kennen gelernt. Als Polens zweiter und letzter sächsischer König, August III., im Oktober 1703 starb, hat Katharina es durchgesetzt, daß ihr Günstling Stanislaus Poniatowski zum Könige gewählt wurde. Friedrich der Große hat das unterstützt; er konnte in seiner damaligen Lage nur bei Rußland Anlehnung suchen. Die Albertiner hat es nicht gefördert, daß August der Starke um der polnischen Königskrone willen das Bekenntnis wechselte. Die fremde Königsmacht hat ihre heimatliche Stellung nicht gestärkt, und Polen ist durch ihr Regiment in keiner Weise nennenswert gehoben worden.

Poniatowskis Wahl war unter dem Schutze russischer Truppen erfolgt. Sie haben das Land nicht wieder geräumt. Des neuen Königs Bemühen, die Verfassung des Landes im Sinne einer Stärkung der Krone zu reformieren, stieß auf den überlegenen Widerstand der Zarin. Sie stärkte ihren Einfluß in Polen und befestigte zugleich ihre einheimische Stellung, indem sie sich als Vertreterin des orthodoxen Glaubens zur Beschützerin der griechischen Katholiken aufwarf, die in den neupolnischen östlichen Landen von ihrer russischen Zeit her noch einen starken Teil der Bevölkerung bildeten. Vom 1708er Reichstag erzwang sie die staatsrechtliche Gleichstellung der „Dissidenten“ und zugleich die Anerkennung Rußlands als Bürgen der Neuordnung. So stand ihr Polen zu jederzeitiger Einmischung offen.

Noch während des Reichstags war die „Konföderation“ von Bar (Podolien) zusammengetreten, die sich verpflichtete, den alten Zustand aufrecht zu erhalten. Ihre Angehörigen durchzogen bandenweise das Land unter den größten Ausschreitungen. „Besonders die Protestanten werden von dem unter dem Namen der Konföderierten herumstreifenden Raubgesindel auf eine ganz unmenschliche

und höchst grausame Weise gemißhandelt und ums Leben gebracht," heißt es in einem Schreiben Balthasars von Brenkenhof, des Mitgliedes des preussischen Generaldirektoriums und Leiters der Neusiedelungen Friedrichs des Großen, an den Fürsten Peter Sapieha, als dieser sich über den Abzug seiner Bauern nach Brandenburg beklagte. Für Katharina war das Auftreten der Konföderierten ein willkommener Anlaß, ihre Truppen dauernd im Lande zu lassen. Auf Ansuchen Poniatowskis selbst hat Maria Theresia die zu Ungarn gehörige, aber 1412 an Polen verpfändete und seitdem in polnischem Besiz befindliche Zips 1769 besetzen lassen, um den Konföderierten zu wehren. Es war die Einleitung zur Teilung Polens.

Katharinas Vorgehen in Polen hat die Pforte auf französisches Anstiften veranlaßt, Rußland im Oktober 1768 den Krieg zu erklären. Ihre Waffen hatten aber schlechten Erfolg. Die Russen konnten die Moldau und Walachei besetzen, in Morea den Aufstand entzünden und im Juli 1770 der türkischen Flotte in der Bucht von Tchesme gegenüber Chios eine vernichtende Niederlage beibringen. Sie dachten daran, die Donaufürstentümer zu behalten. Das konnte Österreich nicht dulden, einen österreichisch-russischen Krieg aber Friedrich der Große aus mehr als einem Grunde nicht wünschen. In den Verhandlungen, die geführt worden sind, diese Lage zu entwirren, hat Kaiserin Katharina im Januar 1771 in Petersburg gegenüber Friedrichs Bruder, dem Prinzen Heinrich, zuerst das Gespräch auf eine Teilung Polens gebracht, einen Plan, der seit dem Beginn des Jahrhunderts wiederholt und an verschiedenen Stellen aufgetaucht und erwogen war. Der König, anfangs abgeneigt, hat sich bald umstimmen lassen; auch Maria Theresia hat den Ausweg betreten, der sich bot, die Russen von der Donau zu entfernen. So einigten sich die drei Mächte am 5. August 1772 über die erste Teilung Polens.

Es hat keine besonderen Schwierigkeiten gemacht, den Reichstag im September 1775 zur Anerkennung des Vertrags zu bestimmen; am nötigen Gelde ließ man es nicht fehlen. Den Zeitgenossen ist das Ungewöhnliche und das Unrecht, das in dem Verfahren lag, nicht entgangen, und die Späteren haben es im allgemeinen noch schärfer betont. Aber wer die Hergänge ruhig ins Auge faßt, kann nur sagen, daß geschah, was geschichtlich unvermeidlich geworden war. Das Fortbestehen eines in sich zerfallenen, aus eigener Kraft nicht wieder zu belebenden Staates inmitten dreier aufstrebender Mächte war eine Unmöglichkeit. Ein Staat hat nicht nur Pflichten gegen sich selbst, sondern auch gegen seine Nachbarn. Insbesondere für Preußen war die Frage nur die, ob es die Gelegenheit, die unentbehrliche Verbindung zwischen Ostpreußen einer-, Pommern, Schlesien und Brandenburg andererseits zu gewinnen, benutzen oder Rußlands Macht sich inmitten der eigenen Monarchie und vor den Toren von Breslau, Frankfurt und Königsberg festsetzen lassen wollte. Konnte Polen die russische Macht nicht fernhalten, so hatte es seine Daseinsberechtigung verloren. Es war nicht anders: Ganz Polen ward russisch oder aber es wurde geteilt. Die Polen selbst können Gott danken, daß die Entscheidung gefallen ist, wie es geschah.

Zur Zeit seiner ersten Teilung hatte das polnische Reich einen Umfang von mehr als 720000 qkm, war also ziemlich so groß wie das mittelalterliche Deutsche Reich zur Zeit seiner höchsten Blüte, fast 180000 qkm größer als unser gegenwärtiges Reich. Auf diesem Gebiete wohnen zurzeit über 45 Millionen Menschen, von denen aber noch nicht ganz ein Drittel, zwischen 13 und 14 Millionen, Polen sind.

Die erste Teilung löste ungefähr 225000 qkm vom Reiche. Ein Sechstel davon erhielt Preußen; es war der am dünnsten bevölkerte Landesteil. Der Rest fiel an Rußland und Österreich, zur etwas größeren Hälfte an jenes Reich. Rußland nahm alles Land jenseits der Duna und des Drusch, eines rechten Zuflusses des Dnjepr, der zwischen diesem und der Beresina parallel mit beiden westlich von Mohilew fließt. Es erlangte seine alten Fürstentümer Polozk und Witebsk zurück, dazu Polnisch-Litland, das Gebiet, das Polen sich dort vom Ordenslande angeeignet hatte. Österreich erhielt das jetzige Galizien ohne Krakau, Preußen durch Erwerbung der „preussischen Lande polnischen Anteils“ und des Nege-distrikts die so notwendige Verbindung Ostpreußens mit Pommern und der Neumark. Allein mit dem Nege-distrikt erlangte es ein Gebiet, das vorher nie in deutschen Händen gewesen war; das regno redintegrato auf der zur Schuldigung geprägten Denkmünze hatte sein gutes Recht. Das Verbleiben der Städte Danzig und Thorn, die doch beide ihren deutschen Charakter bewahrt hatten, unter polnischer Hoheit, minderte den Wert des neuen Besitzes nicht unerheblich.

Der ersten Teilung Polens ist gut zwei Jahrzehnte später die zweite gefolgt. Auch sie wurde notwendig, weil es sich als unmöglich erwies, das Land vor russischer Besitzergreifung zu bewahren. Die Verwicklungen, welche die französische Revolution herauf beschwor, beschleunigten die Entscheidung.

Kaiser Josef II., der schon bei der ersten Teilung das Handeln der Mutter wesentlich bestimmt, dann 1774 mitten im Frieden mit der Pforte die Besetzung der bis dahin türkischen Bukowina veranlaßt hatte, strebte nach weiteren Erwerbungen für die Donau-Monarchie. Er schloß sich Katharina an, als sie 1787 ihrerseits Krieg gegen die Türkei begann. Im nächsten Jahre griff Gustaf III. von Schweden gegen Rußland zu den Waffen, Verlorenes wieder zu gewinnen. Die Zeit schien gekommen, Polens Lage und zugleich Preußens Grenzen zu bessern. Unausgesetzt war Katharina bemüht gewesen, ihren Einfluß in Polen zu befestigen, Ordnung und Einigkeit nicht aufkommen zu lassen. Ihre Absichten waren fortdauernd auf Beherrschung des ganzen Reiches gerichtet. Unmöglich aber konnte Preußen die Russen in Danzig dulden. Dazu bedurfte es einer Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien, wenn diese Erwerbung Friedrichs des Großen dauernd festgehalten werden sollte. Breslau lag sechs Meilen von der polnischen Grenze, und der dünne Streifen preussischen Besitzes, der zwischen dem sächsischen und dem polnischen Gebiet hindurch Schlesien mit Brandenburg verband, war an seiner schmalsten Stelle sieben Meilen breit. Berlin selbst war nur sechs Meilen von der sächsischen, wenig mehr als doppelt so weit von der polnischen Grenze entfernt.

So konnte in Preußen der „Herzberg'sche Plan“ entstehen, der darauf hinauslief, durch eine Verständigung mit Polen dort die notwendigen Gebietserweiterungen zu gewinnen, dieses Reich durch Rückgabe galizischen Landes zu entschädigen, Österreich und Rußland aber sich an der Türkei schadlos halten zu lassen. Der Plan versagte in beiden Voraussetzungen. Weder waren die Polen willig, Gebiet abzutreten, noch erzielten die gegen die Türkei verbündeten Großmächte die erwarteten Erfolge. Dazu schloß Josefs Nachfolger Leopold im August 1791 Frieden mit der Pforte.

Inzwischen aber hatte man in Polen die Gelegenheit benutzt, sich nun doch ernstlich mit einer Besserung der Verfassung zu beschäftigen. Die Reichstagsbeschlüsse vom Mai 1791 suchten eine konstitutionelle Erbmonarchie unter sächsischer Dynastie zu begründen; zugleich sprachen sie sich für ein Bündnis mit Preußen aus.

Die Ausführung wurde durchkreuzt von den Ereignissen in Frankreich und vom Eingreifen Rußlands. Die Blicke der beiden deutschen Großmächte wandten sich nach Westen. Am 20. April 1792 beschloß die französische Nationalversammlung den Krieg gegen Österreich, mit dem Preußen seit dem Februar zu gemeinsamer Deckung gegen die Revolution verbündet war. Der beschlossenen polnischen Konstitution stand eine starke russische Partei im Lande feindlich gegenüber. Sie trat am 14. Mai 1792 zur Konföderation von Targowicz (im äußersten Südosten des damaligen Polens südlich von Kiew, hart an der russischen Grenze) zusammen und rief russische Hilfe an. Katharina hatte ihr Möglichstes getan, Europa gegen Frankreich in Bewegung zu bringen; jetzt konnte sie hoffen, ungestört ihr polnisches Schäflein zu scheren.

Während die preussischen und österreichischen Heere am Rheine standen, ließ sich König Stanislaus, der am Zustandekommen der Konstitution tätigen Anteil genommen hatte, bewegen, der Konföderation beizutreten. Kaiser Franz, der inzwischen dem Vater Leopold gefolgt war, hatte, gegen Eingehen Preußens auf Österreichs bairische Wünsche, sich bereit erklärt, Friedrich Wilhelm II. in Polen freie Hand zu lassen. Da Katharina nicht gezögert hatte, dem Hilfefesuch Folge zu leisten, rückten im Januar 1793 auch preussische Truppen in Polen ein. Es kam, vereinbart zwischen Preußen und Rußland, zur zweiten Teilung. Der zu Grodno versammelte Reichstag mußte sie am 17. Juli bestätigen.

Sie brachte einen noch etwas größeren Verlust als die erste, rund 250 000 qkm, die Hälfte des Bestandes. Rußland nahm alles Land östlich einer Linie, die genau nord-südlich von der mittleren Duna, da wo Kurland-Semgallen an diesem Flusse aufhört, hinüber lief zum oberen Dnjestr, da wo er Galizien verläßt, Preußen aber so ziemlich das ganze alte Großpolen, nämlich den Rest der jetzigen Provinz Posen, die Städte Danzig und Thorn und vom gegenwärtigen General-Gouvernement Warschau alles Land westlich einer Linie, die sich von der ostpreussischen Grenze bei Mlawa südwärts über die Weichsel an die Piliza und weiter an diesem Flusse aufwärts, zuletzt sich westlich wendend an die schlesische Grenze hinzog und sie südlich von Czenstochau erreichte. Diese Stadt und Lodz fielen

in die neue Erwerbung. Räumlich machte der preussische Anteil nur ein Sechstel des russischen aus; aber er umfaßte diesmal fruchtbarste Teile des Landes. Rußlands Gewinn übertraf an Umfang das gesamte damalige preussische Staatswesen. Die neu gezogenen Grenzen hatten kaum irgend welche geschichtlichen Grundlagen.

Was national empfand, war empört über diese aufgezwungenen Abmachungen. Thaddäus Kosciuszko, der unter Washington gekämpft und gegen die Russen schon den Erfolg von Dubienka (Juli 1792) davongetragen hatte, ward es leicht, zum Widerstand anzufeuern. Vom März bis in den November 1794 wurde heftig gekämpft. Man unterlag der Übermacht — zu Russen und Preußen gesellten sich noch Österreicher — unterlag aber auch der Uneinigkeit in den eigenen Reihen. Selbst unter den Nationalgesinnten konnte man sich nicht verständigen über Entfesselung oder fernere Bedrückung der Bauern. Als die Russen unter Suwarows Führung am 4. November 1794 Praga, Warschaws Vorstadt rechts der Weichsel, erstürmt hatten und vier Tage später das von den Preußen belagerte Warschau fiel, war Polens Schicksal entschieden.

Im Oktober 1795 verständigten sich die drei Mächte über die Aufteilung des Restes. Was vom jetzigen General-Gouvernement Warschau noch nicht vergeben war, fiel Österreich und Preußen zu. Die Piliza, die Weichsel und der Bug trennten die Erwerbungen beider Staaten; Warschau wurde eine preussische Stadt, ein Bezirk rechts der Weichsel ihr angeschlossen. Südlich von Czenstochau schloß Preußens Besitz jetzt unmittelbar an Galizien an (Neu-Schlesien). Rußland schob seine Grenzen gegen Bug und Memel vor. Es wurde Herr von Litauen und Kurland; Grodno, Kowno und Wilna wurden russische Städte. Auch diesmal hatte Rußland den Löwenanteil der Beute genommen. Polen war von der Landkarte verschwunden. Das Unvermeidliche war geschehen. Daß es aber unvermeidlich war, lag wie in Rußlands Begehrlichkeit, so in Polens vollkommener innerer Haltlosigkeit.

Wer das Ergebnis überblickt und gerecht urteilen will, wird sich klar machen müssen, daß die gewinnenden Staaten den Hergängen verschieden gegenüber standen. Rußland und Österreich nahmen, was sie hätten entbehren können; sie wären Rußland und Österreich auch jenseits des Dnjepr und diesseits der Karpathen geblieben, wie sie seit Jahrhunderten gewesen waren. Der eigentümliche Werdegang der brandenburgisch-preussischen Monarchie aber machte die Erwerbung der polnischen Zwischengebiete für sie zu einer Lebensfrage. Ohne sie hätte Preußen eine Großmacht nicht bleiben können, zu der sein Friedrich es doch gestempelt hatte. Es mußte vorwärts oder zurück. Und mit seinem Erfolge in diesen Gebieten stand und fiel auch seine weltgeschichtliche Aufgabe. Es war nun einmal hineingewachsen in die Notwendigkeit, das Deutschtum jenseits der Oder zu vertreten, das dorthin durch die angestammten Gewalten gerufen und dann von ihnen eingeeengt, bedrängt und verfolgt worden war.

Die Grenzen von 1795 hat Preußen nicht behaupten können. Dem Tilsiter Frieden folgte die Errichtung des Großherzogtums Warschau. Preußen hatte

im Tilsiter Frieden alle Erwerbungen von 1793 und 1795, dazu den Negebidistrikt, das Kulmerland und Danzig herausgeben müssen. Diese Abtretungen bildeten, ohne den Kreis Bjelostok, den Kaiser Alexander an sich nahm, und ohne Danzig, das als „Freistaat“ in Frankreichs Händen blieb, das neue Großherzogtum. Nach dem Kriege mit Österreich 1809 wurde es durch dessen Erwerbungen von 1795 (Neu-Galizien und Krakau) vergrößert und übertraf jetzt das gleichzeitige Königreich Preußen an Umfang. Die erneuerte Personal-Union mit Sachsen gab ihm erhöhtes Gewicht. So war es ein brauchbares Werkzeug in der Hand Napoleons, ganz besonders bei seinem Feldzug gegen Rußland. Er konnte den Angriff am Bug ansetzen. Wenn die Polen aber wädhnten, daß es des Imperators Absicht sei, ihr Volkstum wieder zur Geltung zu bringen, und ihre nationalen Führer in diesem Wahne willig Opfer für ihn brachten, so befanden sie sich sehr im Irrtum.

Der Sturz Napoleons machte dem Scheinstaat, wie anderen seiner Erfindung, ein Ende. Er stellte aber zugleich die Frage einer neuen Abgrenzung. Rußland befand sich dabei wiederum ungeheuer im Vorteil. Es hatte das Großherzogtum in militärischem Besitz, und sein Erfolg hatte Preußens Erhebung erst möglich gemacht. Dazu fehlte es hier nicht an der Empfindung, daß man sich bei der Teilung von 1793 und selbst bei der von 1795 mit zuviel polnischem Boden belastet habe. Die Militärs allerdings waren der Meinung, daß russische Macht nur jenseits des Bug und der Narew geduldet, die Warthelinie, die fünf Meilen jenseits der jetzigen preussischen Grenze verläuft, nur ertragen werden könne, wenn drüben wieder ein selbständiges Polen erstehet. Ein solches gegen Rußland durchzusetzen, war aber ganz undenkbar. So kam es in den Kalischer Verhandlungen im Februar 1813 zu der russisch-preussischen Verabredung, daß Preußen aus dem Gebiet des Großherzogtums Warschau eine angemessene Verbindung zwischen seinem ostpreussischen und seinem schlesischen Besitz erhalten, im übrigen aber durch deutsche Erwerbungen wieder auf den Stand von 1806 gebracht werden solle. Die Richtung, die sich aus dieser Vereinbarung ergab, hat nachher nicht ohne große Schwierigkeiten festgehalten werden können, bis sie auf dem Wiener Kongreß zur Festlegung der jetzigen Grenze führte, die Thorn Preußen, Kalisch aber Rußland zuwies, Prosna und Drewenz zu Grenzflüssen machte. Mit dem letzteren Wasserlauf war die alte Grenze zwischen Polen und dem Ordenslande wieder hergestellt! An dieser Stelle können die Polen sich über irgendwelchen Verlust gegenüber ihrem ältesten Besitz nicht beklagen!

Vermindert um die jetzige Provinz Posen und das Kulmerland, sowie um Krakau, dem man mit einem kleinen Gebiet die Stellung eines Freistaates zuwies, ging das Großherzogtum Warschau in russischen Besitz über. Daß auch jetzt noch die Absicht bestand, das gesamte ehemalige Königreich für Rußland zu erwerben, kann gar nicht bezweifelt werden. Zar Alexander war so recht der Mann, doppelstünige Politik zu treiben. „Kongresspolen“, wie der neue Besitz genannt zu werden pflegt, wurde zu einem Königreich erhoben und erhielt eine repräsentative Verfassung, die doch keiner der drei Großstaaten besaß. Des Zaren

Bruder Konstantin wurde Vizekönig. Man rechnete mit der Anziehungskraft, die solche Begünstigung auf die Volksgenossen jenseits der Grenze üben werde. Daß sie solche Kraft auch ostwärts, hinein in die schon früher von Rußland erworbenen, mit polnischen Besitzern, Geistlichen und Notabeln aller Art durchsetzten und zum großen Teil römisch-katholischen Gebiete übte, gab einen Hauptanstoß zu ihrem Ende.

Überblickt man das endliche Ergebnis der so rasch einander folgenden Umwälzungen, so gelangten von dem polnischen Reiche, wie es vor der ersten Teilung bestand (Kurland nicht mit gerechnet), 81,7 Proz. (590 052 qkm) in russischen, 10,8 Proz. (78 493 qkm) in österreichischen und 7,5 Proz. (54 500 qkm) in preussischen Besitz. Auf dem russischen Anteil wohnen zurzeit 52 Millionen, auf dem österreichischen 8 Millionen, auf dem preussischen 3 800 000 Menschen.

II. Preußen und seine polnischen Untertanen.

a) Bis 1815.

Reichlich ein Jahrhundert ist vergangen, seitdem Preußen teils stetig, teils unterbrochen polnische Untertanen besitzt, ein Zeitraum, der sonst meistens genügt hat, neue Erwerbungen dem Staatsganzen nicht nur anzugliedern, sondern mit ihm zu verschmelzen. Was war hier das Ergebnis?

Die Berichte über den traurigen Zustand, in dem die polnischen Gebiete sich befanden, als sie unter Preußens Herrschaft traten, sind erdrückend. Es fehlte so ziemlich an allem. Die Städte waren zwar dem Namen nach außerordentlich zahlreich, aber verfallen und menschenarm, ganz besonders die vielen kleinen Mediatstädte auf Adelsboden. Der Landbauer war gedrückt und armselig, die Rechtspflege willkürlich, brauchbare Wege waren kaum vorhanden; von Umsicht und Fürsorge staatlicher Verwaltung konnte nicht die Rede sein.

Für die Erwerbungen von 1772 bedeutete das Regiment Friedrichs des Großen einen raschen Umschwung zum Besseren. Rechtspflege und Verwaltung, vor allem auch das Steuerwesen, wurden nach preussischem Muster geordnet. Planmäßiger Wegebau begann; höheres und niederes Unterrichtswesen wurden gefördert. Besondere Aufmerksamkeit widmete Friedrich der Hebung der Landeskultur. Der Netzedistrikt, dessen Besiedelung im Mittelalter wiederholt erfolglos versucht, auch später nur stellenweise gelungen war, ist durch ihn dem Anbau planmäßig im Anschluß an die Tätigkeit in der Neumark gewonnen worden. Die Neubauer, die der König heranzog, waren nichtpreussische Deutsche; dem eigenen Lande, das an Menschen keinen Überschuß hatte, wollte Friedrich arbeitende Kräfte nicht entziehen. Unter ihm ist das Netzegebiet ganz deutsch geworden, wenn man sich vielfach auch noch darin gefiel, den neuen Ortsnamen polnische Form zu geben. Geordnete Verwaltung des Domänenbesitzes und die Aufhebung der Leibeigenschaft bei den Domänenbauern haben das Ihre dazu beigetragen, den Anbau auch sonst zu heben.

Sast noch mehr als das flache Land aber haben die Städte gewonnen. Friedrich hat anfangs alljährlich eine Million Taler zu Bauhilfsgeldern verwendet. Es gab

Häuser in den sogenannten Städten, die um 20 bis 30 Taler erstanden werden konnten. Aus Sitten schmutziger Ausbeuter der umwohnenden Landbevölkerung begannen die städtischen Ortschaften sich in nützliche Vermittler ihres Verkehrs umzuwandeln. Auch hier wanderten Handwerker und Arbeiter ein. Bromberg, das ganz verfallen, mit 500 Einwohnern, in preußischen Besitz übergegangen war, vermehrte seine Bewohnerzahl bis 1806 auf das Zehnfache. Der von Friedrich dem Großen angelegte Bromberger Kanal hat zugleich der Landeskultur und dem Verkehr gedient. Zusammen mit der schiffbaren Drewenz brachte er ausgedehnte Holz- und Kornreiche Gebiete mit Berlin und Stettin in Verbindung. Für die Landesteile, die seit 1772 ununterbrochen unter Preußen gestanden haben, was ja allerdings nur für Westpreußen links der Weichsel gilt, bedeutet dieses Jahr den Beginn einer rasch und stetig aufsteigenden Entwicklung.

In den Erwerbungen von 1793 und 1795 haben die Vorzüge preußischer Staatsleitung nicht in gleichem Umfange sogleich Geltung gewinnen können. Sie sind ihr zunächst nur halb so lange unterworfen gewesen. Dann waren sie zu umfangreich, um in kurzer Zeit von den Neuerungen wirksam erfaßt werden zu können. Was in den Jahren 1772—1795 dem Staate zuwuchs, kam seinem bisherigen Umfang fast nahe! So erklärt es sich, daß in diesen Gebieten über die Verwendung minderwertiger Beamten nicht ohne Grund geklagt worden ist. Friedrich Wilhelms II. Regiment war auch nicht das seines großen Oheims. Gleichwohl war auch hier der Fortschritt in den wenigen Jahren nicht zu verkennen. Der Wert der Grundstücke hat sich in der Stadt Posen in der ersten preußischen 13jährigen Besitzperiode auf das 5 bis 7fache gehoben, der übliche Zinsfuß ist von 20 bis 24 auf 5 bis 6 Proz. gesunken. Besonders zu beachten ist, daß die preußische Regierung sich aller scharfen Maßregeln auf dem Gebiete der Sprachengeltung enthalten hat. Friedrich der Große hatte das Deutsche als Gerichts- und Geschäftssprache eingeführt. Da seine Erwerbungen zahlreiche deutsche Bewohner zählten, hat das keine besonderen Schwierigkeiten gemacht, kann auch nicht als Härte bezeichnet werden, zumal für staatliche Dolmetscher genügend gesorgt war. Seine Anordnungen sind bei den Besitzergreifungen von 1793 und 1795 einfach wiederholt worden. Aber schon in den unmittelbar folgenden Jahren 1794 und 1796 sind Verfügungen ergangen, die diese Anordnungen unwirksam machten. In den neuen, überwiegend rein polnischen Besitzungen war eben nicht möglich, was sich bisher als durchführbar erwiesen hatte. Polnische Gerichte und Gerichtssprache blieben in weitem Umfange bestehen; das Deutsche wurde in der Rechtspflege in die Stellung des Subsidiären hinabgedrückt. Das preußische Landrecht ist ins Lateinische übersetzt worden, das in Polen seit Jahrhunderten die Sprache des öffentlichen Lebens gewesen war.

Zu dieser Art des Verfahrens steht das Vorgehen der Warschauer Regierung in den Jahren 1807—1812 in schroffem Gegensatz. Im Großherzogtum ward keine andere Sprache als die polnische zugelassen, vor Gericht nicht und nicht irgendwie in der Verwaltung. In den Schulen, hohen und niedrigen, sollte, trotz des überwiegend von Deutschen bewohnten Negedistrikts und des stark mit Deutschen

durchsetzten Kulmerlandes, nur polnisch unterrichtet werden. In den preussischen Erwerbungen von 1793 und 1795 waren die bestehenden polnischen Schulen nicht angetastet worden! Wie einst im Königreich war das Deutsche im Großherzogtum verpönt und verfolgt. Dazu erging ein Verbot, das einfach einen Betrug bedeutete. Es wurde untersagt, Zahlungen ins Ausland zu leisten. Damit unterband man die Zinszahlung für 5770000 Taler, welche die preussische Staatskasse für Pfandbriefe auf polnische Güter gegeben hatte. Sie wurde hart bestraft für ihren Versuch, den grundbesitzenden polnischen Adligen aus ihrer wirtschaftlichen Notlage zu helfen. Hätte das Großherzogtum Warschau Bestand gehabt, so wäre es wohl um die Deutschen auf seinem Boden, die doch nach Hunderttausenden zählten, geschehen gewesen.

b) Die Verträge und die Besitzergreifung.

Die Polen werden nicht müde zu behaupten, daß ihnen beim endgültigen Übergang unter die preussische Herrschaft (1815) Versprechungen gemacht worden seien über eine besondere politische Stellung des Landes Posen im preussischen Staatswesen und entsprechende Geltung ihrer Sprache. Wie steht es damit?

Im Jahre 1813 sind nach einander drei Vereinbarungen über das Großherzogtum Warschau getroffen worden, zuerst in Kalisch am 28. Februar zwischen Preußen und Rußland, dann zu Reichenbach in Schlesien am 27. Juni zwischen den beiden genannten Mächten und Österreich und endlich zu Teplitz am 9. September wiederum unter den drei Mächten. Sie lauten sämtlich dahin, daß die Aufteilung des Großherzogtums den Vertragsschließenden und nur ihnen vorbehalten bleibt; von irgend welcher Sonderstellung der zu erwerbenden Gebiete ist nicht die Rede.

Eine gewisse Veränderung hat diese Bestimmung im Anschluß an den Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 erfahren. Seinem Artikel 52, der sich mit dem Zusammentritt des Wiener Kongresses beschäftigt, ist ein Geheimartikel hinzugefügt worden, der bestimmt, daß die auf dem Kongreß zu treffenden Verfügungen über Landbesitz geregelt werden sollen auf Grund der unter den verbündeten Mächten, will sagen, den genannten Mächten und England, getroffenen Vereinbarungen. Die zu erledigenden Besitzfragen sind im Friedensvertrage selbst des längeren aufgezählt; des Großherzogtums Warschau wird nicht Erwähnung getan. So könnte man zweifeln, ob man bei jenem Geheimartikel überhaupt an Polen gedacht habe und England neben den drei Mächten auch über dieses Land zur Mitentscheidung berufen worden sei. Da aber die Gesandten der vier Mächte im Wiener Protokoll vom 22./23. September 1814 unter Hinweis auf den fraglichen Geheimartikel verabredet haben, daß die Gebietsaufteilung für das Großherzogtum Warschau, für Deutschland und Italien zunächst unter ihnen allein, ohne eine Mitteilung an andere Mächte, festgesetzt werden solle, so sind solche Zweifel, selbst wenn sie berechtigt sein sollten, sachlich bedeutungslos.

Es gehört zu den bekanntesten Tatsachen der neueren Geschichte, daß die zunächst beteiligten Mächte über die Art der Aufteilung des Großherzogtums Warschau keineswegs einig waren, und daß sich die „polnische“ Frage mit der „sächsischen“

verquidte. Wir haben uns heute gewöhnt, diese Frage mit etwas anderen Augen zu sehen, als noch Treitschke sie sah. Wenn Metternich Preußen möglichst wieder nach Polen hinein zu schieben wünschte, so hatte er dabei zunächst die Erhaltung Sachsens im Auge, dann aber doch auch das Zurückdrängen Rußlands, das für Oesterreich einen doppelten Vorteil bot, größere Sicherung des eigenen Besitzes und die Möglichkeit dauernder Spannung zwischen Preußen und Rußland an Stelle des festen Zusammenstehens der beiden Mächte in den letzten Jahren. Metternichs Pläne entsprachen dem, was, wie bemerkt, die preussischen Militärs für richtig hielten. Der Streit der Meinungen hat bekanntlich Talleyrand die Handhabe geboten, Frankreich wieder einen Platz unter den Kongressmächten zu verschaffen; er war nahe daran, die gegen Frankreich Verbündeten in Krieg mit einander zu verwickeln und so sein Land wieder zur entscheidenden Macht Europas zu machen. Napoleons Rückkehr von Elba hat diesen Erfolg verhindert. Sie bewirkte wie in den übrigen Fragen so in der polnischen eine rasche Verständigung. Am 3. Mai 1815 ist ein russisch-preussischer, ein russisch-österreichischer und ein Vertrag der drei Mächte über die Errichtung eines Freistaats Krakau zustande gekommen.

So waren es doch allein die drei Mächte, die über Polens Schicksal entschieden. Es ist für den Gang der Dinge gleichgültig geblieben, daß im Laufe der vorher geführten Verhandlungen Englands Vertreter, Lord Castlereagh, Unlaß genommen hat zu der Äußerung, es möchte sich empfehlen, die „Polen als Polen zu regieren“. Hardenberg hat darauf geantwortet, daß das „durchaus den Gesinnungen seines Königs entspreche, und daß dieser in voller Übereinstimmung mit dem Kaiser von Rußland und dem Prinzregenten von England seinen Untertanen polnischer Abkunft alles das gewähren wolle, was Gegenstand ihrer gesetzmäßigen Wünsche sein könne und was mit dem ersten Ziele eines jeden Staates, aus den verschiedenen Teilen, aus denen er besteht, ein Ganzes zu bilden, verträglich“ sei. Polnischerseits hat man völlig zu Unrecht auf diesen Gedankenaustausch als auf eine Art Beleg hingewiesen, daß Preußen unter ausländischem Einfluß sich zu Zugeständnissen habe bereit finden lassen. Der Erwiderung Hardenbergs sind Äußerungen hinzugefügt, die deutlich zeigen, daß es seine eigenste und ursprüngliche Überzeugung war, ein rücksichtsvolles Verhalten gegenüber den Polen sei das Natürliche und Gegebene, zugleich durch Erwägungen der Menschlichkeit und der Staatsflugheit geboten. Und diesen allgemeinen Beweggründen gemäß, die sich noch völlig in den Bahnen des Zeitalters der Humanität bewegen, sind dann auch die Bestimmungen der erwähnten Verträge und im Anschluß daran die Erklärungen Friedrich Wilhelms III. an die neuen Untertanen ausgefallen.

Der russisch-preussische Vertrag vom 3. Mai 1815, der für Preußen allein in Frage kommt, sagt, daß die Polen „Institutionen erhalten sollen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern in denjenigen politischen Daseinsformen, welche jede der beiden Regierungen, denen sie unterstehen, ihnen zu gewähren für nützlich und angezeigt ansehen wird.“ Der russisch-österreichische Vertrag gewährt den Polen mehr. Er verspricht ihnen eine „Repräsentation und nationale Institutionen,

geregelt nach denjenigen politischen Daseinsformen“ usw. Das entsprach den Absichten, mit denen Jar Alexander sich für seine Erwerbungen trug, und die er dort ausführte. Beide Verträge sind in die Wiener Schlussakte vom 9. Juni 1815 aufgenommen worden. Man hat daraus eine Art dauernden europäischen Aufsichtsrechts herleiten wollen. Es ist schwer zu sagen, was das für einen Sinn haben soll bei einer Akte, von deren Bestimmungen heute kaum noch eine Gültigkeit hat. Aber wenn man es wirklich anerkennen wollte, so wäre damit für Preußen doch noch nichts weiter gesagt, als daß sein Vertrag mit Rußland auf diese Weise gleichsam europäisches Recht geworden sei. Dem Inhalt dieses Vertrages aber ist von preussischer Seite in vollem Umfange Genüge geschehen.

In dem Einverleibungserlaß, den Friedrich Wilhelm III. am 15. Mai 1815, also auf Grund der Verträge vom 3. Mai und nicht etwa auf Grund der Wiener Schlussakte, an die Einwohner der Provinz Posen gerichtet hat, heißt es: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche ich meinen getreuen Untertanen zu geben beabsichtige, und ihr werdet wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten. Die Religion soll aufrecht erhalten, die polnische Sprache neben der deutschen gebraucht werden. Der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern soll den Bewohnern der Provinz offen stehen.“ Diese Versprechungen hielten sich durchaus im Rahmen der Verträge. Die „Erhaltung ihrer Nationalität“ wurde den Polen neuerdings zugesichert, und indem ihnen eröffnet wurde, daß sie „an der Konstitution teilnehmen würden, welche der König seinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtige, und wie die übrigen Provinzen Preußens eine provinzielle Verfassung erhalten“ würden, geschah das gemäß der am 3. Mai übernommenen Verpflichtung, die Erhaltung der Nationalität „in denjenigen politischen Daseinsformen zu sichern, welche die Regierung, der man unterstand, zu gewähren für nützlich und angezeigt erachten werde.“ Die ausdrückliche Zusicherung, daß die polnische Sprache neben der deutschen gebraucht werden und der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern den Polen offen stehen solle, bedeutete ein Entgegenkommen, das durch den Wortlaut des Vertrages keineswegs unbedingt gefordert wurde. Die Haltung der preussischen Regierung, des Königs persönlich wie der leitenden Minister, war bestimmt durch den Geist der Toleranz und Humanität, der die Zeit trotz Napoleon beherrschte; man ließ ihn walten, so weit das unveräußerliche Recht des Staatsgedankens nur irgend gestattete.

Es hat auch an anderer Auffassung nicht gefehlt. Der Justizminister Kirchheim ist der Meinung gewesen, daß ein so geringer Teil von Polen, wie im Unterschiede von früher jetzt erworben sei, zum Deutschtum hinübergeführt werden müsse. Er ist mit seinem Vorschlage abgewiesen worden, noch ehe der Vertrag vom 3. Mai abgeschlossen wurde, als Preußen also in der Behandlung der zu erwerbenden Provinzen noch völlig freie Hand hatte. Von irgend welcher Absicht, die gegebenen Zusagen nicht zu halten, kann bei der preussischen Regierung nicht die Rede sein. Sie ist an die zu lösende Aufgabe herangetreten mit dem aufrichtigen Wunsche, die wiedergewonnenen Untertanen dem Gesamtstaate als lebendige, mittächtige Glieder

einzufügen, ohne ihren sprachlichen oder gar ihren religiösen Besonderheiten zu nahe zu treten. Wenn sich das nicht als ausführbar erwiesen hat, so ist es nicht ihre, sondern der Polen Schuld. Die Polen haben keinerlei Recht, sich über Bruch gegebener Versprechungen zu beklagen. Wenn sie behaupten, daß ihnen gemachte Zusagen nicht gehalten worden seien, so reden sie die Unwahrheit, und ihre Behauptung wird nicht wahrer durch unermüdliche und heftige Wiederholung. Das sollte sich jeder deutsche Mann einprägen und sollte es festhalten, der ein Urteil abgeben will über die preussisch-polnischen Beziehungen.

c) 1815—1850.

Friedrich Wilhelm III. hat seinen posenschen Untertanen versprochen, daß sie „an der Konstitution teilnehmen werden, die er seinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtigte“. Jedermann weiß, daß eine solche Konstitution, geplant und erwogen durch Jahre, unter der Regierung Friedrich Wilhelms III. nicht zustande gekommen ist. „Die Berufung einer aus den Provinzialständen gewählten Vertretung des Volkes“, die der König, sieben Tage nach dem Erlaß an seine Provinz Posen, auch noch von Wien aus, seinen Untertanen verheißen hat, ist erst 1847 im „Vereinigten Landtag“ zum Vollzug gekommen. An ihm hat Posen in gleicher Weise wie alle übrigen preussischen Provinzen Anteil gehabt, obgleich sich hätte bezweifeln lassen, daß die polnischen Posener zu den „getreuen“ Untertanen Sr. Majestät gehörten. Daß die Enttäuschung, die weite Kreise ob der langen Verzögerung der Maßregel erfüllte, von den polnischen Staatsangehörigen tiefer empfunden worden ist als von den Deutschen, läßt sich nicht belegen, ist auch wenig wahrscheinlich. Jedenfalls ist den Polen nichts weiter geschehen, als daß sie das Schicksal des Gesamtstaates, dem sie angehörten, teilten. Was den übrigen Preußen recht war, mußte ihnen billig sein.

Den Polen war, „wie den übrigen Provinzen des Reiches, eine provinzielle Verfassung“ in Aussicht gestellt worden. Sie haben sie erhalten im Landtag des „Großherzogtums“ Posen, welche Reminiszenz an die Warschauer Zeit ein Entgegenkommen bedeutete. Bei der Bevorzugung des Grundbesitzerstandes, die in der Zusammensetzung dieser Vertretungskörper in ganz Preußen die Regel war, konnte dieser Landtag nur ein polnischer sein. Er hat sich ausschließlich nur in diesem Sinne betätigt.

Den Polen war der Gebrauch ihrer Sprache neben der deutschen und Zutritt zu den öffentlichen Ämtern versprochen worden. Beide Zusagen sind nur zu gewissenhaft, lange zum entschiedenen Nachteil der deutschen Bewohner Posens erfüllt worden. Das war beschlossene Sache, noch ehe die Verträge vom 3. Mai 1815 zustande kamen. Auf den Ministerverhandlungen, die Kirchheisens Vorschläge im April in Wien veranlaßt hatten, war festgelegt worden, daß die Landessprache in den öffentlichen Verhandlungen neben der deutschen beibehalten und die Eingeborenen der Provinz bei der Administration zugezogen und zu allen Würden und Ehrenstellen zugelassen werden sollten. Und so ist es geschehen.

Es bedeutete darüber hinaus eine Vorzugsstellung der Provinz, daß sie neben dem Oberpräsidenten noch einen besonderen polnischen Statthalter in der Person des Fürsten Anton Radziwill erhielt, ein überflüssiges Entgegenkommen, das nur zu geeignet war, bei den Polen die Vorstellung zu nähren, daß sie innerhalb des preussischen Staatswesens doch eine Sonderstellung einnähmen. Von 1815—33 hat der Fürst diese Stellung innegehabt. Die Persönlichkeit des ersten Oberpräsidenten Zerbini di Sposetti, der in der Provinz begütert war und zu polnischen Adligen in Beziehungen stand, dazu liberale Gesinnungen vertrat, war auch nicht eine solche, die polnischen Wünschen besondere Schwierigkeiten bereitet hätte. Dazu wurden die Landratsämter fast nur mit Landesadligen besetzt; von 27 Landräten der Provinz waren 23 Polen. Damit war die Polizei ihnen so gut wie vollständig ausgeliefert, zumal der Großgrundbesitzer auf seinen Gütern die Polizeigewalt kraft seines Besitzrechts in königlichem Auftrage ausübte. Auch in die Regimenter der Provinz, die zugleich in ihren Rekrutierungsbezirken lagen, wurden zahlreiche polnische Adlige als Offiziere aufgenommen. An den öffentlichen Ämtern und Vertrauensstellungen des Staates haben die Polen wahrlich ihren voll bemessenen Anteil erhalten, sind auch nicht auf das „Großherzogtum“ beschränkt geblieben.

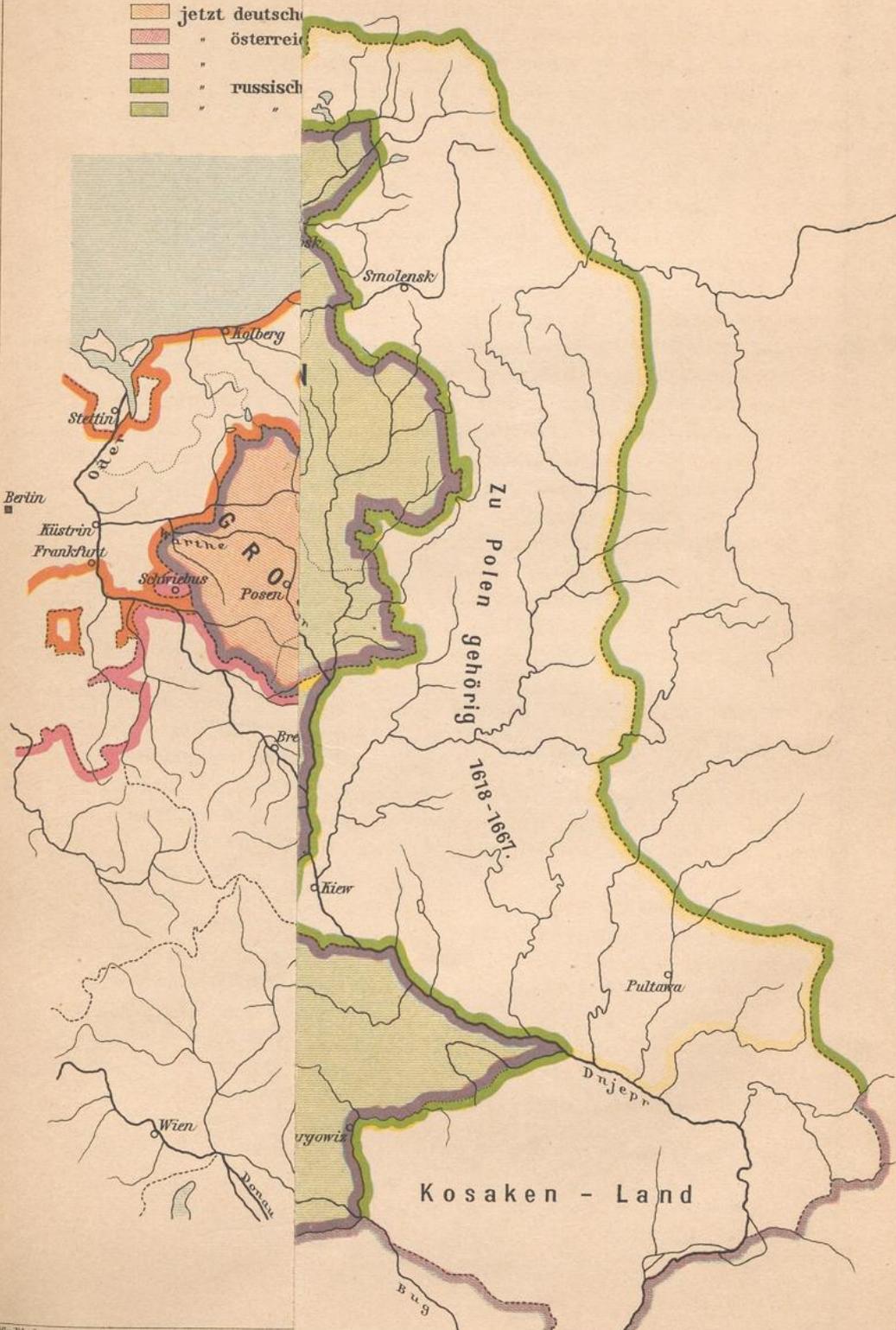
Und ebenso ist ihnen ihr volles Recht geworden in Berücksichtigung ihrer Sprache. Die Verfügungen der oberen Behörden sind sowohl polnisch wie deutsch erlassen, die Landräte angewiesen worden, nach Bedürfnis der Einwohner die eine oder die andere Sprache zu gebrauchen, was beim Überwiegen der Polen in dieser wichtigsten Beamtenstellung ihrer Sprache einen entschiedenen Vorsprung gab. Das Landrecht, die Gerichtsordnungen und andere bestehende Gesetze wurden ins Polnische übertragen; fernerhin sollten die Gesetze mit einer polnischen Übersetzung erscheinen. Diese sollte, was völlig neu war und eine Rückwirkung der neuen Erwerbung auf den alten Bestand des Staates darstellte, auch in West- und Ostpreußen und in Schlesien für die polnisch sprechende Bevölkerung benützt werden. Vor Gericht war die polnische Sprache mit der deutschen völlig gleichberechtigt, ja bevorzugt, da die Sprache des Klägers maßgebend war. So konnte ein Pole einen Deutschen, auch wenn er nicht der Provinz angehörte, zu polnischer Gerichtsverhandlung nötigen. Natürlich überwogen die polnischen Richter weit aus; daß sie auch der deutschen Sprache kundig sein mußten, war für sie ein geringes Hindernis. Wenn festgestellt wurde, daß das Erkenntnis stets in deutscher Sprache abzufassen sei, so hatte das keine weitere Bedeutung, als daß man der Notwendigkeit Rechnung trug, einen maßgebenden Text zu haben. Das konnte bei Gerichtsprüchen wie bei Gesetzen und Verordnungen nur der deutsche sein. Eine Ausfertigung in polnischer Sprache mußte jedem ausgehändigt werden, der sie verlangte.

Den gleichen Charakter trägt die preussische Schulpolitik dieser Jahre. Der Erlass des Kultusministers Altenstein vom 22. Dezember 1822 kennzeichnet sie klar und deutlich: „Es ist nicht nötig, daß die Polen, um vollkommen gute Untertanen sein und an den Vorteilen der Staatseinrichtungen teilnehmen zu können, ihre Stammsprache aufgeben oder nur hintansetzen müssen. Religion und Sprache

Polen

15. bis zum 18. Jhd.

- jetzt deutsch
- " österreichisch
- " russisch
- " " "

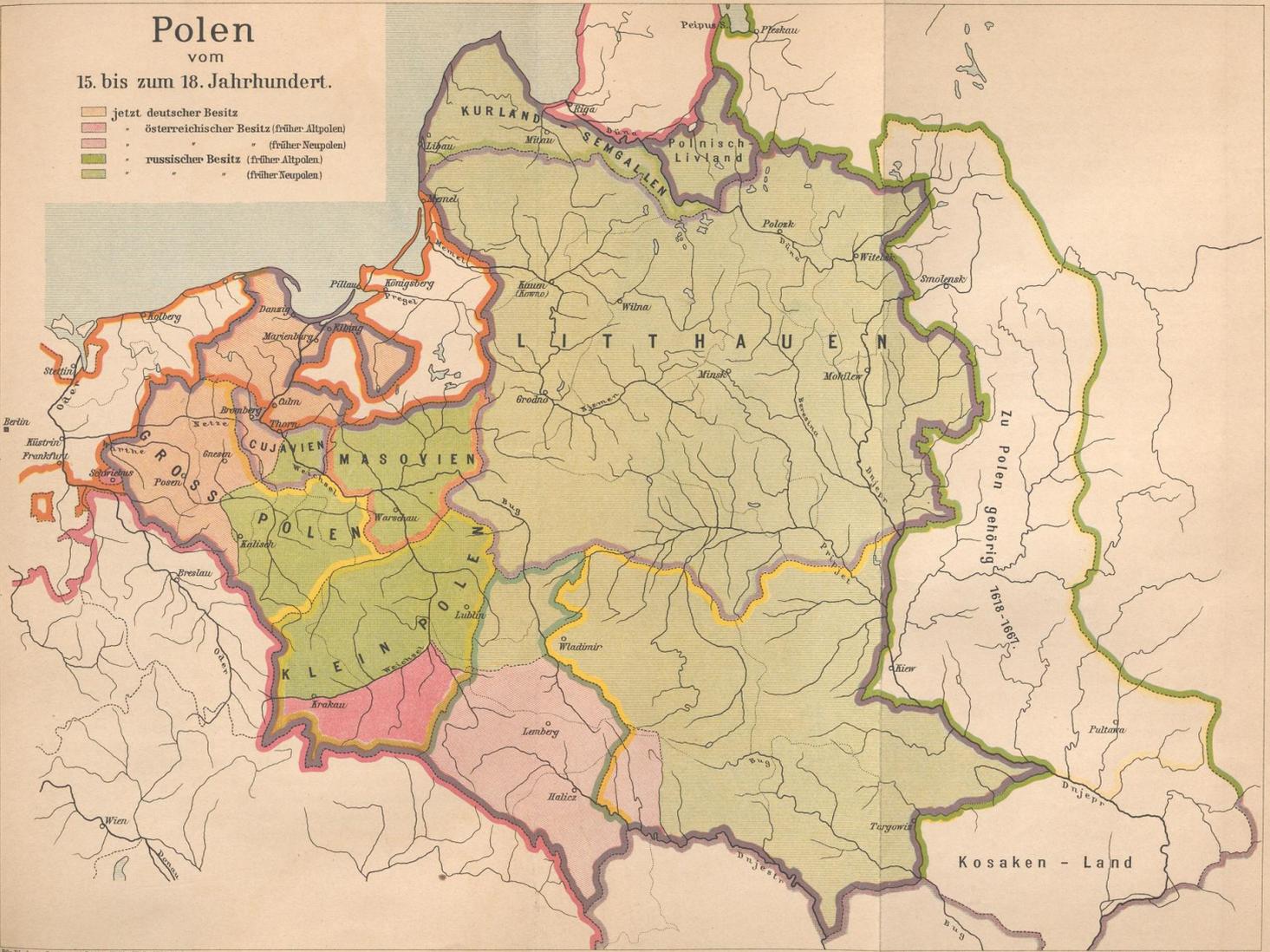


Polen

vom

15. bis zum 18. Jahrhundert.

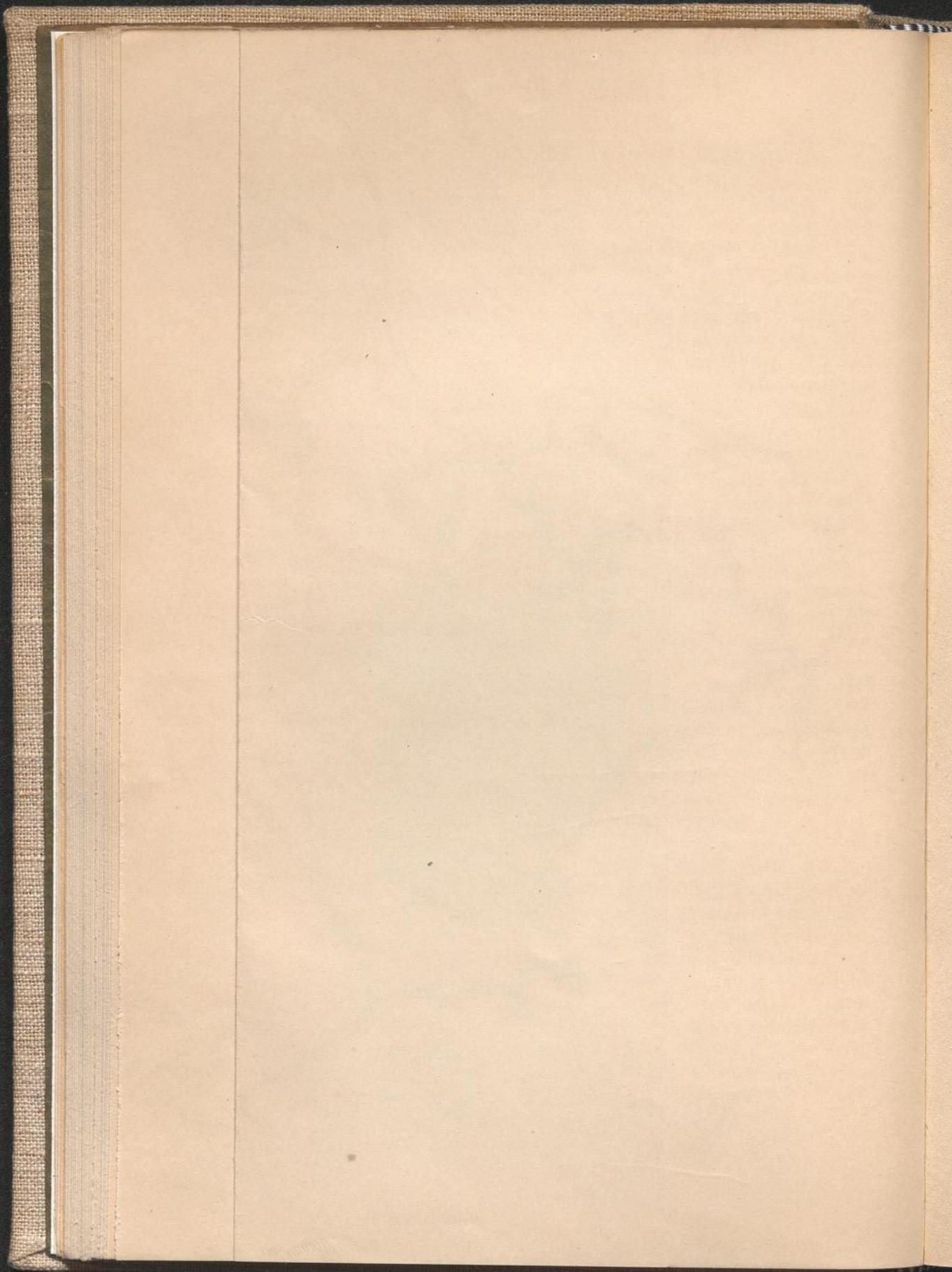
- jetzt deutscher Besitz
- österreichischer Besitz (früher Altpolen)
- früher Neupolen
- russischer Besitz (früher Altpolen)
- " " " (früher Neupolen)



Für die Deutsche Ostmark* Oskar Kalitz Verlag Lissa LP

Lith. u. Druck v. Ed. Gschlies (Leop. Hart, Leipzig)

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN



sind die höchsten Heiligtümer einer Nation, in denen ihre ganze Gesinnungsart und Begriffsweise begründet ist.“ Man kann kaum schöner und eindringlicher über den Wert der Muttersprache für menschliche Bildung reden, als es dieser Erlaß tut. Wahrlich, die preussische Regierung meinte es ehrlich mit ihrem Versprechen und ihren Bemühungen, die polnische Sprache und Nationalität nicht nur zu schonen und zu erhalten, sondern weiter zu entwickeln. Die neugebildete Provinz zählte 1815 164 Dorfschulen, darunter eine ganze Anzahl unter der Warschauer Regierung, die ja deutsche Schulen nicht duldete, polonisierte; im Jahre 1844 waren es 1142, der ganz überwiegenden Mehrzahl nach polnische. Das Polnische war zunächst ihre Schulsprache. Altenstein, der von 1817—1838 in seiner Stellung gewesen ist, war der Meinung: „Will man für die Bildung der polnischen Nation wirklich erfolgreich sorgen, dann wird dies immer am erfolgreichsten vermittelt ihrer eigenen Sprache geschehen.“ Und diese Auffassung war maßgebend, obgleich der niedrige Stand der einheimischen Landwirtschaft und der daraus sich ergebende niedrige Bodenpreis zahlreiche deutsche Ansiedler in die Provinz zogen, die so der Gefahr der Polonisierung ausgesetzt wurden und zu nicht geringem Teil erlegen sind.

Über die gegebenen Versprechungen hinaus hat sich die Regierung auch mit Umsicht und Nachdruck der wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz angenommen. Es lag das ja in der herkömmlichen Auffassung und dem überlieferten Pflichtgefühl der preussischen Staatsbehörden. Trotz des brutalen Rechtsbruchs der Warschauer Regierung hat Preußen neuerdings begonnen, den adligen Grundbesitz zu stützen. Der 1821 begründete „Kreditverein für das Großherzogtum Posen“ hätte ohne die Hilfe der Regierung nicht ins Leben treten können. Seine Leitung war polnisch; neben 67 Polen fanden nur 7 Deutsche in ihr Platz. Andererseits hat man doch mit der überlieferten Alleinberücksichtigung der Begehren des Großgrundbesitzes gebrochen. Die preussische Bauernbefreiung ist auch in Posen durchgeführt worden, im Zusammenhang damit die Lastenablösung, die Regulierung, die Zusammenlegung und Vereinigung des bäuerlichen Besitzes. Welches Gebiet man auch ins Auge faßt, man wird nichts anderes entdecken, als daß das Beamtentum, dem der preussische Staat in der Zeit von den Befreiungskriegen bis zur Einführung einer Verfassung so ungeheuere Fortschritte verdankt, ehrlich und ernstlich bemüht war, seine gesunden und erprobten Verwaltungsgrundsätze, und zwar in bezug auf das geistige Leben in wahrhaft idealem Sinne, auch in der neuen, durch ihr Volkstum fremdartigen Provinz zur Anwendung zu bringen. General von Grolman hat 1851 das preussische Regiment seit 1815 mit den Worten charakterisiert: „Man ließ alles schlechte Polnische bestehen und setzte alles Deutsche, wenn es sich nicht unwürdig polonisiert hatte, zurück, sowohl im Amte wie im gesellschaftlichen Leben.“

Einen Erfolg in dem Sinne, wie ihn der königliche Erlaß vom 15. Mai 1815 zum Ausdruck bringt mit den Worten: „Wichtige Erfahrungen haben euch gelehrt; ich hoffe auf eure Anerkennung rechnen zu dürfen,“ hat das nicht gehabt.

So oft der Posener Provinzial-Landtag zusammengetreten ist, hat er neuen Wünschen, hat er Beschwerden Ausdruck gegeben. Sie gingen unentwegt auf ein Ziel, das mit den Wiener Abmachungen und mit den darauf begründeten Zusagen des Königs in klarstem Widerspruch stand. Sie wollten den Staat im Staate. Kein Zweifel, daß die Stellung der russischen Polen im „Königreich“ anreizend wirkte. Es ging in Erfüllung, was Zar Alexander vorausgesehen und gehofft hatte. Aber es war ja klar, daß der preussische Staat darauf nicht eingehen konnte in einer Provinz, die nicht geschlossen polnisch, sondern zu mehr als einem Drittel von Deutschen bewohnt war, die zudem nicht wie bei Rußland ein äußeres, allenfalls entbehrliches Anhängsel des Reiches war, sondern ein für den Bestand des Ganzen unentbehrlicher Besitz. Er konnte kein polnisches Armeekorps gestatten mit polnischen Offizieren und polnischer Kommandosprache, auch keine Landsmanns-Minister im Räte der Krone, noch einen ständigen Ausschuß zur Wahrung der polnischen Rechte und zur Leitung des Schulwesens, noch gar grundsätzliche Besetzung aller Beamtenstellungen mit Polen. Das hieß die Wiederherstellung der polnischen politischen Selbständigkeit von Staats wegen organisieren, wie sie im Geheimen durch Verbindungen angestrebt wurde.

d) 1831—1848.

Daß der eingeschlagene Weg nicht der richtige war, zu der gewünschten Verschmelzung nicht führen konnte, zeigte das Jahr 1831. An dem russischen Aufstand, der Ende November 1830 in Warschau ausbrach, haben auch die preussischen Polen nachdrücklich Anteil genommen. Die Zahl der aus der Provinz hinüber gezogenen Freiwilligen wird auf 12000 angegeben. Ihr Vornehmster war der frühere napoleonische Offizier Desiderius Chlapowski aus Kosten, der sich besonders durch sein litauisches Unternehmen einen Namen gemacht hat. Es mußten vier preussische Armeekorps aufgeboten werden, weiteren Zuzug über die Grenze einigermaßen zu hindern. Gneisenau, ihr Führer, gewann die Meinung: „Die Polen sind unfähig, durch eine sanfte und gerechte Regierung wie die unsrige sich leiten zu lassen.“ Er und sein Generalstabschef Clausewitz sind dort in der Erfüllung ihrer Aufgaben der Europa zum ersten Male heimsuchenden Cholera erlegen.

Als bald nach Ausbruch des Warschauer Aufstandes, im Dezember 1830, ist Eduard Heinrich von Slottwell, ein Ostpreuße, zum Oberpräsidenten von Posen ernannt worden. Sein Name bedeutet noch heute ein Programm. Er vertrat bewußt die Tendenz, „die den polnischen Einwohnern eigentümlichen Einrichtungen, Gewohnheiten, Neigungen, die der innigen Verbindung der polnischen Landesteile mit dem preussischen Staate widerstreben, allmählich zu beseitigen, dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr in ihnen zu verbreiten.“ Daß er dabei aber keineswegs mit der preussischen Regierungsweise des letzten Menschenalters schroff zu brechen gedachte, beweist seine Überzeugung, daß „schon die Klugheit die schonendste Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten des polnischen Volksstammes gebiete, zumal derjenigen,

welche an sich achtenswert sind und sich daher auch bei fortschreitender Kultur geltend zu machen wissen, daß ein Rückblick auf die Geschichte Polens und die eigene diese Schonung auch zu einer höheren Pflicht mache.“

Gelegentlich der Verabschiedung des ersten Posener Landtags, der nach dem Aufstande zusammentrat, hat der König unter dem 14. Februar 1832 noch einmal an seine Erklärungen vom 15. Mai 1815 erinnert. Er hat darauf hingewiesen, daß sie „genau und ohne alle Beeinträchtigung“ erfüllt worden seien, daß er aber über diese Erklärungen hinaus den polnischen Bewohnern der Provinz Posen eine Sonderstellung in seinem Staate nicht einräumen könne. Indem er das letztere hervorhob, war ausgesprochen, daß weiterhin von Begünstigungen, wie sie das Polentum in der Zeit von 1815—1830 erfahren hatte, nicht die Rede sein könne. Wenn bis dahin unter „Bewohnern der Provinz“ kaum etwas anderes als die Polen verstanden worden waren, so erinnerte man sich jetzt, daß es auch Deutsche in Posen gab, und daß ihre Förderung und Begünstigung ungleich erspriesslicher für den preussischen Gesamtstaat war als das Buhlen um die Gunst und Zufriedenheit der Polen.

Das „Regulativ über die Geschäftssprache der Administrationsbehörden in Posen“ vom 14. April 1832 bestimmt, daß schriftlich die Behörden nur auf deutsch verfahren sollen, erforderlichenfalls unter Beigabe einer Übersetzung. Im Februar 1833 ist das Recht der Kreisstände, den Landrat zu wählen, suspendiert und ihre Ernennung auf Antrag der Verwaltungsbehörden, die dabei allerdings auf geeignete Grundbesitzer Rücksicht nehmen sollten, dem Könige vorbehalten worden. Damit waren die einflußreichsten Beamtenstellen der Provinz aus polnischen wieder preussische geworden. 1830 wurden die Woyts, „Vögte“, beseitigt; an ihre Stelle traten in jedem Kreise zwei oder drei Distriktskommissare. Die Polizei und die wichtigsten Aufgaben der lokalen Verwaltung kamen so in die Hand der Regierung. Die neue Gerichtsorganisation vom 10. Juni 1834 führte zur Besetzung fast aller höheren Richterstellen mit Deutschen; die Stellung der polnischen Sprache vor Gericht hat aber auch damals eine wesentliche Einschränkung nicht erfahren. Das Vertrauen in die Rechtspflege ist erst recht nicht erschüttert worden.

Auch die erste deutsche höhere Lehranstalt in der Provinz verdankt Slottwell ihre Entstehung. Vom polnischen Gymnasium in Posen hatten nicht wenige Schüler der höheren Klassen am Aufstande teilgenommen. Das ist Anlaß geworden, daß die Schule 1833 in ein katholisches Mariens- und ein evangelisches Friedrich-Wilhelms-Gymnasium gespalten wurde. Ihren ausschließlich polnischen Charakter hatte sie damit eingebüßt. Auch im niederen Schulwesen hat Slottwell planmäßig den deutschen Unterricht gefördert. Vor allem aber hat er zuerst und mit Erfolg versucht, die Geschlossenheit des polnischen Großgrundbesitzes zu durchbrechen. Der Aufstand bot auch dazu die Gelegenheit. Er hatte zerrüttend auf die ohnehin nicht glänzenden Vermögensverhältnisse der adligen Gutsbesitzer gewirkt. 1833 sind Slottwell auf seinen Antrag eine Million Taler bewilligt worden zum „Ankauf subhastierter größerer Besitzungen polnischer Gutsbesitzer und deren

Wiederveräußerung an Erwerber deutscher Abkunft“. Es sind auf diese Weise ungefähr 30 „intelligente und in ihrer politischen Gesinnung zuverlässige Rittergutsbesitzer“ in die Provinz gekommen. Grolman, der dem Oberpräsidenten seit 1832 als kommandierender General zur Seite stand, war der Meinung, daß der polnische Großbesitz planmäßig ausgekauft werden müsse. Das konnte bei der damaligen Finanzlage des Staates nur ein Gedanke bleiben.

Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. hat der Politik Slottwells rasch ein Ende bereitet. Die letzten Jahre des alten Königs waren bewegt durch den Kölner Kirchenstreit. Der Posener Erzbischof Martin von Dunin hatte geglaubt, seinen Kölner Amtsbruder Droste-Vischering im Kampf um die gemischten Ehen nicht allein lassen zu sollen. Er hatte im Februar 1838 auch seinerseits die Einsegnung einer Mischehe ohne das Versprechen katholischer Kindererziehung bei Strafe der Amtsentsetzung verboten. Die Folge war, wie beim Kölner, Enthebung vom Amte und Festungshaft, die, nach anfänglicher Schonung, auch wirklich zur Ausführung kam, als der Erzbischof sich trotz gegebener Zusage eigenmächtig von Berlin entfernte. Er mußte seinen Aufenthalt in Kolberg nehmen. Wenige Wochen nach dem Regierungsantritt des neuen Königs, im August 1840, durfte er dagegen in seine Diözese zurückkehren. Im Dezember hat Slottwell Posen mit Magdeburg vertauscht; sein Nachfolger ward Arnim-Boitzenburg.

Dem neuen Oberpräsidenten hat Friedrich Wilhelm IV. in ausgesprochenem Gegensatz zu Slottwells Auffassung die Weisung auf den Weg gegeben: „Jeder Anschein einer versuchten Verdrängung oder Beeinträchtigung der polnischen Bevölkerung durch Deutsche ist zu vermeiden.“ Allerdings hat auch der neue König nicht umhin können, gleich bei der Eröffnung des ersten Provinziallandtags im Februar 1841 die vorgebrachten Beschwerden nach „ernster Prüfung“ für unberechtigt zu erklären und beim Schluß des Landtags zu mahnen, in dem Namen „Preußen“ aufzugehen und den Gedanken einer „politischen Absonderung des polnischen Elements“ aufzugeben; aber er hat doch auch zugleich der Zusagen von 1815 gedacht und ihre innere Berechtigung stark betont. So konnte es nicht anders kommen, als daß die Versöhnungspolitik der Jahre 1815—1830 trotz ihres Mißerfolges wieder die amtliche wurde.

Die „Instruktion für das Königliche Provinzial-Schulkollegium und die Königlichen Regierungen der Provinz Posen“ vom 24. Mai 1842, die dann durch 40 Jahre in Geltung gewesen ist, macht die Anstellung zweisprachiger Lehrer zur Regel. Daß das eine Begünstigung der Polen bedeutete, liegt auf der Hand. Die Volksschulen und die unteren Klassen der Gymnasien wurden ihnen fast vollständig ausgeliefert. Am 14. Februar 1841 hatte Friedrich Wilhelm IV. die katholische Abteilung im Kultusministerium ins Leben gerufen. Die Schulinspektion in der Provinz ist dann durchweg in der Hand katholischer Geistlicher gewesen. Von der Regierung erworbenes Land sollte jetzt auch an Polen wieder veräußert werden. Zudem durfte der landwirtschaftliche Kreditverein 11 Millionen neuer Schuldbriefe unter staatlicher Bürgschaft ausgeben, was natürlich den Landankauf durch die

Regierung erschwerte. Den Offizieren, die am russischen Aufstand teilgenommen hatten, sind ihre verwirkten Pensionen auf Ansuchen des Landtages gezahlt worden.

Das Ergebnis ist das gleiche gewesen wie in der ersten Versöhnungsära, und es ist noch rascher zutage getreten.

Vom Aufstand von 1830/31 kann man sagen, daß er der polnischen Frage einen Platz in der europäischen öffentlichen Meinung verschafft hat. Die Flüchtlinge verbreiteten sich über den Erdteil, vor allem über Deutschland, Frankreich und die Schweiz. Der deutschen Dichtung wurden ihre Polenlieder beschert. Grober Schwindel hat abstoßend mitgearbeitet; aber die Stimmung war in ihrem Grundton so aufrichtig wie verständlich. „Freiheit“ war das zündende Losungswort der Zeit. Gesundes Staatsgefühl war beim deutschen Volke eben erst im Entstehen begriffen, ist ja heute entfernt noch nicht so stark entwickelt, wie es sein sollte und für unseren Bestand als Reich notwendig ist. So sah man vor allem das „Unrecht“, die „Vergewaltigung“, den „Raub“, die geschehen sein sollten. Daß es sich für Preußen und Deutschland um eine unumgängliche geschichtliche Notwendigkeit, um eine unerbittliche Zwangslage handelte, sah man nicht. Daß ein Aufgeben der polnischen Erwerbungen den eigenen Bestand in Frage stellte, dazu Hunderttausende, ja Millionen Deutsche schonungsloser fremder Herrschaft auslieferte, war in Deutschland wenigen klar. Man begeisterte sich für die „Martyrer der Freiheit“.

Unter den Flüchtigen waren manche, die den Wig, den Heine und Keller an ihnen geübt haben, voll berechtigt erscheinen lassen. Es fehlte auch nicht an Leuten, die sich zu berufsmäßigen Revolutionären entwickelten, überall aufstauchten, wo es Putsche zu veranstalten und Barrikaden zu errichten gab. Aber unter den Polen, welche die Heimat meiden mußten, waren doch auch Männer, denen die Liebe zu ihrem Volke den Blick für seine Fehler und Schwächen nicht getrübt hatte. Sie fühlten die Notwendigkeit, nicht nur verneinend, sondern auch aufbauend zu arbeiten. Die überkommene Neigung zur Geheimbündelei war doch auch eine Vorschule zu gesunderer Vereinstätigkeit; die Zeit stand zudem unter dem Zeichen der Vereinsbildung. So widmeten sich ihr Auslandspolen mit besonderem Eifer und Erfolg; der geistige und politische Mittelpunkt polnischen Lebens ist zeitweise nach Paris verlegt worden. Für die preussischen Polen sind von besonderer Bedeutung geworden die Bestrebungen, die auf Hebung ihrer Bildung in den besseren Klassen gerichtet waren. Man öffnete sich der Einsicht, daß das preussisch-deutsche Unterrichtswesen dafür eine vortreffliche Handhabe biete, daß man es benutzen könne, ohne seinen Zusammenhang mit dem Staate irgendwie zu berücksichtigen. Der Posener Karl Marcinkowski ist in Paris dem 1832 gegründeten „Verein für Unterrichtshilfe“ beigetreten. 1830 in die Provinz zurückgekehrt, hat er solchem Ziele weiter nachgestrebt, nach des alten Königs Tode den „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend“ begründet, der als Marcinkowski-Verein noch heute im Mittelpunkt der polnischen Bildungsbestrebungen steht. Friedrich Wilhelm IV. hat ihn trotz dringender Gegenvorstellungen genehmigt.

Es versteht sich von selbst, daß die neu begründeten Vereine, unter welchem Namen sie sich immer der Öffentlichkeit vorstellen mochten, letzten Endes nur einem Zwecke dienten, der Stärkung polnisch-nationaler Gesinnung. Es war auch unvermeidlich, daß die neue Richtung der Regierungspolitik solche Gesinnung belebte. Die alte Erfahrung wiederholte sich; Nachgiebigkeit erweckte immer wieder Forderungen. Es trat kein Landtag zusammen, der nicht solche zu stellen hatte. Politische Sonderstellung der Provinz, volle Herrschaft des Polnischen in den Schulen bis hinauf zu einer akademischen Lehranstalt, die in Posen errichtet werden sollte, wurden verlangt. Als man auf entschiedene Ablehnung stieß, hat man geglaubt, durch Gewalt zum Ziele kommen zu können. Unter der Leitung des in Frankreich als Sohn eines polnischen Offiziers geborenen Ludwig von Mieroslawski hat sich eine Nationalregierung gebildet, die sich über alle drei Reiche verzweigte und einen Anschlag auf die Festung Posen vorbereitete. Die Regierung erhielt aber Kenntnis, konnte Mieroslawski am 12. Februar 1840 verhaften lassen und den in der Nacht zum 5. März in der Tat unternommenen Versuch auf Fort Winiary mühe-los vereiteln, wobei einige der Verschwörer getötet, andere verwundet wurden. In dem Hochverratsprozeß, der folgte, wurden von 254 Angeklagten 8 zum Tode, 109 zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Von den Todesurteilen ist doch keins ausgeführt worden, auch das über Mieroslawski verhängte nicht.

Der Aufstandsversuch, der im russischen Polen und in Galizien noch weit umfassender ins Werk gesetzt worden war, führte zum Untergange der Republik Krakau. Sie wurde Österreich einverleibt. Schon 1835 hatten sich die drei Mächte über eine solche Maßregel geeinigt. Die Wiener Kongreß-Akte hat sie nicht abgehalten, diese Frage allein von sich aus zu ordnen.

e) Die Bewegung von 1848 und ihre Nachwirkungen.

Bei dieser Sachlage ist es natürlich, daß der „Völkerfrühling“ des Jahres 1848 auch im preussischen Polen neue Hoffnungen weckte. Die Ereignisse, die sich im März und April des Jahres in der Provinz Posen abspielten, haben gezeigt, wohin das Trachten ihrer polnischen Bewohner ging und welches Schicksal die Deutschen der Provinz erwartete, wenn es Erfolg hatte.

Der 18. März hat der 48er Bewegung auch in Preußen Raum geschaffen. Es konnte nicht überraschen, daß er in Posen sofort seine Wirkung äußerte. Nicht wenige Polen hatten ja auf den Berliner Barrikaden mitgekämpft, und eine der Volksforderungen nach dem Abzuge der Truppen war die Freilassung der vom 40er Aufstände her in Moabit eingekerkerten Polen. Der König hatte sie am 20. März mit den anderen erfüllt.

Am 21. schon erschien in Berlin eine Deputation unter Führung des Posener Erzbischofs Leo von Przyluski, der seine Würde von 1844—1865 innegehabt hat. Sie kam mit der alten Forderung „nationaler Reorganisation des Großherzogtums“; alle Ämter sollten mit „Eingeborenen“ besetzt, die Truppen der Provinz gesondert formiert werden. Der König genehmigte am 24. März die Bildung

einer Kommission aus beiden Nationalitäten, die mit dem Oberpräsidenten über die Reorganisation beraten solle. Das Zugeständnis ist sofort von den Deputierten als ungenügend erklärt worden; sie haben am 25. die Forderung wiederholt, daß die Kommission aus „Eingeborenen des Großherzogtums Posen“ zusammengesetzt sein müsse. Wie sie das Wort „Eingeborene“ verstanden wissen wollten, konnte keinem Zweifel unterliegen; es ist polnischerseits wieder und wieder angewandt worden, um über die wahren Absichten hinwegzutäuschen. Am 26. März hat, offenbar auch nicht ohne Hintergedanken, der Minister von Uerswald erwidert, daß „die Wahl der zur Nationalreorganisation des Großherzogtums Posen gewählten Kommission, dem Antrage gemäß, aus Eingeborenen des Großherzogtums Posen, ohne Rücksicht auf den Volksstamm, um so mehr stattfinden dürfe, als Se. Majestät vertrauen, daß dabei die Interessen der deutschen Bevölkerung nicht unbeachtet bleiben.“

Als die Deputation nach Posen zurückgekehrt war, bildete sich sofort ein Nationalkomitee. Der Oberpräsident von Beurmann, der die Provinz seit 1842 leitete, trat an die Spitze, aber die Mitglieder waren ausschließlich Polen; einige zugezogene Deutsche sollten nur beratende Stimme haben. Von Berlin aus geschah noch ein weiterer Schritt, zu dem in keiner Weise eine Nötigung vorlag. Man entsandte den General von Willisen, der zeitweise Chef des Generalstabes im 5. Armeekorps gewesen und als polenfreundlich bekannt war, als Spezialkommissar.

Willisen hat durch sein Eintreten für die polnischen Forderungen ihnen erst größere Kraft gegeben. Er machte kein Hehl daraus, daß er für Posen polnische Regierung, polnisches Gerichtswesen, ein polnisches Heer einzurichten gedenke. Er gefiel sich in der Volkstümmlichkeit, die ihm dadurch bei den Polen zuwuchs. Zeitweise lag alle Autorität in seinen Händen, und er zögerte nicht, sie zu gebrauchen. Da erhoben sich die Deutschen gegen sein Treiben. In nicht wenigen Teilen der Provinz, wo sie inmitten polnischer Bevölkerung wohnten, waren sie nicht nur leidenschaftlichem Haß, sondern auch todbringender Verfolgung ausgesetzt. Sie haben vielfach mit ihren Familien in den Wäldern Zuflucht suchen müssen. Sie wandten sich in Petitionen an die Regierung. Aus dem Netzedistrikt kam die Erklärung, daß man „bei aller Treue für den König doch lieber das Leben verlieren wolle als sich Einrichtungen aufdrängen lassen, durch die das deutsche Volkstum vernichtet werden würde.“ Mehr als zwei Sünstel der Bewohner der Provinz redeten damals die deutsche Sprache! Als das polnische Komitee in Bromberg eine Versammlung abhalten wollte, wurde es empfangen mit dem Rufe: „Wir wollen Deutsche sein und Deutsche bleiben.“ Ähnliches wiederholte sich längs der ganzen West- und Südwestgrenze der Provinz. Am 9. April traten auf Einladung der Bromberger Tausende aus dem Netzedistrikt in der Stadt zusammen und erhoben flammenden Protest gegen die polnischen Ansprüche und die Haltung der Regierung. Auch in der Hauptstadt gewannen die Deutschen unter der mannhaften Führung des Freiherrn von Schreeb wieder Mut. Man kann den Posener Deutschen den Ruhm nicht versagen, in diesen Tagen treue Hüter der Grenzmark gewesen zu sein.

Trotzdem hat sich Willisen auf seinem Wege nicht beirren lassen. Die Polen hatten sich zu Tausenden bewaffnet; sie beherrschten den Südosten der Provinz, wo es den Deutschen übel erging; die Leitung hatte ihren Sitz in Schroda. Andererseits stand der Kommandierende General des 5. Armeekorps von Colomb mit genügenden Streitkräften um Posen bereit, jeden Widerstand niederzuschlagen. Gleichwohl hat Willisen am 11. April zu Jaroslawitz bei Schroda mit den Führern der Aufständischen eine Konvention geschlossen, die so ziemlich alle Forderungen der Polen erfüllte. Mieroslawski, der alsbald von Berlin herbeigeeilt war, durfte an der Spitze seiner Revolutionsarmee im Felde bleiben; sie konnte den Stamm abgeben für das polnische Nationalheer, das in 4 Cadres errichtet werden sollte. Noch an demselben Tage erklärte aber v. Colomb, daß er „jetzt vollen Gebrauch machen werde von der Gewalt, die ihm anvertraut sei, zum Wohle des Ganzen“. Zwei preussische Generale im schärfsten Gegensatz zu einander!

In Berlin konnte man die Änderung der Lage nicht unbeachtet lassen, wenn man auch vorsichtig genug in eine neue Bahn einlenkte. Am 14. April erschien ein Erlass, der, dem Drängen der Posener Deutschen nachgebend, den Netzedistrikt mit Ausnahme des südlichen Teiles des Kreises Hohensalza, sowie die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt von der Reorganisation ausschloß und ihnen die gewünschte Aufnahme in den Deutschen Bund in Aussicht stellte, wenig genug gegenüber der Tatsache, daß das Deutschtum auch außerhalb dieser Gebiete, besonders in der Hauptstadt selbst, weit verbreitet war. v. Colomb hat dann in den nächsten Wochen den Aufstand niedergeworfen, nicht ohne Mühe, in einem anstrengenden Kleinkriege. Erst am 9. Mai kapitulierten die letzte zusammenhängende Freischarentruppe in der Nähe von Wreschen.

Wenn so Ruhe und Sicherheit wieder hergestellt waren, so war damit die Frage der Neuordnung doch noch keineswegs entschieden. In Berlin und in Frankfurt tagten Volksvertretungen, und es kam nicht mehr allein auf den königlichen Willen an. Daß die öffentliche Meinung ein anderes Gewicht bekommen hatte, haben die Polen sofort erkannt und haben demgemäß gehandelt. Das polnische Nationalkomitee hat eines seiner Mitglieder, den Dr. Niegolewski, nach Frankfurt geschickt mit dem Auftrage, „bei den deutschen Völkern und den deutschen Regierungen die polnische Sache zu vertreten“. Es hat von sich gesagt, daß es „die Initiative ergriffen habe, um das große Werk der Wiederherstellung Polens durch eine militärische und zivile Reorganisation des Großherzogtums Posen unter dem Schirme und der Oberhoheit Preußens anzubahnen, gestützt auf die Sympathien der deutschen Nation und die Hilfe, welche das freie Deutschland hoffentlich der polnischen Sache angedeihen lassen werde“.

Es konnte hoffen, für seine Wünsche Gehör zu finden. Das Frankfurter Vorparlament hat es am 31. März für eine „heilige Pflicht des deutschen Volkes erklärt, mit allen Kräften die Wiederherstellung des Polenreiches zu bewirken, um das durch die Teilung Polens verübte Unrecht wieder gut zu machen“. Es hat das getan, indem es gleichzeitig beschloß, die Einverleibung Schlesiens und der Provinz Preußen (Ost- und Westpreußen) in den Deutschen Bund zu

beantragen (nicht aber die von Posen!); auch ist beschlossen worden, den aus Frankreich zur Befreiung ihrer Heimat heranziehenden Polen den Durchzug durch Deutschland, allerdings ohne Waffen, zu gestatten. Man erklärte sich so bereit, dem neu zu begründenden Polenreiche mehr als eine halbe Million echt deutscher Leute ohne weiteres preiszugeben und es zwischen Pommern und Schlesien in die bedrohlichste Nähe von Berlin hinein zu schieben. Es hat sich aber bald herausgestellt, daß hier doch mehr Unwissenheit als Mangel an vaterländischem Gefühl im Spiele war.

Die preußische Regierung hat schon am 20. April 1848 weitere Teile Posens von der „Reorganisation“ ausgenommen: Stadt und Festung Posen und die westlichen Teile der Kreise Posen und Obornik, dazu die Kreise Samter und Buk, die südlichen Teile der Kreise Kröben und Krotoschin und die Stadt Kempen. Wie für die früher ausgeschlossenen Landstriche hat sie auch für diese beim Deutschen Bunde den Antrag auf Einverleibung gestellt. Beide Anträge sind auch am 22. April bzw. 5. Mai genehmigt worden. Der jetzt noch für die Reorganisation verbleibende Teil zählte nur noch gut 300000 Einwohner, noch nicht ein Viertel der Provinzbevölkerung. Da in Frankfurt das Parlament den Bund auflöste, blieben dessen Beschlüsse allerdings wirkungslos; aber die Nationalversammlung zeigte sich der polnischen Auffassung doch weit weniger zugänglich als das bunt zusammengewürfelte Vorparlament. Im Auftrage der Reichsgewalt sind nach einander verschiedene Demarkationslinien durch die Provinz gezogen worden, die zwar die preußische Regierung verpflichteten, in einem kleinen Teil des Landes eine Sondergewalt aufrecht zu erhalten, den Ansprüchen der Polen aber in keiner Weise genügten. Ihre Bemühungen, Klauseln über Sonderrechte in die preußische Staats- und die deutsche Reichsverfassung zu bringen, mißglückten vollständig.

Der Verfassungsentwurf, den die Konstituierende Versammlung Preußens zu beraten hatte, enthielt eine solche Klausel; in der oktroyierten Verfassung, die nach der Auflösung am 5. Dezember 1848 an die Stelle trat, fehlte sie aber. Alle späteren Versuche, sie hinein zu bringen, sind trotz der Unterstützung der „Propolen“, besonders des Westfalen Osterrath und des in Königsberg als Sohn englischer Eltern geborenen, zum Katholizismus übergetretenen Phillips, ohne Erfolg geblieben, die Anträge gegen eine erdrückende Mehrheit abgelehnt worden. Sie haben zu den gewagtesten Behauptungen und zugleich zu den offensten Geändnissen von Seiten der Polen geführt und deutlich bewiesen, daß diese von einem Aufgehen in das preußische Staatswesen auch unter Bewahrung ihrer Nationalität nichts wissen wollten, daß sie die verlorene staatliche Selbständigkeit wieder erstrebten. Manteuffel hat am 14. Dezember 1849 vom preußischen Landtage die Zustimmung zu einer Einverleibung von ganz Posen in den Deutschen Bund erlangt. Da die Reichsverfassung nicht zustande gekommen war, hatten die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments und damit auch die Demarkationslinien keine Geltung mehr. Es war zu Ende mit der „Reorganisation“.

Als die Verfassung vom 31. Januar 1850 zustande gekommen war, haben zwölf polnische Abgeordnete sich geweigert, sie zu beschwören und ihre Mandate

niedergelegt. Sie sind bei den Neuwahlen wieder gewählt worden und haben dann den Eid geleistet, doch mit der Erklärung, daß „damit keine Verzichtleistung auf die den Polen zustehenden Rechte ausgesprochen sei“. In ähnlicher Weise haben die polnischen Abgeordneten am 16. April 1867 gegen die Einverleibung Posen in den Norddeutschen Bund protestiert und ihre Mandate zunächst niedergelegt.

Wenn so die Willfährigkeit der Regierung gegenüber den politischen Sonderwünschen der Polen eine kurze Episode darstellt, so hat man sich durch die gemachten Erfahrungen doch nicht bewogen gefühlt, mit den seit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. befolgten Grundsätzen schroff zu brechen. Erst allmählich hat die durch den Frühling 1848 neuerdings gefestigte Einsicht, daß es in einst polnischen Gebieten vor allem darauf ankomme, deutsche Interessen zu vertreten, zu entsprechenden Handlungen geführt. Beurmann ist bis 1850 im Amte gewesen. An einer ausgesprochen deutschen Verwaltung hinderte auf dem Gebiete der Schulpolitik schon der reaktionäre Zug der 50er Jahre, der vor allem im Einfluß der Kirche eine unentbehrliche Stütze des Staates erblickte. Das hat die Landschulen völlig in die Hand der Geistlichkeit und damit der Polen gegeben. Die „Bamberger“ um Posen sind damals erst polonisiert worden, polonisiert durch die Schule, gegen ihren Wunsch, trotz ihrer Eingaben an die Regierung. Der damalige Dezernent der katholischen Abteilung im Kultusministerium hatte eine Polin zur Gemahlin! Das gleiche Schicksal haben damals unter den Augen der Regierung wohl noch andere zerstreute deutsche Gemeinden im Posenschen gehabt. In Oberschlesien ist das Hochpolnische erst im Gefolge dieser Regierungspolitik in die Schulen eingezogen; die „Wasserpolaeken“ waren bisher deutsch unterrichtet worden. Aber andererseits ist 1858 das Deutsche für die Oberklassen der städtischen Volksschulen Unterrichtssprache geworden, und in den höheren Lehranstalten, auch in den „katholischen“, hat es in dieser Zeit das Polnische fast vollständig verdrängt. Die wiederholten polnischen Anträge auf Errichtung einer Universität in Posen, eines neuen katholischen Gymnasiums und einer Realschule für die polnische Bevölkerung haben Erfolg nicht gehabt, ebensowenig eine von 20465 Einwohnern Westpreußens unterzeichnete Petition, welche die Einbürgerung des Polnischen in die dortigen höheren und niederen Schulen verlangte.

Förderung des Deutschen war auch die Tendenz, die im Gerichts- und Verwaltungswesen vorherrschte. Die Ausfertigung von Übersetzungen wurde eingeschränkt, der Gebrauch des Polnischen in den Verordnungsblättern aufgegeben, durch ein Reskript von 1856 das Polnische auch im Verkehr mit den Kleinstädten beseitigt. Eine entschiedene Abkehr von der Politik der 40er Jahre war es, daß 1857 der „Neue Kreditverein“, jetzt „Posener Landschaft“, begründet und ihm allein das Recht der Ausgabe neuer Pfandbriefe vorbehalten wurde. Sein Direktor aber wurde vom König, die Räte wurden vom Minister ernannt; das Institut war deutsch. Vorteil zogen die Polen aus Preußens neuem verfassungsmäßigen Leben. Es gab ihnen eine früher nicht vorhandene Möglichkeit, an weithin ver-

nehmbarer Stelle sich hören zu lassen. Die Verhältnisse haben das zeitweise sehr begünstigt. 1858 konnten die Polen 20 Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsenden. Die politische Führung ist seitdem allmählich aus den Händen des Adels in die der Vertreter hinübergeglitten und vom Auslande her das Schwergewicht wieder in die Heimat verlegt worden. Den geistigen und geselligen Zusammenhang der leitenden Bevölkerungsklassen hat das zweifellos gefördert.

Eine neue Krisis trat ein, als im Januar 1863 unter Langiewicz, einem geborenen Krotoschiner, der auf preussischen Universitäten studiert und im preussischen Heere gedient hatte, im russischen Polen noch einmal eine bewaffnete Erhebung versucht wurde. Bismarck, der damals schon Preussens Geschicke leitete, nahm rasch Stellung. Er schloß am 8. Februar eine Konvention mit Rußland, die das Feuer auf seinen Herd beschränkte, den Zuzug preussischer Polen abschchnitt. Es war in der Konfliktzeit und die Stimmung aller Liberalen Deutschlands gegen Rußland. So hat Bismarck heftigen, ja erbitterten Tadel hören müssen. Jetzt möchte sich schwerlich ein Besonnener finden, der ihm nicht Recht gäbe. Bismarck handelte aus jedem Gesichtspunkte, der in Frage kommen kann, richtig. Zudem hat seine rußlandfreundliche Politik Deutschland reiche Früchte gebracht.

Auch sonst hat der neue Minister-Präsident bald gezeigt, daß er nicht geneigt war, polnischen Aspirationen irgendwie entgegenzukommen. Das Gymnasium zu Tremessen, eins der drei, die noch aus der polnischen Zeit stammten, ist erst geschlossen, dann aufgehoben worden, weil eine große Anzahl von Schülern der oberen Klassen sich dem Aufstande angeschlossen hatte. 1864 ward angeordnet, daß Assessoren polnischer Herkunft in Posen und Westpreußen nicht mehr angestellt werden sollten. An der Einschränkung der polnischen Sprache im Unterricht ward festgehalten. Doch hat Bismarck in den Jahren, die der Begründung des Reiches dienten, diesen Dingen nur geringe Aufmerksamkeit zugewandt und zuzuwenden können.

Als der Bau fertig stand, bewies er bald, daß ihm klar war, wo er besonderer Stützen bedurfte. Der Kampf, in den er mit dem sich bildenden Zentrum verwickelt wurde, gestaltete sich in seiner Auffassung vor allem zu einem Kampfe mit dem Polentum. Die Brücke, die beide Gegner zu einander führte, war schon vor seiner Zeit geschlagen worden. Von dem Augenblicke an, wo Bismarck in Deutschland auf einen Feind stieß, der das Reich nicht so wollte, wie es nun einmal war und wie es anders nicht sein konnte, mußte ihm wieder zu vollem Bewußtsein kommen, daß es in Preußen ein Volkstum gab, das seine Zugehörigkeit zum preussischen Staate und damit zum Deutschen Reiche grundsätzlich verneinte. 1871/72 hat er mit der Politik eingesezt, die, abgesehen von der unseligen Koscielski-Caprivi-Periode in den Jahren 1890—94, bis zur jüngsten Vergangenheit die maßgebende für die preussische Regierung geblieben ist und hoffentlich, trotz des gegenwärtigen Schwankens, auch in Zukunft bleiben wird. Nur unerschütterliches, folgerichtiges Festhalten an ihr kann die offene Wunde am Reichskörper, die unsere Ostmarken immer noch darstellen, zu völligem Verheilen bringen.

12. Rückblick und Schluß.

Nahezu ein Jahrtausend ist verflossen, seitdem die Geschichte von Berührungen zwischen Polen und Deutschen zu berichten weiß. Sie waren bald freundlich, bald feindlich, wie es unter Nachbarvölkern immer ist. Von einem besonderen Gegensatz kann nicht die Rede sein. Die Überlegenheit an Macht, die bis zum Ende des 12. Jahrhunderts das Deutsche Reich auszeichnete, hat sich kaum irgendwo weniger betätigt als gegenüber Polen. Erst als sie verschwunden war, hat die Einwanderung dort größeren Umfang angenommen. Sie ist erfolgt auf Wunsch der einheimischen Machthaber; nie und nirgends hat deutsche Gewalt sie gefördert oder gestügt.

Die Zugezogenen haben ihrer neuen Heimat, in Polen wie überall in den östlichen Reichen, den Vorteil, der von ihnen erwartet wurde, überreichlich gebracht. Es hat auch lange bei den Einheimischen, Herrschern wie Untertanen, keinen Anstoß erregt, daß sie ihr Volkstum zu bewahren trachteten. Erst im späteren Mittelalter hat die steigende Macht des Landesadels in der wirtschaftlichen Stellung, die sich die Deutschen in Stadt und Land errungen hatten, eine Beeinträchtigung der eigenen Ansprüche erblickt, hat nachhaltig ihre Beschränkung erstrebt. Zugleich mit dem Einfluß, der auf dem Wohlstand beruhte, hat man begonnen, Volkstum und Sprache der Eingewanderten zu bekämpfen.

Reformation und Gegenreformation haben diesen Bestrebungen verstärkte Kraft gegeben. Es hat zwar auch in diesen Jahrhunderten nicht an deutschem Zuzug gefehlt, weil die Verhältnisse im weiten Polenreiche zu verschiedenartig lagen, vor allem das Reich auch zu wenig einheitlich gelenkt wurde, um überall gleiches zu erreichen; im allgemeinen ist aber Feindschaft gegen den Protestantismus gleichbedeutend geworden mit Feindschaft gegen das Deutschtum.

So fand das 18. Jahrhundert die Deutschen in Polen wesentlich beschränkt gegenüber der Stellung, die sie ein halbes Jahrtausend früher inne gehabt hatten. Aber inzwischen war das Reich, das sie doch auch hatten bauen helfen, innerem Zerfall entgegen gereift. Es hatte, nicht ohne deutsche Parteigänger, den Orden überwinden und ihm umfassende Gebiete, darunter auch solche, auf die Polen nie einen Anspruch gehabt hatte, abnehmen können. Es hatte das litauische Reich mit einer polnischen Oberschicht überzogen und verbunden mit ihm weite russische Lande zu erobern vermocht. Aber sein Königtum erlag, anders als fast in allen anderen europäischen Staaten, dem zügellosen Machtstreben des Adels, unterlag nicht zuletzt, weil es mit der Befehdung des Deutschtums sich auch der Möglichkeit beraubt hatte, in einem brauchbaren bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstand ein Gegengewicht zu finden. Das polnische Reich verlor seine Daseinsberechtigung in der europäischen Staatenwelt, weil es der ersten und obersten aller internationalen Pflichten, sich selbst zu beherrschen, nicht mehr zu genügen vermochte. Von den Grenzmächten hätte eine allein bei Kraft sein müssen, wenn Polen hätte erhalten bleiben sollen; da das nicht der Fall war, erfolgten die Teilungen.

Preußen hat aus ihnen nicht mehr davongetragen, als für seinen Bestand unentbehrlich war, keinen Fußbreit mehr. Es ist seinen polnischen Untertanen weit entgegengekommen, zeitweise weiter, als es mit der schuldigen Rücksicht auf die an Zahl wenig schwächeren deutschen Bewohner der erworbenen Gebiete vereinbar war. Es hat alle gegebenen Versprechungen gehalten, alle Erwartungen, die billigerweise gehegt werden konnten, erfüllt. Es hat durch sorgfältige und sachkundige Verwaltung Wohlstand und Lebenshaltung der ihm Angegliederten weit hinausgehoben über den Stand, der in den übrigen Teilen des alten polnischen Reiches erreicht worden ist; darüber kann kein Unbefangener im Zweifel sein, der außer Preussisch- auch Russisch-Polen und Galizien gesehen hat. Den erwünschten Erfolg hat das nicht gehabt. Preußen hat nicht vermocht, einen erheblichen oder gar den größeren Teil seiner polnisch sprechenden Untertanen zu guten Preußen zu machen. Ihre Grundstimmung ist fortgesetzt die der Verneinung des politischen Preußentums.

Die Erklärung ist nicht allzu schwierig. Geschichte ist eine Macht, die nicht leicht aus dem Felde zu schlagen ist. Ein Volk, das eine große Vergangenheit hat, wird nicht leicht den Gedanken aufgeben, die Gegenwart ihr anzugleichen. Den preussischen Polen haben das die Leistungen ihrer Regierung selbst erschwert. Es hat eine Zeit gegeben, wo die unteren Stände, besonders die bäuerliche Bevölkerung, mit einem gewissen Dankgefühl hinausblickten zur preussischen Verwaltung. Ihre Lage hatte sich so unvergleichlich viel besser gestaltet, als sie früher gewesen war. Adel und Geistlichkeit, bis dahin die Hauptträger des nationalen Widerstandes, schienen an ihrem Einfluß auf die Menge einzubüßen. Das ist längst anders geworden und besonders dadurch anders geworden, daß die preussische Verwaltung Bildung und Wohlstand auch in den unteren Klassen heimisch gemacht hat. Sie hat den Polen geschaffen, was ihnen zu gesunder Entwicklung am meisten fehlte, einen leistungsfähigen Mittelstand. Und dieser Mittelstand hat naturgemäß mit seiner höheren Bildung die Ideale seines Volkstums aufgenommen, ist jetzt ihr stärkster Träger geworden. Vor allem auf preussischem Boden hat das polnische Volk an innerer Kraft gewonnen.

Die allgemeine Entwicklung des 19. Jahrhunderts, seine demokratische Richtung haben das besonders begünstigt. Die weitesten Kreise sind hineingezogen worden in das öffentliche Leben, haben die Fähigkeit zu selbständiger Betätigung in Staat und Gesellschaft gewonnen. Hundertfach sind die Organisationen, die solchem Streben dienen, und die noch der Beginn des Jahrhunderts nicht kannte. Die freiheitliche Ausgestaltung des preussischen und des deutschen öffentlichen Rechts hat ihnen die Bahn weit geöffnet. Und die nationale Betätigung der Polen gewinnt dadurch noch besondere Kraft, daß sie mit religiösen Überzeugungen eng verknüpft ist. Sie glauben, nicht nur für ihr Volkstum und ihr Reich, sondern auch für ihre Religion zu kämpfen. Diese Gedankenverbindung zu lösen, darf man in absehbarer Zukunft nicht hoffen, wenn deutscherseits auch noch so schlagende Beweise beigebracht werden, daß man nicht daran denkt, das katholische Bekenntnis irgendwie zu beeinträchtigen.

Was bei dieser schwierigen Lage deutsche Pflicht ist, ist klar. Man wird der ehrlichen Überzeugung des Polen die Anerkennung nicht versagen; man kann sie

geschichtlich verstehen, und gerade ein guter Deutscher kann zu der Auffassung kommen: „Wäre ich ein Pole, ich würde mich nicht anders stellen; auch ich würde den Traum einer Wiederherstellung des Reiches meiner Väter nicht aufgeben.“ Aber dem Deutschen ist der Deutsche der Nächste. Er kann dem Trachten der Polen nicht entgegenkommen, ohne seine Landsleute zu verraten. In den fraglichen Gebieten sind Polen und Deutsche so ineinander gemischt, daß eine politische Sonderung den einen oder den anderen Stamm schädigen muß. Die bestehende Staats- und Reichsgrenze ist für uns unverrückbar. An ihr hängen Preußens und Deutschlands Bestand. Wollen unsere Polen nicht mit uns in Staat und Reich auf Tod und Leben verbunden sein, wollen sie fortgesetzt von Ablösung und Losreißung träumen, so sind und bleiben sie für uns eine stetig drohende Gefahr, und wir müssen dieser Sachlage gemäß handeln. Nur wenn sie uns jeden Zweifel benehmen, daß ihnen solche Gesinnung fernliegt, können wir von den Bemühungen, unser Volkstum planmäßig auszubreiten, lassen.

Die Geschichte kennt keinen Polenhaß der Deutschen. Wir können in unserm Staatswesen Angehörige des Nachbarvolkes dulden, auch mit ihrer Sprache und in ihrer Volksart, wie es Zeiten gab, in denen unsere Landsleute, in beiden unbeeinträchtigt, unter polnischer Herrschaft lebten. Sie haben nie versucht, diese Herrschaft abzuschütteln, nie auch nur einen solchen Gedanken gefaßt. Wollen unsere polnischen Mitbürger ebenso handeln, so werden sie bei uns ihre Art nicht weniger gesichert finden als einst unsere Volksgenossen bei ihnen die Ihre. Bis dahin aber müssen wir uns erinnern, daß die Wacht an der Warthe nicht weniger notwendig ist als die am Rhein.

Man kann diese Lage beklagen, aber der Deutsche kann sie nicht ändern. Wer da glaubt, daß man sie durch Überlegenheit der „Kultur“ bessern könne, verkennt die Verhältnisse, verkennt geschichtliche Entwicklung überhaupt. Die „Kultur“, die hier, die im großen Gang der Geschichte in Frage kommt, findet sich zurzeit vielleicht mehr bei unsern Gegnern als bei uns. Sie wurzelt im Glauben an die eigenen Ideale, in der Hingebung an sie. Religion und Vaterlandsliebe sind stets die höchsten und mächtigsten gewesen, die menschliche Gemeinschaften beseelt haben. Durch Wissenschaft und Kunst oder gar durch die Lebensformen des täglichen Daseins kann man sie nicht ersetzen, auch durch den Gedanken der „Humanität“ nicht. Wehe uns, wenn wir in ihnen zu leicht erfunden werden! Wir brauchen uns in unserem Glauben nicht beirren zu lassen durch Sorge um unser Recht. Das steht uns zur Seite so stark, wie es der Gegner sich nur beimessen kann. Wie wir in diese Gebiete und zu diesen Gebieten gekommen sind, das ist vor Gott und Menschen gerechtfertigt, wie nur irgend etwas auf dem Gebiete irdischer Machtverteilung gerechtfertigt sein kann.

